



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 18/19
Dienstag, 9. Dezember 2014
16:05 - 22:19 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 03.03.2015

Vorsitz:	Georg Merz	OeBS
Protokoll:	Gabriele Behring Veronika Michel	Ratssekretärin Protokollführerin
Stimmenzähler:	Beat Brunner Andi Kunz Patrik Simmler	EDI AL JUSO
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 32 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Bea Will Urs Tanner Edgar Zehnder	AL SP SVP

TRAKTANDEN

1	Ersatzwahl in das Wahlbüro der Stadt Schaffhausen	Seite	5
2	Vorlage des Stadtrats vom 23. September 2014: Voranschlag 2015	Seite	5

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

17.07.2012	Bericht des Stadtrates zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK
25.09.2012	VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
20.11.2012	VdSR Erweiterung Schulanlage Breite (Rückweisung an die Fachkommission Bau am 17. September 2013)	FK Bau
25.06.2013	VdSR Botschaft zur Initiative "Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen" der FDP/JFSH der Stadt Schaffhausen, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Stadtrats	SPK
06.05.2014	Interpellation Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP), René Schmidt (OeBS), Hermann Schlatter (SVP): Kein Abbau des Postservice im Stadtgebiet, Standort- und Lebensqualität in allen Quartieren erhalten	
06.05.2014	Interpellation Daniel Schlatter (SP): Erhalt der Poststellen in den Quartieren und vor allem keine Kürzung der Dienstleistungen	
02.06.2014	Verfahrenspostulat Martin Jung (AL): Ermöglichung der Diskussion von Interpellationen	Büro
10.08.2014	Postulat Beat Brunner (EDU): Bereitstellung von Carparkplätzen für Reisecarunternehmen in Zentrumsnähe vom 10. August 2014 (Eingang: 19. August 2014)	
01.09.2014	Petition gegen die geplante Aufzonung des Wagenareals	FK Bau
02.09.2014	Postulat Peter Möller (SP): Stadthausgeviert sanieren	
15.09.2014	Interpellation Hermann Schlatter (SVP): Sozialer Wohnungsbau ohne Strategie und ohne Berechtigung durch Parlament und Volk?	
21.10.2014	Bericht des Stadtrats vom 21. Oktober 2014: "Mehr Frauen in die Chefetagen der städtischen Verwaltung", Bericht des Stadtrats zum Postulat Christine Thommen vom 30. Oktober 2012	GPK
23.10.2014	Postulat Andi Kunz (AL): Kontrollierter Cannabis-Verkauf und Teilnahme an Pilotversuch	
04.11.2014	VdSR Erlass einer Verordnung über die Finanzkontrolle für die Stadt Schaffhausen (ergänzte Fassung)	GPK
04.11.2014	Interpellation Stefan Marti (SP): Auswertung: Fünf Jahre verkleinertes Parlament	
11.11.2014	VdSR Tempo-30-Zone-Herblingen, Schlossstrasse 9 bis 49, Unterdorf, Im Chloster, Im Höfli	FK Bau
18.11.2014	VdSR Teilrevision der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen (Tarifverordnung RSS 450.11) sowie der Feuerwehrverordnung der Stadt Schaffhausen (Feuerwehrverordnung RSS 450.1)	
09.12.2014	Postulat Hermann Schlatter (SVP): Kostendeckende Abfallentsorgung	

Kleine Anfragen 2014:

- Kleine Anfrage von Mariano Fioretti (SVP) und Alfred Tappolet (SVP) vom 16. September 2014: Was passiert mit den städtischen Investitionen in die Biogasfirma Biorender AG, nachdem sie von der Stadt Winterthur fallengelassen wurde?
- Kleine Anfrage von Till Hardmeier (JFSH), Mariano Fioretti (SVP), Diego Faccani (FDP) und Beat Brunner (EDU) vom 16. September 2014: Unhaltbare

Abstimmungspropaganda zum 2000 Watt Zwang

- Kleine Anfrage von Martin Egger (FDP) vom 19. September 2014: Lösen der Kauf von sanierungsbedürftigen Liegenschaften für bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum, die den 2000-Watt-Standard nicht erfüllen, automatisch Steuererhöhungen aus?
- Kleine Anfrage von Urs Tanner (SP) vom 22. November 2014: Gedenk Anlass zum Kriegsende am 8. Mai 2015
- Kleine Anfrage von Diego Faccani (FDP) vom 26. November 2014: Mietfrei in den Hallen?

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Ersatzwahl in das Wahlbüro der Stadt Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat wählt als Ersatz für die zurückgetretene Ursula Neukomm die von der SP/JUSO-Fraktion vorgeschlagene Anne Sigg, wohnhaft in Schaffhausen, für den Rest der Legislatur 2013 - 2016 in das Wahlbüro der Stadt Schaffhausen.

Traktandum 2 Vorlage des Stadtrats vom 23. September 2014: Voranschlag 2015 der Einwohnergemeinde Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 23. September 2014 und die Anträge der GPK mit den Anpassungen der Ratssitzung vom 9. Dezember 2014 in der Schlussabstimmung mit 29:3 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2015 wird gemäss Art. 25 lit. d der Stadtverfassung genehmigt und nach Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98 Prozent festgesetzt und nach Art. 25 lit. c Ziff. 1 in Verbindung mit Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
3. Die Lohnsummenentwicklung nach Art. 19 Absatz 2 Personalgesetz wird mit 1 Prozent festgelegt.
4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2015 benötigten fremden Mittel, welche über die Betragsgrenze gemäss Art. 44 lit. e der Stadtverfassung sind, zu beschaffen und zum Teil an die Werke beziehungsweise Betriebe weiterzuleiten.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Georg Merz (OeBS)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 18/19 vom 9. Dezember 2014 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne sowie der Medienberichterstatte.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage von Diego Faccani vom 26. November 2014: „Mietfrei in den Hallen?“
- Anträge der GPK zum Voranschlag 2015
- Antwort des Stadtrats vom 9. Dezember 2014 auf die Kleine Anfrage von Walter Hotz: Fragen im Zusammenhang mit der Freistellung Peter Jezler's als Direktor des Museums zu Allerheiligen vom 31. August 2014
- Antwort des Stadtrats vom 2. Dezember 2014 auf die Kleine Anfrage von Diego Faccani: Hat die Stadt die Mietzinseinnahmen nicht nötig? vom 12. September 2014

Zuweisungsvorschlag des Büros:

Das Büro schlägt vor, die Vorlage des Stadtrats vom 18. November 2014: Teilrevision der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen (Tarifverordnung RSS 450.11) sowie der Feuerwehrverordnung der Stadt Schaffhausen (Feuerwehrverordnung RSS 450.1) zur Vorberatung in die GPK zuzuweisen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 17 vom 25. November 2014 wurde vom Büro noch nicht genehmigt. Es wird an einer der nächsten Ratssitzungen zur Einsichtnahme auf dem Kanzleisch aufliegen.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungswünsche.

Traktandum 1 Ersatzwahl in das Wahlbüro der Stadt Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat wählt als Ersatz für die zurückgetretene Ursula Neukomm die von der SP/JUSO-Fraktion vorgeschlagene Anne Sigg, wohnhaft in Schaffhausen, für den Rest der Legislatur 2013 - 2016 in das Wahlbüro der Stadt Schaffhausen.

**Traktandum 2 Vorlage des Stadtrats vom 23. September 2014:
Voranschlag 2015**

Peter Möller (SP)**Bericht der GPK**

„Ich freue mich, Sie heute über das Budget 2015 sowie dessen Behandlung in der GPK zu informieren. Ich gehe davon aus, dass Sie das Budget und die Botschaft des Stadtrats bereits in den Fraktionen ausführlich behandelt haben, so dass ich mich auf die wesentlichen Punkte beschränken kann. Die vom Stadtrat und der GPK gestellten Nachträge und Anträge zum Budget 2015, die ich teilweise noch speziell begründen

werde, wurden Ihnen bereits verteilt. Eine aktualisierte Liste liegt heute auf Ihren Pulten. Es hat sich aber zur nunmehr bereits verteilten Liste auch schon wieder eine Änderung ergeben. Der Stadtrat wird nicht müde, bis zur letzten Minute vor der Sitzung zu arbeiten. Es werden heute noch mündliche Anträge durch den Stadtrat gestellt werden. Da liegt auch eine Liste vor. Die entsprechenden Änderungsanträge im Vergleich zur Ihnen verteilten Liste vom 5. Dezember 2014 sind gelb hinterlegt. Zu diesen Änderungen kann ich, da ich erst vor fünf Minuten davon erfahren habe, nicht Stellung beziehen. Ich hoffe auf Ihr Verständnis.

Die Schwerpunkte des Budgets 2015 betreffend Laufender Rechnung und Investitionsrechnung konnten Sie der Botschaft des Stadtrates vom 23. September 2014 entnehmen.

Gemäss des ursprünglichen Voranschlags 2015 resultiert in der Laufenden Rechnung ein Ertrags-Überschuss von rund CHF 2.5 Millionen und in der Investitionsrechnung ein Ausgabenüberschuss von CHF 17.7 Millionen.

Dies war die Ausgangslage, als der Finanzreferent Peter Neukomm am 26. September 2014 der GPK das Budget vorstellte. Zusätzlich anwesend war Ralph Kolb, Leiter der Zentralverwaltung (ZV). Alle GPK-Mitglieder zeigten sich bei dieser Gelegenheit erfreut über den positiven Abschluss der Laufenden Rechnung. Bedenken wurden wegen den sehr zurückhaltenden Ausgaben in der Investitionsrechnung geäussert. Während ein Teil der GPK sich positiv zum Verzicht auf eine Steuererhöhung äusserte und die Sparanstrengungen des Stadtrates ausdrücklich lobte, trug ihm dieser Verzicht auch leise Kritik ein. Positiv wie auch negativ wurde sodann auch die geplante Lohnsummenentwicklung von 1,5 % gewürdigt.

Die GPK trat in der Folge einstimmig auf den Voranschlag 2015 ein.

Danach wurden zwei Dreiergruppen gebildet. Der Sprechende wirkte in beiden Gruppen beim Erstellen der Fragenkataloge mit, die sodann der Stadtverwaltung eingereicht wurden.

Am 10. November 2014 fand die erste Beantwortungsrunde der gestellten Fragen statt, woran seitens der Verwaltung und des Stadtrates der Finanzreferent, Ralph Kolb /ZV und Patrick Eichkorn/FIKO teilnahmen. Von den eingereichten Fragen konnte der weitaus grösste Teil zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet werden. Die noch offenen Fragen und allfällige Nach- beziehungsweise Vertiefungsfragen wurden zuhänden der einzelnen Referenten weitergeleitet.

Bereits an dieser Sitzung wurde der GPK eine erste Liste mit Nachträgen zum Budget verteilt. Aufgrund dieser Nachträge resultierte in der Laufenden Rechnung zu jenem Zeitpunkt ein reduzierter Ertragsüberschuss von rund CHF 2 Millionen und bei der Investitionsrechnung ein leicht verminderter Ausgabenüberschuss von rund CHF 18 Millionen.

Basierend auf diesen Zahlen fand am 24. November 2014 die so genannte Elefantenrunde statt. Anwesend waren der Finanzreferent, die Herren Ralph Kolb und Patrik Eichkorn sowie temporär die übrigen Stadträte und ausserdem Simone Fedrizzi sowie Nicole Wehrli, die zu speziell referatsbezogenen Fragen Stellung nehmen konnten. Aufgrund der erhaltenen Antworten wurden verschiedene Änderungsanträge verabschiedet, die in der Ihnen verteilten und auch aufliegenden Liste mit den gutgeheissenen Nachträgen zum Budget 2015 aufgeführt sind.

Nach Berücksichtigung dieser Anträge ergibt sich bei der Laufenden Rechnung ein Ertragsüberschuss von CHF 3'203'900.-- und bei der Investitionsrechnung ein Ausgabenüberschuss von CHF 18'002'000.--.

Zusätzliche Investitionen die 2015 anfallen, die sich aus den vom Grossen Stadtrat oder von den Stimmberechtigten noch nicht genehmigten Vorlagen ergeben, sind dabei usanzgemäss noch nicht berücksichtigt.

Bei den Anträgen zum Budget 2015, Seite XIV der Botschaft, wurde zu Antrag 2, Gemeindesteuerfuss, ein Änderungsantrag auf Erhöhung des Steuerfusses um 6 Punkte auf 104 Prozent gestellt. Dieser wurde mit 4:1 Stimme, bei zwei Enthaltungen, abgelehnt und der Steuerfuss gemäss Antrag des Stadtrates auf 98 % belassen. Zu den übrigen Anträgen wurden keine Gegenanträge gestellt.

Abschliessend hat die GPK das Budget 2015 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit 6:0 Stimmen, bei einer Enthaltung, mit den vorliegenden Anträgen zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet.

Ich möchte Ihnen noch kurz die wesentlichsten Änderungsanträge der GPK erläutern und bitte Sie, dafür die erhaltenen Blätter „Änderung nach GPK-Sitzung für GrSR Sitzung 9. Dezember 2014“, datiert vom 5. Dezember 2014, zur Hand zu nehmen.

Als Ausgangslage dient das ursprüngliche Budget vom 23. September 2014, welches bei der Laufenden Rechnung einen Ertrags-Überschuss von CHF 2'497'100.-- und für die Investitionsrechnung einen Ausgaben-Überschuss von CHF 17'716'500.-- aufwies. Diese beiden Zahlen finden Sie wieder auf der Liste der Stadtrat/GPK-Anträge bezeichnet mit „Budget 2015 – Ergebnis Laufende Rechnung bisher/Ertragsüberschuss“ auf Blatt 1, beziehungsweise „Budget 2015 - Ergebnis Investitionsrechnung bisher/Aufwandüberschuss“ auf Blatt 2. Danach sind jeweils die Änderungsanträge der GPK aufgeführt. Allfällige Fragen und anderweitige Anträge sind jeweils unter der entsprechenden Kontoposition bei der Detailbehandlung des Budgets zu stellen. In der zweit hintersten Kolonne, bezeichnet mit „Auswirkung Budget 2015“ werden mit Minus zusätzliche Einnahmen beziehungsweise Minderausgaben und ohne Vorzeichen zusätzliche Ausgaben beziehungsweise Mindereinnahmen bezeichnet.

Die in der Liste aufgeführten Änderungsanträge gelten als von der GPK für die Detailberatung gestellt, auch wenn ich sie hier nicht ausdrücklich erwähne:

Finanzsekretariat, Konto 3000.319.000; Verschiedene Ausgaben, Mitgliedsbeiträge:
Hier wurde es unterlassen, den Mitgliederbeitrag für die Finanzdirektorenkonferenz der Städte von CHF 4'000.-- zu budgetieren.

Gemeindesteuern, Konto 3111.400.010 und 011:

Aufgrund der aktuellen Zahlen des Steuersolls können die Steuern der natürlichen Personen um CHF 1,5 Mio. höher budgetiert werden, doch muss aus dem gleichen Grund bei den Zu- und Abrechnungen der natürlichen Personen eine Reduktion von CHF 500'000.-- vorgenommen werden. Damit haben wir ein Plus von CHF 1 Mio. Auf eine Anpassung bei den juristischen Personen wird in Rücksprache mit dem Kanton verzichtet.

Bestattungsamt:

Hier ist die Anschaffung einer neuen Aschenmühle notwendig, weshalb das Konto

3140.311.005 um CHF 71'400.-- aufzustocken ist.

Interne Dienste, Konto 3201:

Hier sind zwei Korrekturen infolge zu tiefer Budgetierung anzubringen.

Verwaltung Immobilien:

Hier müssen im Konto 3210.315.000 zusätzliche CHF 11'500.-- für Softwareanpassungen eingestellt werden.

Betrieb Immobilien Finanzvermögen, diverse Konten der Gruppe 3220:

Hier sind neu auch die Einnahmen und Aufwendungen für die Liegenschaften Buchthalen und Sennwiese zu berücksichtigen, welche die Stadt erworben hat. Unter dem Strich ergeben sich insgesamt Mehreinnahmen von rund CHF 600'000.--.

Eine erhebliche Einsparung von CHF 500'000.-- resultiert aus der Anpassung des Pensionskassenbeitrages und wird dem Konto 3303.303.003 gutgeschrieben.

Bei Wald und Landschaft Konto 3400 musste ein Einnahmeverlust von CHF 38'000.-- korrigiert werden.

Zur Existenzsicherung Konto 4110:

Dort stehen einer Entlastung bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien im Umfang von CHF 589'000.-- leider auch Mehraufwendungen für Aufenthaltskosten in Heimen und Spitälern von CHF 150'000.-- und Mehraufwendungen bei den Unterstützungen von CHF 475'000.-- gegenüber. Über diese Entwicklung, insbesondere was die Mehraufwendungen angeht, wurde die GPK extra vor den Budgetberatungen durch den Sozialreferenten zur sich abzeichnenden Entwicklung informiert. Dieses Zahlenmaterial ist somit aktuell.

Die Budgetänderungen bei den Alterszentren Kirchhofplatz, Emmersberg und Breite wie auch bei der Spitex Region Schaffhausen erscheinen selbsterklärend, weshalb ich hier auf weitere Worte verzichte. Das gleiche gilt für die Posten, welche Ausfluss der von diesem Rat verabschiedeten Massnahmen zur frühen Förderung sind.

Wie Ihnen sicherlich aufgefallen ist, waren im Bereich Museum Konto 5400 respektive Sonderausstellungen Konto 5401 äusserst viele Nachträge oder Korrekturen zum Budget notwendig. Es scheint, dass hier nun zuerst wieder einmal auch finanzielle Klarheit geschaffen werden muss. Die GPK hat diesbezüglich auch gegenüber dem Stadtrat den dringenden Wunsch geäussert, möglichst bald über die geplante zukünftige Ausrichtung des Museums orientiert zu werden. Auf eine Kommentierung dieser einzelnen Posten verzichte ich jedoch an dieser Stelle.

Ich komme zur Rhybadi Konto 6003.314.300, wo zusätzlich CHF 20'000.-- für eine Personenmeldeanlage zu investieren sind.

Aufgrund einer neuen Vereinbarung mit der Gemeinde Neuhausen kommt es beim Bau- und Unterhalt des Verwaltungsvermögens (6200) und bei der Bau- und Feuerpolizei (6220) zu verschiedenen Anpassungen, auf welche ich nicht näher eingehen muss.

Sodann wurde der Beitrag der evangelisch-reformierten Kirchgemeinden an den Unterhalt der Orgeln und Anteil Heizungskosten zweimal budgetiert und zudem noch ohne ersichtlichen Grund an einer Stelle um CHF 50'000.-- erhöht. Dies hat die GPK

korrigiert.

Die übrigen Budgetänderungen der Laufenden Rechnung erscheinen mir selbsterklärend.

Mit all diesen Änderungen beläuft sich der Einnahmenüberschuss in der laufenden Rechnung neu auf CHF 3'203'900.--.

Zur Investitionsrechnung:

Hier gäbe eigentlich nur das Konto 32400.703.143 Park Casino, dringliche Sanierungsmassnahmen infolge Neuausrichtung, zu Bemerkungen Anlass. Hier erwartet die GPK aufgrund früherer Gespräche und Verhandlungen eigentlich eine Vorlage des Stadtrates, die den gesamten Finanzbedarf und die zukünftige Ausrichtung dieser Liegenschaft darlegt. Daher wurde der Betrag für die Sanierung auf das Notwendigste reduziert.

Mit diesen Änderungen beläuft sich der Ausgabenüberschuss in der Investitionsrechnung neu auf CHF 18'202'000.--.

Bei den Spezialfinanzierungen, die ebenfalls aufgeführt sind, stimmt die Rechnung offensichtlich nicht. Dies ist weiter nicht schlimm, weil sich hier noch relativ viel durch die mündlichen Anträge des Stadtrats ändern wird.

Ich empfehle Ihnen, auf das vorliegende Budget 2015, verbunden mit den Anträgen gemäss Liste der GPK vom 5. Dezember 2014, einzutreten und den von der GPK gestellten Anträgen zuzustimmen.

Zum Schluss danke ich allen am Budget beteiligten Personen herzlich, sei es für die Abgabe zusätzlich verlangter Unterlagen, die Beantwortung der GPK-Fragen oder das Zusammentragen aller Zahlen. Dabei denke ich einmal sicher an Finanzreferent SR Peter Neukomm, an den Zentralverwalter Ralph Kolb und den Chef der Finanzkontrolle Patrik Eichkorn, die doch einige Stunden im Kreise der GPK verbrachten. Doch auch den übrigen Mitglieder der Exekutive sowie Simone Fedrizzi und Nicole Wehrli möchte ich für ihre teilweise Teilnahme an unseren Sitzungen danken. Einen ganz besonderen Dank will ich unserer Ratssekretärin, Gaby Behring, ausrichten, die für die prompte und zuverlässige Erstellung der diversen Protokolle besorgt war.

Last but not least möchte ich meiner Kollegin und meinen Kollegen von der GPK danken: Einerseits für ihre Unterstützung, dann aber auch für ihren grossen Einsatz und die engagierten, aber auf sachlicher Ebene stattgefundenen Diskussionen.

Ich gestatte mir, Ihnen auch noch gleich die **Fraktionserklärung der SP/JUSO** nachzuschieben und kann Sie jetzt schon beruhigen, sie wird etwas kürzer als meine vorangehende Wortmeldung.

Wir anerkennen die Sparanstrengungen des Stadtrates bei der Erstellung des vorliegenden Budgets und können uns mit einem Grossteil der GPK-Anträge einverstanden erklären. Unsere Fraktion wird daher auf das Budget 2015 eintreten und ihm auch - je nach Ausgang der Beratungen - zustimmen.

Positiv werten wir die Höhe der Position Lohnsummenentwicklung. Es geht darum, den städtischen Angestellten nach vielen Jahren in denen sie nur unwesentliche Besoldungsentwicklungen machen konnten, eine etwas bessere Entwicklung zu

ermöglichen. Ausserdem braucht es nach dem geltenden Lohnsystem auch eine gewisse Summe, damit die Mitarbeiterbeurteilungen wirklich Auswirkungen haben und zwar in dem Sinne, dass sich gute Leistung auch auszahlt. Schlussendlich wird auch der vielbeschworene und sicher auch wichtige Gleichschritt mit dem Kanton nicht gefährdet, denn die Lohnbänder und deren Eckwerte, also das ganze Grundsystem, werden durch diese individuellen Lohnfortschritte nicht in Frage gestellt.

Unsere Fraktion hat sich schon immer für eine starke Stadt - auch in finanzieller Hinsicht - eingesetzt. Dies bedeutet, dass genügend Mittel für die weitere Stadtentwicklung wie auch für das Bestehende vorhanden sein müssen. Aus unserer Sicht ist der Stadtrat daher beim Sparen weit - wenn nicht zu weit - gegangen. Insbesondere der Umstand, dass der laufende Unterhalt nach wie vor auf Sparflamme läuft, um nicht zu sagen vernachlässigt wird, stimmt uns nachdenklich. Wir sind weit von den von diesem Rat beschlossenen 1.6% laufender Unterhalt für die städtischen Liegenschaften entfernt. Gleichwohl haben wir bei diesen sehr zurückhaltenden Investitionen einen Finanzierungsfehlbetrag und müssen uns neu verschulden.

Wie bereits gesagt, wir stehen zu einer Stadt Schaffhausen, die sich weiterentwickelt und die gesund da steht. Es stehen ausserdem viele Investitionsprojekte an, die entsprechende Mittel brauchen. Ich erwähne an dieser Stelle einmal das Agglomerationsprogramm, für das wir namhafte Kantons- und Bundesbeiträge beziehen können. Nicht zu vergessen sind die Ausgaben im Zusammenhang mit der Wohnraumentwicklung, mit den Schulanlagen, dem Stadthausgeviert und der Sanierung der KSS. Der Beispiele wären noch viele. Gemäss Finanzplan und auch vorliegendem Budget führen diese Vorhaben unweigerlich zu einer Neuverschuldung - und das kann nicht unser Ziel sein. Aus Sicht unserer Fraktion muss dies verhindert werden, weshalb wir einen Antrag auf eine Steuerfusserhöhung um 3 Punkte einbringen werden.

Wie gesagt, wir werden auf das Budget eintreten, sicherlich zu Einzelpositionen noch Fragen haben, unter Umständen auch noch einzelne Anträge stellen und am Schluss entscheiden, ob wir dem Endresultat zustimmen können. “

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Ich darf Ihnen die Fraktionsmeinung der SVP/EDU-Fraktion zum Budget 2015 vortragen. Unsere Fraktion nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass es dem Stadtrat gelungen ist, ein Budget mit einem geringfügigen Überschuss zu präsentieren. Dass dies mit einem gleichbleibenden Gesamtaufwand, wie er im Budget 2014 zu Buche schlug, möglich war, ist sehr erfreulich und zollt dem Stadtrat Lob für seine Anstrengungen, im Rahmen der heutigen Einnahmen einen ausgeglichenen Haushalt für das nächste Jahr zu präsentieren. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen und zwischenzeitlich weitgehend umgesetzten Massnahmen der SLA1 und SLA2 zeigen Früchte; dies ist lobenswert und verdient Anerkennung.

Zudem hat es der Stadtrat geschafft, die Personalkosten - notabene der grösste Kostenblock innerhalb der städtischen Verwaltung - zu stabilisieren. Hier erwartet unsere Fraktion auch in Zukunft, dass der Stadtrat diesen eingeschlagenen Weg weiter verfolgt. Sicher werden wir diesen wichtigsten Kostenblock kritisch im Auge behalten.

Nicht einverstanden sind wir hingegen mit den heute schon gemachten Äusserungen für eine Steuerfusserhöhung im Jahre 2016 mit Ausweitung im 2017. Jetzt schon

darüber zu sprechen, finden wir verfrüht, vieles kann sich noch ändern; wir haben dies ja auch in diesem Budgetprozess wieder erlebt. So präsentierte uns der Stadtrat Ende September ein Budget mit einem Überschuss von knapp CHF 2.5 Mio., zwischenzeitlich liegt dieser bei CHF 3.2 Mio., das heisst einem Plus von CHF 700'000.--, entsprechend 0,7 Steuerpunkten. Und gerade die im Budget 2015 vorgesehenen Steuereinnahmen sind wohl eher vorsichtig eingestellt. So wissen wir zwischenzeitlich, dass die Einnahmen im laufenden Jahr, ich spreche vom 2014, wohl um rund 5% über Budget liegen. Und auf diesem Niveau, also der Prognose 2014, sind die Steuereinnahmen für das nächstes Jahr enthalten. Natürlich gibt es bei dieser für den Haushalt wichtigsten Position Unsicherheiten. Dies will ich keineswegs beschönigen. Unsicherheiten orten wir aber im Hinblick auf die Unternehmersteuerreform III eher bei den juristischen Personen und dort insbesondere bei den neu angesiedelten internationalen Firmen und den Quellensteuereinnahmen der bei diesen Firmen angestellten internationalen Arbeitskräften als bei den hier ansässigen natürlichen Personen mit ordentlichem Steuerbezug. Gerade die Steuereinnahmen der letztgenannten Gruppe entwickeln sich durch das moderate Bevölkerungswachstum und die gut gehende Wirtschaftslage kontinuierlich positiv. Die Steuern der natürlichen Personen stellen mit rund 75% aller Steuereinnahmen den wichtigsten und verlässlichsten Pfeiler der Einnahmeseite unserer Stadtrechnung dar, welche im Budget 2015 gegenüber der Rechnung 2013 eine Zunahme von rund 7 Prozent vorsieht, und dies ohne Steuerfusserhöhung.

Aus dieser Optik wird es sie auch nicht verwundern, wenn wir heute entschieden gegen linke Gelüste von Steuerfusserhöhungen antreten. Vielmehr rufen wir in Erinnerung, der Stadtrat soll zusammen mit dem Regierungsrat die gemeinsamen Projekte, die schlussendlich zu mehr Effizienz und damit zu einem besser eingesetzten Steuerfranken führen, endlich vorwärts treiben. Effizienzgewinne können sich nur aus besser eingesetzten oder besser ausgelasteten Arbeitskräften und Betriebsmitteln ergeben, und da sind wir wirklich gespannt, ob die zu erwartende Werkhofprojektvorlage diesbezüglich klare Aussagen enthält.

Aber auch beim Entsorgungswesen, ich spreche zur Position 6330 Abfallentsorgung, liegt ein halbes Steuerprozent drin, denn hier verlangt Art. 32a Umweltschutzgesetzgebung, dass die Entsorgungskosten kostendeckend sein müssen. Heute haben wir immer noch eine Unterdeckung von rund CHF 500'000.-- Die zahlreichen für viel Geld in den letzten Jahren installierten Unterflurcontainer müssten doch dazu geführt haben, dass der Zeitaufwand für die Kehrriechtouren abgenommen hat. Aus dem Vergleich der Personalkosten kann aber diesbezüglich nichts abgeleitet werden. Aus diesem Grund wird unsere Fraktion heute einen Vorstoss zur Prüfung einer vollständigen Kostendeckung einreichen.

Nebst dem personellen Geplänkel um die Museumsleitung, die vom neu zuständigen Referenten eine geschickte Hand in der Wiederbesetzung verlangt, hat aber auch der Stadtrat eine nicht zu unterschätzende Aufgabe, nämlich dem Museum eine neue Zieldefinition zu geben, wohin wir mit dem Museum wollen, denn was die Kosten anbelangt, so stehen hier die Ampeln auf Rot.

Das nun bereinigte Budget weist einen Kostenüberschuss von rund CHF 3.3 Mio. aus. Gegenüber 2011 hat sich das Defizit von CHF 2.6 auf CHF 3.3 Mio. erhöht. An Eintrittten sind noch gesamthaft (inkl. Sonderausstellungen) 130'000 Franken im Budget eingestellt, dies bei einem Gesamtaufwand von rund CHF 3.8 Mio. Hier steht der Stadtrat in Pflicht. Es muss nun schnell und entschieden gehandelt werden; diesbezüglich warten wir in der GPK gespannt auf den vom Kulturreferenten für

Februar 2015 angekündigten Bericht.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir die Bemerkung darauf hinzuweisen, wie unübersichtlich das heutige Nachtrags- beziehungsweise Änderungssystem unseres Budgetprozesses ist. Peter Möller hat Ihnen dazu gewisse Erläuterungen gemacht. Im gedruckten Budget ist auf Seite 116 unter Museum ein Gesamtaufwand von 2,65 Mio. Franken ausgewiesen. Korrigiert man das gedruckte Budget um die auf der Nachtragsliste aufgeführten Positionen, kommt man auf den aktuellen Ausgabenüberschuss von rund 3,3 Mio. Franken. Sie werden mir beipflichten, dass von einfach zu lesender Transparenz sicher nicht gesprochen werden kann. Hier muss inskünftig nach einer verbesserten Darstellung gesucht werden.

Antreten werden wir auch gegen die ziellose Ausweitung der externen Kinder- und Jugendbetreuung, wie sie von linker Seite auf "Teufel-komm-raus" gefordert wird. So sind im Budget 2015 50'000 Franken für den Ausbau der Tagesstrukturen im Quartier West, also Breite, vorgesehen. Dieser Posten steht im Zusammenhang mit dem Schulhausneubau Breite. Obwohl sich der Rat immer noch nicht entschieden hat, wie es mit diesem Projekt weitergeht, sind im vorliegenden Budget bereits Mittel für die Schaffung von neuen Hortplätzen/Tagesstrukturen in diesem Schulhaus eingestellt. Nachdem allen in diesem Saal bekannt sein dürfte, dass sich in so schneller Zeit keine abschliessende Lösung für die Breite realisieren lässt, muss dieser Budgetposten aus heutiger Sicht ersatzlos gestrichen werden. Diesen Antrag haben wir in der GPK gestellt, sind aber unterlegen. Dem Stadtrat Geld für einen weiteren Ausbau zur Verfügung zu stellen, wie das von linker Seite im Rahmen der GPK-Diskussionen gefordert wurde, ohne zu sagen, wo denn dieser Ausbau stattfinden soll, grenzt an unsorgfältige Budgetierung. Zudem ist laut Schulreferent heute noch nicht klar, ob das Kostendach des laufenden Jahres, ich spreche vom Jahr 2014, von CHF 825'000.-- der Budgetposition 5201.365.532 auf Seite 108, Beitrag an Trägerverein Spielhuus Tagesstätten, dieses Jahr überhaupt vollständig beansprucht respektive ausgeschöpft wird.

Besorgniserregend stark wachsen die Kosten der Sozialhilfe. Der Sozialreferent hat dies erkannt und die GPK proaktiv über die Kostensteigerungen und deren Ursachen informiert, was verdankenswert ist. Verdankenswert ist auch die unverblünte Äusserung des Bereichsleiters Soziales, der den Hauptgrund für die überproportionale Zahl von Neuaufnahmen in die Sozialhilfe im Zeitpunkt des Zuzugs in unsere Stadt darin sieht, dass diese Zuzügler eben bei uns bezahlbaren Wohnraum finden. Gemäss seinen Aussagen liegt die Quote in Schaffhausen bei 38%, im schweizerischen Durchschnitt sind es nur 20%. Hier erwartet unsere Fraktion vom Stadtrat nebst einer Berücksichtigung dieser Erkenntnisse bei seinen Überlegungen im Zusammenhang mit seinen Vorhaben zur Sicherung von preisgünstigem Wohnraum auch Massnahmen, um die Sozialhilfekosten wieder in den Griff zu bekommen.

Nachdem die bürgerliche Ratsseite bei der 2000-Watt-Gesellschaft-Abstimmung vor dem Volk obsiegt hat, haben Sie bestimmt ein gewisses Verständnis dafür, dass von unserer Seite ein Antrag auf Kürzung des Erhöhungsbeitrags an die kommunale Energiefachstelle KOMENG im Verlauf der Detailberatung gestellt wird.

Ein Steckenpferd für uns ist der Kostendeckungsgrad bei den Familiengärten. Obwohl wir seit längerer Zeit einen erhöhten Kostendeckungsgrad fordern, ist dieser immer noch mehr als bescheiden. So macht der Pachtzins für eine rund 200 m2 grosse Parzelle, auf welcher von privater Seite ein Gartenhaus errichtet werden kann, lediglich rund CHF 160.-- aus während für einen Weidlingspfahl gesamthaft (Stadt, Kanton und

Mehrwertsteuer) rund CHF 800.-- hinzublättern sind. Dies scheint uns ein krasses Missverhältnis zu sein. Deshalb beantragen wir die geplanten ausserordentlichen Investitionen von rund CHF 70'000.-- auf das nächste Jahr zu verschieben; dann soll laut Stadtrat eine Pachtzinserhöhung geplant sein. Es geht unserer Ansicht nach nicht an, gewissen Leuten ihr Freizeitvergnügen im lauschigen Familiengarten zu finanzieren, während andere, die einen eigenen Garten haben, dafür vollständig selbst aufzukommen haben. Das Argument der günstigen Selbstversorge dieser Familiengärtner zieht schon lange nicht mehr. Die Verschiebung begründen wir damit, dass eben auch den Familiengärtnern à fond begründet werden kann, warum sich eine Pachtzinserhöhung rechtfertigt.

Ein ganz anderes Steckenpferd hat unser Finanzreferent, nämlich die seiner Meinung nach zu geringen Investitionen der letzten Jahre. Das manifestiert sich in der Kennzahl der Selbstfinanzierung, welche im Durchschnitt unter 100 Prozent liegt, was bedeutet, dass wir uns für Investitionen verschulden; dies mangels grösseren Überschüssen in der Laufenden Rechnung. Den Grund dafür sieht die linke Ratsseite bei einem zu tiefen Steuerfuss, respektive zu geringen Steuereingängen, während dem die rechte Seite das Übel bei unnötigen Ausgaben ortet.

Dass die Investitionen den vorhandenen Ressourcen angepasst werden müssen, ist wohl uns allen bekannt; dies ist im Privaten als auch bei der Kommune so. Wir sind jedoch auf gutem Weg, uns zu verbessern. Konsultiert man die zahlreichen Tabellen zum kantonalen Finanzausgleich, kann festgestellt werden, dass sich der kumulierte Selbstfinanzierungsgrad der letzten 10 Jahre in unserer Stadt stark verbessert hat. So lag diese Kennzahl in den Jahren 2004 bis 2013 bei 88% während der Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2004 bei 67% lag, das heisst diese Kennzahl verbesserte sich um rund einem Drittel. Dass die Sanierung eines Stadthausgevierts oder die bald anstehende Grosssanierung der KSS nicht ohne zusätzliche Fremdverschuldung möglich sein wird, liegt wohl auf der Hand. Ganz abgesehen davon meint unsere Fraktion, die Sanierung des Stadthausgevierts würde besser von privater Seite, zum Beispiel im Baurecht, als von der Stadt selbst an die Hand genommen werden.

Zu guter Letzt komme ich noch auf die Lohnsummenentwicklung zu sprechen. Unsere Fraktion hat sich immer dafür ausgesprochen, die Lohnsummenentwicklung im Gleichschritt mit dem Kanton zu budgetieren, davon wollen wir ohne zwingenden Grund nicht abkehren. Wir haben auch im Rahmen der Beratungen innerhalb der GPK vom Finanzreferenten mehrfach verlangt, uns analog des Kantons mitzuteilen, wie gross die jährlichen Mutationsgewinne sind. Diese Frage wurde stets abwegig beantwortet, man könne nicht - wir sind der Meinung, man wolle wohl eher nicht.

Wir haben die Argumente des Personalreferenten und der Personalchefin zur Kenntnis genommen, warum es die 1,5% Lohnsummenentwicklung braucht. Ob es Sinn macht, dass wir uns mit einer Stadt Winterthur oder Zürich vergleichen, bleibe dahingestellt. Auch ein Vergleich mit der lokalen chemischen Industrie, wie zum Beispiel der Cilag, hinkt. Ein Vergleich mit den zahlreichen Arbeitsplätzen, die bei den lokalen KMU vorhanden sind, wurde wohl bewusst nicht gemacht. Dies, weil man weiss, dass der Staat nicht nur bessere finanzielle Leistungen erbringt, sondern insbesondere zahlreiche weitere teilweise zwar etwas „softere“ Faktoren wesentlich besser sind. Beispielsweise gleitende Arbeitszeiten, eine höhere Anzahl Ferientage, Bezug von verbilligten Reka-Checks, Brügglitage über die Feiertage, Jahresarbeitszeitmodell, vergünstigte Parkplätze in der City, verbesserte Beitragsfinanzierung der beruflichen Vorsorge, Lohnfortzahlung während eines Jahres bei Krankheit und Unfall, Möglichkeit der Frühpensionierung mit guter, finanzieller Abfederung und vieles mehr. Aus all

diesen Gründen wird unsere Fraktion beantragen die Lohnsumme lediglich um 0,8%, analog des Kantons, zu erhöhen.

Dies in Kürze die wichtigsten Punkte zum Budget 2015. Unsere Fraktion wird darauf eintreten. Unsere Mitglieder werden sich jedoch vorbehalten, weitere Fragen beziehungsweise Anträge zu stellen.

Den im Budgetprozess involvierten Kreisen, dem Stadtrat, dem Finanzreferenten, dem Bereichsleiter Finanzen Ralph Kolb und seinem Team danken wir für die schnelle und umfassende Beantwortung unserer Fragen und den angenehmen Umgang bei der Beratung des Budgets innerhalb der GPK.

Auch meiner Kollegin und den Kollegen der GPK danke ich für die angenehme und offene Zusammenarbeit, ein spezieller Dank gebührt GPK-Präsident Peter Möller für den Bericht aus der GPK.

Wie bereits im letzten Jahr stelle ich nochmals fest, dass der Zeitrahmen zwischen der ersten Besprechung des Fragekatalogs mit dem Finanzreferenten, der Elefantenrunde und dem Zeitpunkt der Fraktionssitzungen schlicht zu eng ist. Es kann nicht sein, dass wir durch diese kurze Zeitspanne die Protokolle der Elefantenrunde erst am Abend der Fraktionssitzung erhalten. Dies ist absolut nicht als Vorwurf an unsere Protokollführerin Gaby Behring zu verstehen, sie hat ihren Job sehr gut gemacht; das Problem liegt beim zu engen Zeitplan am Schluss der Beratungen. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Der Stadtrat konnte erneut ein Budget vorlegen, welches sich ausgeglichen präsentiert. Dazu beigetragen haben unter anderem die erfreulichen Mehreinnahmen bei den Steuern. Daneben haben aber auch wie im letzten Jahr Sparanstrengungen seitens des Stadtrates und seitens der Verwaltung die Laufende Rechnung im Gleichgewicht gehalten. Wir danken dafür dem Stadtrat, der gesamten Verwaltung und natürlich dem verantwortlichen Bereichsleiter Ralph Kolb für die umfassende Beantwortung unserer Fragen innerhalb der GPK. Ein spezieller Dank gebührt unserem GPK-Präsidenten Peter Möller für die offene Zusammenarbeit und für den ausführlichen Bericht aus der GPK.

Die FDP/JFSH-Fraktion wird auf das Budget eintreten. Allerdings erhoffen wir uns noch Änderungen, die den Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung verbessern. Wir werden deshalb während der Detailberatung zu einzelnen Punkten des Budgets noch Fragen und zusätzlich auch Anträge stellen.

Zum Thema Lohnentwicklung kann ich sagen, dass wir es uns in der Fraktion zu diesem Punkt nicht einfach gemacht haben. Wir diskutierten vertieft, ausführlich und kontrovers. Dabei haben wir die für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt allenfalls positiven, sowie die finanziell negativen Auswirkungen zum Vorschlag des Stadtrates einbezogen. Schlussendlich kann eine Mehrheit unserer Fraktion die vorgeschlagene Lohnsummenentwicklung mit 1.5% nicht unterstützen. Es besteht ein grosses Anliegen, dass die Stadt in diesem Punkt mit dem Kanton gleich ziehen kann. Auf beiden Seiten sollte der leistungsbezogene Lohn in einem vernünftigen Rahmen gleichermassen unterstützt werden. Einen neuen Antrag, der eine Lohnsummenentwicklung mit 0.8% vorsieht, ist für die Mehrheit unserer Fraktion deshalb angemessen und wird entsprechend unterstützt.

Nun möchte ich noch zu einem weiteren Schwerpunkt, nämlich zum Gemeindesteuerfuss sprechen.

Einstimmig kamen wir bei dieser Diskussion in unserer Fraktion zum Schluss, dass der vom Stadtrat beantragte Gemeindesteuerfuss bei 98 Punkten zu belassen ist. Ich kann mitteilen, dass eine Erhöhung des Gemeindesteuerfusses für das vorliegende Budget, welches mit einer schwarzen Null abschliesst, für uns nicht in Frage kommt. Eine Steuererhöhung wäre aus unserer Sicht nicht richtig - auch dann nicht, wenn für zukünftige Investitionen, zum Beispiel für die KSS, zusätzlich Geld benötigt wird.

Wir wehren uns schon heute gegen die im Finanzplan vorgesehenen Steuererhöhungen. Vielmehr braucht es für die Zukunft einen äusserst weisen Umgang mit dem Geld, das der Stadt zur Verfügung steht. Es darf nicht sein, dass Mehreinnahmen durch eine Steuererhöhung in der Laufenden Rechnung versickern. In diesem Sinn werden wir den Antrag 2 des Stadtrats unterstützen."

René Schmidt (GLP)

ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

"Insgesamt stösst das vorliegende Budget bei der ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktion auf Zustimmung. Unsere Fraktion nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass es dem Stadtrat gelungen ist, im betrieblichen Budget 2015 schwarze Zahlen auszuweisen. Unsere Anerkennung und unser Dank gebühren dem Stadtrat für seine erfolgreichen Sparanstrengungen. Der Voranschlag zielt auf den Erhalt des städtischen Leistungsniveaus.

Das Budget ist ausgewogen und zweckerfüllend. Die Aussagen des Stadtrates in der Botschaft vom 23.9.2014 zeigen als Resultat bereits ein Budgetplus von CHF 2.5 Mio. in der Laufenden Rechnung.

Inzwischen sind durch erfreuliche neue Erkenntnisse zum Beispiel bei den geschätzten Gemeindesteuereinnahmen von natürlichen Personen sowie beim Gemeindeanteil zur Verbilligung der Krankenkassenversicherungsprämien die Zahlen verbessert worden, was den Ertragsüberschuss weiter aufblühen liess.

Während sich in der laufenden Rechnung die Anzeichen einer Stabilisierung zeigen, bleibt die Investitionsrechnung der Stadt nach wie vor bescheiden. Trotzdem kann die Vollfinanzierung bei weitem nicht erreicht werden. Immerhin liegt die Kennzahl der Investitionsanstrengungen mit 8,5% in der empfohlenen Bandbreite, was bedeutet, dass die prognostizierten Investitionen im nächsten Jahr im normalen Verhältnis zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt stehen.

Seit Jahren diagnostiziert der Stadtrat bei der Investitionsrechnung ein dauerhaftes gesundheitliches Problem. Die Stadt Schaffhausen braucht zusätzliche Mittel für aufgeschobene Unterhaltsarbeiten und Infrastrukturerneuerung. So etwa im Stadthausgeviert, in Alterszentren, in Schul- und Sportanlagen. Dies lässt sich wohl seriös nicht ohne zusätzliche staatliche Einnahmen finanzieren. Deshalb wurde in der Fraktion intensiv über die im Finanzplan angedachte Steuererhöhung diskutiert. Für uns sind Steuererhöhungen kein Selbstzweck. Es muss einerseits eine angemessene Selbstfinanzierung der Investitionen angestrebt, andererseits aber auch mehr Geld in Bildung, Infrastruktur und energetische Verbesserungen investiert werden. Wir setzen auf einen gut ausgebauten Service public und eine zeitgemässe Infrastruktur, was wachstumsfördernd auf die Wirtschaft und die Bevölkerungsentwicklung wirkt.

Der im Finanzplan 2015-2018 prognostizierte Weg mit einer möglichen Steuererhöhung von 3 Punkten würde zu einem mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt führen, was uns grundsätzlich wichtig ist. Für das Budget 2015 halten wir den Steuersatz von 98% angemessen. Wir haben Vertrauen in die Finanzpolitik des Stadtrates. Angemessene Steuerlasten helfen dem Mittelstand und breiten Bevölkerungskreisen, Investitionen zum Beispiel in Wohneigentum zu tätigen oder die Ausbildungsfinanzierung ihrer Kinder zu übernehmen. Höhere Steuersätze könnten das Wachstum der Bevölkerung durch Zuzüger beeinträchtigen. Moderate Unternehmenssteuern fördern wirtschaftliches Wachstum und den Erhalt beziehungsweise die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Schuldengrenze hält sich gemäss Modellrechnung bis 2017 mit CHF 2'561.-- unter der maximalen Obergrenze von CHF 3'000.--. Die Laufende Rechnung soll in den nächsten Jahren mit steigenden Ertragsüberschüssen bis zu CHF 5 Mio. positiv abschliessen.

Natürlich dürfen wir nicht übersehen, dass für die Planjahre 2016-2018 die Investitionen von CHF 119 Mio. nur zu rund 60-70% selber finanziert werden können. Und das wohl gemerkt nur unter der hochspekulativen Annahme, dass die Wohnraumstrategie durch Verkäufe rund CHF 27 Mio. einbringen wird. Ob sich dieser Ausverkauf von öffentlichen Grünflächen realisieren lässt, scheint mehr als fraglich. Meine Zweifel stützen sich auf die jüngsten Erfahrungen. Ich erinnere an die Hohberg-Abstimmung und an den Widerstand der Bevölkerung im Urwerf und im Wagenareal. Zudem erfreut sich bei grösseren Flächen die Abgabe im Baurecht zunehmender Beliebtheit. Jede Generation soll lediglich die Zinsen – also den Zuwachs entsprechend der natürlichen Regenerationsrate – nutzen, während der Kapitalstock weder von der jetzigen noch von zukünftigen Generationen angegriffen werden sollte.

Zum Thema Lohnentwicklung:

Der Antrag der GPK zur Lohnsummenentwicklung mit 1,5% ist in unserer Fraktion kontrovers diskutiert worden. Lohnforderungen sind bekanntlich zu begründen – die Verweigerung von Lohnerhöhungen allerdings auch. Wesentliche Argumente für die Lohnsaison 2015 sind nach unserer Auffassung die insgesamt erfreulichen Budgetzahlen und die eher bescheidenen Lohnerhöhungen vergangener Jahre, die mit Verweis auf eher durchschnittlich gute Wirtschaftslagen und knapper Finanzlage der Stadt begründet wurden. Nicht zuletzt wurden zu Lasten des Personals Sparpakete beschlossen und die fehlende Teuerung blockierte Lohnerhöhungen ebenfalls. Diese Argumente greifen zu kurz, weil sie alle anderen Kriterien, insbesondere die wichtige Entwicklung der Effizienz- und Produktivitätssteigerung, nicht berücksichtigen.

Auch bei knappen finanziellen Verhältnissen soll das öffentliche Personal ein Zeichen der Wertschätzung erhalten. Qualifizierte und engagierte Mitarbeitende werden sich weiterhin gerne für einen guten Service Public einsetzen, wenn sie von der Arbeitgeberseite her spüren, dass ihr Einsatz nicht als Selbstverständlichkeit gewertet wird. Aus unserer Sicht scheint der Antrag der GPK mit einer Lohnsummenerhöhung um 1,5% sympathisch. Wir erinnern uns aber auch an den schmalen Weg zur langfristigen Sanierung des Finanzhaushalts. Der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt ist nach wie vor sehr bescheiden und erlaubt keine Sprünge. Unsere Fraktion befürwortet deshalb eine Lohnsummenerhöhung von 1-1,5%.

Wir sind froh, dass gemäss dem vorliegenden Antrag die städtischen Angestellten in den Genuss einer individuellen Lohnerhöhung kommen. Damit kann das heutige Lohnsystem wenigstens einigermaßen die Versprechungen, die bei seiner Einführung gemacht wurden, erfüllen. Gute bis sehr gute Leistungen können somit wirklich

honoriert und gewürdigt werden.

Die GPK hat sich, wie Sie aus dem ausführlichen Bericht des umsichtigen GPK-Präsidenten entnehmen konnten, sehr detailliert mit dem Budget beschäftigt. Unsere Fragen, mit denen wir die Verwaltung ausgiebig beschäftigt haben, wurden ausführlich beantwortet. Dafür sei dem Stadtrat und der Verwaltung ganz herzlich gedankt. Der Stadtrat hat uns ein seriöses und schon intensiv durchgekämmtes Budget vorgelegt, das einen Einnahmeüberschuss ausweist.

Ich gestatte mir, Ihnen auch gleich die Fraktionserklärung der ÖBS/CVP/EVP/GLP vorzubringen:

Wir nehmen mit Respekt die Sparanstrengungen des Stadtrates bei der Erstellung des vorliegenden Budgets zur Kenntnis und können uns mit einem Grossteil der GPK-Anträge einverstanden erklären. Unsere Fraktion wird daher auf das Budget 2015 eintreten und ihm auch, je nach Ausgang der Beratungen, zustimmen.

Unsere Fraktion hat sich schon immer für eine dauerhafte Stadtentwicklung, auch in finanzieller Hinsicht, eingesetzt. Unter Dauerhafter Entwicklung verstehen wir eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Dies bedeutet, dass genügend Mittel für die weitere Stadtentwicklung vorhanden sein müssen und insbesondere Bereiche, die eigentlich erst im Entstehen sind, wie beispielsweise die ausserfamiliäre Kinderbetreuung und energetische Sanierungen, weiter ausgebaut werden dürfen und müssen. Der Unterhalt der städtischen Infrastruktur wird seit Jahren ungenügend gepflegt. Wir erinnern auch an den Beschluss des Grossen Stadtrates, dass zur Sanierung der stadteigenen Liegenschaften mindestens 1,6% des Gebäudeversicherungswertes einzuplanen ist.

Wie bereits gesagt, stehen wir zu einer Stadt, die sich weiterentwickelt. Ein Abbau ist mit uns nicht zu machen, und so verstehen wir auch den vom Stadtrat beschlossenen Finanzplan 2016-2018. Es stehen verschiedene Investitionsprojekte an, die entsprechende Mittel brauchen. Gemäss Finanzplan führen diese Vorhaben zu einer Neuverschuldung, was wohl überlegt werden muss.

Aktuell stehen wir den Kürzungen, die wir vorher von der SVP/EDU/JSVP-Fraktion gehört haben, kritisch gegenüber. Sowohl zum Beispiel bei der Sanierung des Park Casinos, der Familiengärten und weiterer Vorhaben, die sie uns hier vorgestellt haben.

Die ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktion wird auf das Budget eintreten und den Anträgen mit den Änderungen der GPK meist zustimmen. Es werden aber aus unseren Reihen noch Anträge eingehen sowie weitere Fragen gestellt werden. “

Martin Jung (AL)

AL-Fraktionserklärung

”Was das Tagesgeschäft angeht, kann man dem Stadtrat weitestgehend eine gute Note ausstellen. Natürlich gibt es einige Dinge, die nicht optimal laufen. Am sichtbarsten sind wohl die Unstimmigkeiten beim Museum Allerheiligen, die dann auch Spuren im Voranschlag hinterliessen.

Auffallend ist, dass die 1.6% des Gebäudeversicherungswerts, die gemäss Parlamentsbeschluss für den Unterhalt der Gebäude zur Verfügung stehen sollen, dieses Jahr noch nicht erreicht werden. Dies ist insbesondere deshalb auffällig, weil

der vom Stadtrat in der Energievorlage vorgeschlagene Wert höher war und die 1.6% der unteren Grenze der Empfehlungen von Fachverbänden entspricht. Der Stadtrat ist sich also bewusst, dass mit Unterhalt auf diesem Niveau langfristig nicht einmal der Werterhalt der städtischen Immobilien gesichert werden kann. Dass mit den geplanten Massnahmen zumindest eine Steigerung gegenüber dem aktuellen Jahr vorliegt, kann dabei nur ein geringer Trost sein.

Die Laufende Rechnung soll wieder mit einem kleinen Überschuss abschliessen. Das darf uns natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass – nachdem die Investitionsrechnung berücksichtigt ist – unter dem Strich weiterhin eine Neuverschuldung anfällt. Und das, bevor der Grosse Stadtrat auch nur einen ausgabenwirksamen Beschluss gefällt hat.

Diese Situation ist absolut nicht wünschenswert. Damit ein Parlament funktionieren kann, braucht es Handlungsspielraum, und dazu gehört auch finanzieller Handlungsspielraum. Wir können uns lange darüber streiten, was der angemessene Überschuss der laufenden Rechnung wäre, der durchschnittlich für Geschäfte in der Kompetenz des Parlaments zur Verfügung stehen soll. Doch nur die verbohrtesten Ideologen würden bestreiten, dass es einen solchen Handlungsspielraum überhaupt geben sollte. Parlament und Volk sollen darüber bestimmen können, wo investiert wird – nicht darüber, ob investiert wird. Keine Investitionen zu tätigen, ist für eine lebendige Stadt keine Option. Unsere Infrastruktur und die öffentlichen Dienstleistungen sind unser bester Standortvorteil. Doch genau darauf, nämlich nicht zu investieren, läuft es hinaus, wenn die Stadt langfristig ihre Investitionen nicht selber zahlen kann. Und in der SPK Schuldenbremse köcheln Pläne, die den Tag des totalen Stillstandes ein ganzes Stück näher an die Gegenwart rücken könnten.

Wir sind nicht der Meinung, dass Schulden grundsätzlich des Teufels sind. Und bei den momentan niedrigen Zinssätzen ist die Verschuldung der Stadt zumindest tragbar. Aber die Staatsschulden sollen ein Puffer sein, mit dem die über die Jahre ungleich verteilt anfallenden Kosten insbesondere der Investitionsrechnung verteilt werden. Wenn die Investitionen dauerhaft über Fremdkapital finanziert werden, wird die Verschuldung zur ständig steigenden Last, die die Stadt vor sich herträgt. Schuldenabbau muss möglich sein – vielleicht nicht in Jahren, in denen grosse Investitionen anstehen, aber irgendwann einmal wieder und zwar aus den regulären Einnahmen. Wenn die Stadt nur dann ausnahmsweise Schulden zurückzahlen kann, wenn Volksvermögen verkauft wird, dann dürfen wir in Zukunft auch nur noch in Dinge investieren, die sich zu einem späteren Zeitpunkt möglichst gewinnbringend verkaufen lassen. Doch das ist nicht die Rolle des Staates - das sollte eigentlich allen klar sein.

Die Schuldenlast bewegt sich relativ nahe an dem, was sich der Stadtrat als Maximum gesetzt hat. Das wäre ja in Ordnung, wenn wir gerade einige Jahre voller Investitionen in Zukunftsprojekte hinter uns hätten und in den nächsten Jahren keine grossen Investitionen anstünden, so dass die Verschuldung langsam wieder abgebaut werden könnte. Dies ist aber keineswegs der Fall. Im Gegenteil, es stehen in den nächsten Jahren viele, teils lange aufgeschobene Investitionen an: Kindergarten Herblingen, Schulhaus Breite, Stadthausgeviert, KSS, Rheinuferstrasse, Kammgarnhof, Spielplatz Schauweckergut, Fussballfeld Schweizersbild und Duraduct, um nur einige zu nennen.

Ich habe in der GPK den Antrag auf eine Steuererhöhung um 6 Punkte gestellt. Nicht, weil ich mir sicher bin, dass der Steuerfuss bei 104 Punkten genau das wäre, was die Stadt braucht. Es wäre schlussendlich egal, ob die Steuern um 2 oder 8 Punkte erhöht würden. In jedem Fall wird die Verschuldung der Stadt weiter zunehmen. Selbst wenn

die Investitionen weiterhin auf das Notwendigste beschränkt werden, wie das der Stadtrat über seinen Plan für die nächsten Jahre sagt.

Im letzten Jahr hat der Stadtrat angekündigt, dieses Jahr eine Steuererhöhung zu beantragen. Es ist unverständlich, warum er das nicht getan hat. Angesichts dessen und angesichts des anstehenden Wechsels im Stadtrat ist die Absichtserklärung, die Steuererhöhung nächstes Jahr doch noch zu bringen, völlig unglaublich. Wer in diesem Saal glaubt daran, dass SVP-Finanzreferent Daniel Preisig in seinem ersten Amtsjahr eine Steuererhöhung vorschlägt? Ohne die Steuererhöhung beginnt der Putz am vorliegenden Finanzplan aber langsam zu bröckeln. Selbst mit der Steuererhöhung um 3 Punkte prognostiziert der Stadtrat bis 2018 einen Anstieg der Verschuldung um CHF 10 Mio. Und in diesem Plan enthalten sind noch Landverkäufe im Wert von CHF 30 Mio., die noch nicht in Stein gemeisselt sind.

In der Situation, in der die Stadt sich heute befindet, ist es nicht realistisch, die Steuern auf einen Schlag soweit hochzusetzen, dass die Stadt auf finanziell stabilen Füßen zu stehen kommt. Dieser Sprung wäre zu gross - dies ist auch der AL bewusst. Es führt aber kein Weg daran vorbei, dass ein Teil des angestauten Investitionsbedarfs durch eine Steuererhöhung finanziert werden muss. Der Stadtrat hat für dieses Jahr eine Erhöhung um 3 Punkte angekündigt, obwohl er diese jetzt nicht bringt. Das wäre schon dieses Jahr nötig gewesen, und das ist auch nächstes Jahr noch nötig. Die AL wird sich diesbezüglich dem Antrag der SP anschliessen.

Die Alternative dazu, der Stadt langfristig die Mittel zu geben, um ihre Investitionen selber tragen zu können, ist nicht zu investieren. Das ist meine Befürchtung gegenüber dem bürgerlichen Stadtrat, der uns bevorsteht. Geschäftsverschleppung ist auch eine Sparmassnahme, und es ist zu befürchten, dass der Stadtrat in Zukunft noch stärker mit dieser Taktik arbeiten wird, falls wir ihm diese Arbeit nicht – wie beim Schulhaus Breite – abnehmen. An den Stadtrat gerichtet will ich sagen: Es ist mir lieber, Ihr bringt Vorlagen, die mir nicht gefallen und über die wir dann streiten können, als dass Ihr nichts tut.

Noch ein paar Worte zur Lohnsummenentwicklung:

Das städtische Lohnsystem ist darauf angelegt, dass jemand über die Berufslaufbahn hinweg innerhalb der Lohnstufe aufsteigen kann. Wenn dafür nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stehen, funktioniert dieses System nicht, und die Stadt gerät in Schwierigkeiten, ihre Mitarbeiter längere Zeit zu binden. Eine erhöhte Mitarbeiterfluktuation kostet und wirkt sich negativ auf die Qualität der städtischen Dienstleistungen aus. Wer hier sparen will, der sorgt dafür, dass wir irgendwann dem Stadtrat nicht nur bezüglich der Investitionsfähigkeit der Stadt sondern auch bezüglich des Tagesgeschäfts eine negative Note ausstellen müssen.

Die AL wird auf das Budget eintreten und ihm - je nachdem wie über die Anträge abgestimmt wurde – vielleicht auch zustimmen. “

SR Peter Neukomm

Stellungnahme des Stadtrats

”Ich spreche zum Budget 2015 aus der Sicht des Stadtrats. Ich werde etwas Allgemeines sagen zum Ergebnis. Peter Möller hat ja schon einiges gesagt zu diesen zusätzlichen Bewegungen, auch dazu werde ich noch etwas sagen. Kurz zur Investitionsrechnung und ein kurzer Ausblick und Fazit. Ich versuche es so kurz wie möglich zu machen, damit wir nachher noch Zeit für die wichtigen Fragen haben.

Ich danke dem GPK-Präsidenten für die umfassende Darstellung des Budgets und den Bericht über die Vorberatung in der GPK. Die GPK hat sich einmal mehr einlässlich mit dem Budget beschäftigt. Die Beratungen waren sachlich und der Stadtrat unterstützt die GPK-Anträge.

Mit den heutigen Ausführungen beziehe ich mich vor allem auf Zahlen, wie sie aus den GPK-Beratungen hervorgegangen sind. In Ergänzung dazu werde ich Ihnen heute im Namen des Stadtrats noch 4 zusätzliche Anträge stellen. Sie sehen also, die Welt bleibt auch während der Budgetierung nicht stehen, deshalb fliessen eben immer wieder neue Erkenntnisse ein.

Ich danke an dieser Stelle auch meinen Kollegen im Stadtrat, allen Bereichs- und Abteilungsleitern und natürlich allen Mitarbeitenden, die mitgeholfen haben, dass wir für 2015 eine ausgeglichene Laufende Rechnung präsentieren können, die mit einem kleinen Ertragsüberschuss von CHF 3.2 Mio. abschliesst. Es stehen sich CHF 235.6 Mio. Ausgaben und CHF 238.8 Mio. Einnahmen gegenüber. Trotz der positiven Prognose gilt es aber, nicht übermütig zu werden, denn viele Positionen, das wissen die Erfahrenen unter Ihnen, können nur approximativ geschätzt werden, und der Ertragsüberschuss beträgt schliesslich nur etwa 1.4% der Gesamtausgaben, was im Streubereich eines ausgeglichenen Budgets ist.

II. Ergebnis Laufende Rechnung:

Ich habe es unter den Titel "Sparsame Budgetierung und positive Entwicklung der Steuereinnahmen" gestellt.

Wie in der Botschaft vom 23.09.2014 ausgeführt, sind wir beim vorliegenden Budget über das Ergebnis auch im Stadtrat positiv überrascht worden. Was sind die Gründe dafür?

Dank einer äusserst disziplinierten Umsetzung der strengen Vorgaben des Stadtrats – Budgetierung auf Basis der Rechnung 2013 – und erfreulicher Mehreinnahmen bei den Steuern und den Ablieferungen der Städtischen Werke ist es einmal mehr gelungen, die Laufende Rechnung im Gleichgewicht zu halten. Wir sind sogar zuversichtlich, dass wir ohne unvorhersehbare negative Entwicklungen im Abschluss des nächsten Jahres schwarze Zahlen schreiben können. Aufgrund dieses positiven Ergebnisses beantragt Ihnen der Stadtrat, den Steuerfuss bei 98 Punkten zu belassen.

Im Hinblick auf die vielen Unbekannten, wie die konjunkturelle Entwicklung, Kostenzunahmen im Sozialbereich, den Auswirkungen von EP14, der USR III oder der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die uns Sorgen machen, und mit Blick auf das bescheidene Eigenkapital von CHF 23.9 Mio. kann dieses kleine Plus schnell ins Negative kippen.

Mit einer Eigenkapitalquote von nicht einmal 8% bewegt sich die Stadt finanziell immer noch auf dünnem Eis. Nachdem wir im letzten Budget kräftig auf die Investitionsbremse gestanden sind, liegen die geplanten Investitionen für 2015 wieder etwas höher, aber natürlich noch nicht dort, wo sie eigentlich sein sollten. Dies wurde von meinen Vorrednern zu Recht erwähnt.

Der reine Unterhalt, der sich in den 314-er Konten findet, erreicht die 1.6% des Gebäudeversicherungsneuwerts, die wir gemäss Beschluss des Grossen Stadtrats vom 19. August 2014 anvisieren, noch nicht. Dies würde nämlich etwa CHF 11 Mio. entsprechen. Wir liegen jetzt bei rund CHF 8.1 Mio. Gemäss SIA müssten eigentlich

2% zurückgestellt werden. Dies wären dann sogar ca. CHF 15 Mio. Nach wie vor drückt uns ein erheblicher Investitionsstau und grössere bauliche Sanierungen und Erneuerungen stehen an, auch das wurde schon an dieser Stelle zu Recht erwähnt. Das zeichnet sich auch im Finanzplan 2015-2018 ab. Die Investitionen werden bis 2018 deshalb weiter ansteigen.

a) Aufwand

Der beeinflussbare Aufwand konnte einmal mehr stabilisiert und teilweise auch reduziert werden, was sich vor allem beim Personalaufwand zeigt. Darunter fallen auch die Auswirkungen der SLA-Massnahmen, die nun Ende dieses Jahres abgeschlossen werden. Eine davon ist sicherlich die erfreuliche Steigerung der Ablieferungen der städtischen Werke, die nun CHF 8 Mio. erreichen.

Der Gesamtaufwand liegt mit CHF 235.6 Mio. ca. 1.7 Mio. unter der Rechnung 2013 und mit einer Abweichung von nur CHF 0.7 Mio. praktisch auf der Höhe des Vorjahresbudgets. Das zeigt, wie haushälterisch die Stadt mit den ihr anvertrauten Mitteln umgeht und wie diszipliniert die Budgetweisungen des Stadtrats umgesetzt worden sind. Ohne Einrechnung der Lohnsummenentwicklung liegt der Personalaufwand im Budgetvergleich zum Vorjahr etwa auf gleicher Höhe.

Nach der bescheidenen Lohnentwicklung der letzten Jahre, bei denen im Durchschnitt nicht einmal 0.8% Leistungslohnanteile beschlossen wurden, erscheint es dem Stadtrat wichtig, dass die Lohnsumme 2015 wieder einmal spürbarer erhöht wird, damit die lohnwirksame Mitarbeiterqualifikation glaubwürdig und die Stadt als Arbeitgeberin auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleibt. Die 1.5% Erhöhung der Lohnsumme wird auch von der Personalkommission unterstützt.

Ich zitiere da gerne die Finanzdirektorin aus der Budgetdebatte vom 17. November 2014 im Kantonsrat: Sie hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es in unserem Lohnsystem eine Lohnsummenentwicklung von minimal 1% braucht, damit die Mitarbeitenden etwas davon spüren.

Ich erinnere auch an Art. 19 Abs. 2 Personalgesetz: Dieser besagt, dass für Leistungslohnanteile angemessene Mittel vorzusehen sind. Darauf kann nur verzichtet werden, wenn zwei Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind: Schlechte Wirtschaftslage und angespannte Stadtfinanzen. Beide Voraussetzungen sind nach Meinung des Stadtrats zurzeit nicht erfüllt.

Dank der fehlenden Teuerung wird die Lohnsummenerhöhung nur an unsere Leistungsträger verteilt, die gute bis sehr gute Leistungen erbracht haben. Damit verändern sich die Lohnbänder im Vergleich zum Kanton nicht. Und das ist die wesentliche Aussage. Es macht zur Zeit sowieso keinen Sinn, uns mit dem Kanton zu vergleichen, da dort das Budget noch gar nicht rechtskräftig ist und es völlig ungewiss ist, wie die Lohnsummenentwicklung beim Kanton schlussendlich aussehen wird, also machen wir uns nichts vor.

Der leichte Anstieg des Sachaufwands ist vor allem durch die Position Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt bedingt. Dies hängt mit der konsequenteren Anwendung der Aktivierungsgrenze von CHF 100'000.-- zusammen, was zu einer gewissen Verschiebung aus der Investitionsrechnung in die Laufende Rechnung führt.

Zu den Passivzinsen: Aufgrund des tiefen Zinsniveaus und den erreichten

Optimierungen - vor allem im Bereich der Liegenschaftenbewirtschaftung - wird wieder mit einem Nettoertrag von etwa rund CHF 0.5 Mio. gerechnet. Das heisst, mit den Erträgen aus Zinseinnahmen und dem Liegenschaftsbereich können die Kapitalkosten mehr als gedeckt werden.

Zu einer Verbesserung im Vergleich zur Botschaft trugen die neusten Einschätzungen zum Gemeindeanteil bei der Krankenkassenprämienverbilligung bei. Sie liegen mit CHF 6.24 Mio. knapp CHF 0.6 Mio. tiefer als ursprünglich angenommen und damit nur unwesentlich höher als in der Rechnung 2013.

b) Ertrag

Mit CHF 238.8 Mio. liegen die Einnahmen etwa CHF 2.7 Mio. höher als im Budget des Vorjahres. Bei den Steuern hat sich die Ausgangslage seit der Präsentation des Budgets nochmals verbessert. Aufgrund des aktuellen Steuersolls können wir die Einkommens- und Vermögenssteuern von CHF 84.5 Mio. auf CHF 86 Mio. erhöhen, das hat der GPK-Präsident richtig festgehalten. Bei den juristischen Personen ist die Ausgangslage schwieriger einzuschätzen, aber es sieht seit einem Monat auch gut aus, so dass wir zuversichtlich sind, die budgetierten CHF 19 Mio. zu erreichen. Die veranschlagten Steuereinnahmen betragen somit gut CHF 123 Mio., das heisst CHF 6.4 Mio. mehr als im Budget 2014 und CHF 4.5 Mio. mehr als in der Rechnung 2013.

Die Vermögenserträge fallen tiefer aus als im Vorjahresbudget, da noch keine Liegenschaftenverkäufe für 2015 bekannt sind und damit noch keine Buchgewinne budgetiert werden können.

Die Einnahmen aus den Entgelten werden im Umfang von CHF 3 bis 4 Mio. rückläufig sein. Die drei wesentlichsten Ursachen finden sich bei Mindereinnahmen im Museumsbereich, bei den Rückerstattungen im Bereich der Existenzsicherung für Krankenversicherungsprämien an Einzelpersonen sowie bei Ertragsminderungen bei den Heimtaxen und Kostgeldern (Schliessung Altersheim Steig).

Noch einmal spürbar steigen die schon erwähnten Beiträge für eigene Rechnung, was mit den um CHF 1.6 Mio. höheren Ablieferungen der Städtischen Werke zu tun hat. Da sind wir nun allmählich am Zenit angelangt; aber es ist schön, dass wir immerhin einen solchen Zenit erreicht haben. Aber wesentlich höher wird das nicht mehr werden.

III. Investitionsrechnung:

Die Ausgaben der Investitionsrechnung belaufen sich nach den GPK-Beratungen auf gut CHF 26 Mio., die Einnahmen auf gut CHF 9 Mio., was schlussendlich zu einem Ausgabenüberschuss von 18 Mio. führt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Verwendung von Verpflichtungskrediten aus früheren Jahren und die anstehenden Vorlagen wie der Kindergartenneubau in Herblingen noch nicht enthalten sind. Deshalb wird der Finanzierungsfehlbetrag von CHF 2.2 Mio. im Laufe des Jahres mit Sicherheit noch zunehmen.

Die wichtigsten Investitionen finden Sie auf Seite 7 der Botschaft vom 23. September 2014 aufgelistet.

IV. Anträge der GPK und des Stadtrats:

Das Ergebnis der Laufenden Rechnung lag vor den GPK-Beratungen bei einem kleinen Ertragsüberschuss von CHF 2.5 Mio., nach den GPK-Beratungen sind wir bei CHF 3.2 Mio. gelandet. Die vom SR im Rahmen der GPK-Beratungen eingebrachten und die von der GPK selber beschlossenen Änderungen ersehen Sie aus der Ihnen

heute verteilten Zusammenstellung.

Sie haben heute vom GPK-Präsidenten gehört, welche Veränderungen sich seit der Botschaft ergeben haben: Sie sind Ausfluss von sich verändernden Rahmenbedingungen, das heisst von neuen Einschätzungen bei den Einnahmen und auf der Ausgabenseite.

Der Stadtrat kann sich hinter die GPK-Anträge stellen und wird dazu keine Gegenanträge stellen.

Neu beantragt der Stadtrat zusätzlich noch vier Änderungen:

1. 32400.703.105 Mehrfamilienhaus Finsterwaldstrasse, Fensterersatz, Seite 160: Einstellen von CHF 110'000.-- für den Fensterersatz beim Mehrfamilienhaus Finsterwaldstrasse 88, da die Liegenschaft vom Werkhofgelände abparzelliert und nicht mit abgegeben wird. Es wurde aus Versehen aus dem Budget gestrichen.
2. 62305.503.360 Rhybadi, Sanierung, Seite 172: Streichung der eingestellten CHF 180'000, da der Unterwasserboden im Spitz nicht ersetzt wird. Stattdessen wird der Boden entfernt, wir brauchen deshalb auf einem Unterhaltskonto einen Betrag. 6003.314.300 Unterhalt der Gebäude und Anlagen (Rhybadi), Seite 128: Erhöhung um CHF 55'000.-- für Abbrucharbeiten des Bodens im Spitz, Treppe Spitz und Treppen Mannehägli, Absperrgitter gegen offenes Gewässer
3. 63100.501.662 Neustadt, Bereich Haberhaus, Aufwertung, Seite 178: Reduktion des Betrages von CHF 240'000.-- um CHF 100'000.-- auf CHF 140'000.--. Hier geht es um die Aufwertung des Raumes vor dem Haberhaus. Da liegen neue Berechnungen des Tiefbauamtes vor, die aufzeigen, dass die CHF 240'000.--, die auf Seite 178 eingestellt sind, zu hoch sind. Wir können das auch mit einem tieferen Betrag machen, er kann um CHF 100'000.-- reduziert werden auf CHF 140'000.--.
4. 63101.501.629 Gennersbrunnerstr., Buswendeplatz Bahnhof Herblingen, Seite 180: Streichung von CHF 500'000.-- zufolge Verschiebung auf Budget 2016. Hier beantragen wir Ihnen, diesen Betrag, der ursprünglich einmal auf CHF 500'000.--, dann auf CHF 750'000.-- lautete, zu streichen. Wir verschieben diese Geschichte auf das Budget 2016, das hat mit den Verspätungen im Bereich Stadionbau und weiteren Einflüssen zu tun, die im Zusammenhang mit dieser Busstation stehen, die sich jetzt verzögern. Und deshalb macht es keinen Sinn, dies im 2015 einzustellen, es genügt, wenn wir das 2016 machen. Darum kann man das auf 0 streichen.

Ralph Kolb wird Ihnen eine Auflistung verteilen, in der diese vier Anträge auch schon aufgeführt sind, damit Sie sehen, welche Auswirkungen dies hat.

V. Finanzplan 2015 - 2018

Bezüglich der Laufenden Rechnung sind wir zuversichtlich, dass wir diese in den kommenden 4 Jahren weiter im Griff behalten werden. Natürlich ist das noch von diversen Parametern abhängig, die wir nicht oder kaum beeinflussen können. Ich erinnere an die einleitend aufgezählten absehbaren Herausforderungen wie Anstieg der Sozialhilfe und Demografiekosten, EP14, USR III oder die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Weil die Ergebnisse aus der Laufenden Rechnung

aufgrund der Planrechnungen absehbar nicht genügen, um die grossen Herausforderungen auf der Investitionsebene zu meistern, ist ab 2016 modellartig eine Steuerfusserhöhung von 3 Punkten eingerechnet worden. Ob diese beantragt wird, ist erst im Rahmen des Budgets 2016 zu entscheiden.

Werden alle aufgeführten Projekte verwirklicht, ist mit einem Investitionssaldo von CHF 34.6 Mio. zu rechnen. Die Totalsanierung der KSS ist da aber noch nicht eingerechnet. Hier stehen die Anstrengungen zur Aufarbeitung des Investitionsstaus aus der Vergangenheit, Infrastrukturerneuerungen und Ausgaben für die zusammen mit dem Kanton aufgegleiste Entwicklungsstrategie (Aggloprogramm, Wohnraumentwicklung) im Zentrum. Da diese Investitionen in die Attraktivität unserer Stadt nicht vollständig selbst finanziert werden können, wird die Verschuldung nochmals etwas zunehmen. Sie soll aber im Rahmen unserer Verträglichkeitsvorgaben bleiben, die wir in der Vorlage zur Initiative Schuldenbremse vom 25.06.2013 dargelegt haben. Investitionen kosten aber nicht nur, sie schaffen auch einen nachhaltigen Mehrwert für unsere wachsende Bevölkerung sowie unsere Wirtschaft und setzen nicht zu unterschätzende Impulse für den regionalen Arbeitsmarkt.

VI. Ausblick und Fazit:

Die finanziellen Herausforderungen der nächsten Zukunft - hoher Investitionsbedarf, rückläufige Unternehmenssteuern (USR III), weiterer Anstieg der Ausgaben bei der sozialen Wohlfahrt (KK-Prämienverbilligung, Sozialhilfe, Altersbetreuung) - werden uns auch in den kommenden Jahren stark beschäftigen. Zudem droht eine Überwälzung von Aufgaben auf die Gemeinden resp. ein Rückzug des Kantons bei der Finanzierung von Verbundaufgaben im Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm 2014. Dafür gibt es aber bei der Stadt keinen finanziellen Handlungsspielraum.

Leider sind die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr so positiv wie in der ersten Jahreshälfte. Mit Blick auf die gedämpfte Entwicklung der Konjunkturindikatoren im Euroraum hat sich die Ausgangslage seit der letzten Prognose (Juni) leicht eingetrübt. Die Experten des Bundes haben das BIP-Wachstum für 2014 von 2% auf 1.8% korrigiert, die KOF der ETH auf 1.7%. Für 2015 rechnet die KOF mit stagnierendem Wachstum. Auch der im letzten Monat publizierte Konjunkturbericht der Kantonalbank Schaffhausen bestätigt diese Einschätzung. Die Umfrageergebnisse von 332 Unternehmen signalisieren insgesamt eine Abschwächung des Geschäftsganges der Schaffhauser Unternehmen.

Deshalb wird sich auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht weiter verbessern wie erhofft. Per Ende Oktober 2014 betrug die Arbeitslosenquote schweizweit 3.1%. Die Quote im Kanton Schaffhausen beträgt 3.0%. Beim RAV Schaffhausen waren 1'272 Personen ganz oder teilweise arbeitslos eingeschrieben.

Trotzdem gibt es gute Gründe, auch für die Zukunft unserer Stadt weiterhin zuversichtlich zu sein. Voraussetzungen für eine positive Entwicklung ist nämlich die weiterhin erfolgreiche Umsetzung der Entwicklungsstrategie, welche über ein moderates Bevölkerungswachstum und die Ansiedlung neuer Unternehmen eine Steigerung des Steuersubstrats bewirken soll. Die Zwischenergebnisse sind erfolgversprechend: Schaffhausen war noch selten so gut aufgestellt wie heute. Die Bevölkerung unserer Stadt wächst weiter (35'886 per Ende Okt. 2014: + 190 im Vergleich zu Anfang Januar 2014), und es wird weiter kräftig investiert. Das sehen Sie, wenn Sie etwas die Augen offen halten, wenn Sie durch die Stadt gehen. Ich erinnere Sie nur an das Mühlental. Die erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt macht also Mut

und bestärkt uns dabei, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. “

SR Dr. Raphaël Rohner**Votum**

”Ich erlaube mir einige kleine Anmerkungen zur Stellungnahme von Martin Jung in Bezug auf die Frage der Investitionsrechnung. Sie wissen, wir befinden uns nach wie vor in finanziell anspruchsvollen Zeiten, und finanziell anspruchsvolle Zeiten verlangen auch ein Handeln mit Augenmass. Ich denke, dieses Augenmass haben wir auch dieses Mal wieder mit dem vorliegenden Budget eingehalten.

Ich möchte in Erinnerung rufen - wir haben insgesamt einen Gebäudeversicherungswert in der Stadt Schaffhausen von rund CHF 763 Mio. und wenn man hier jetzt diese 1,6% berechnet, dann ist man in einem Bereich von CHF 12.2 Mio. an jährlich zu tätigen Investitionen. Und wenn wir dann noch die Busbetriebe und die städtischen Werke in Abzug bringen, dann sind wir bei CHF 10.9 Mio. Effektiv haben wir für den, wohlverstanden, laufenden Unterhalt, also in der Laufenden Rechnung, die grösseren Positionen, die sind ja eben in der Investitionsrechnung. Also in der Laufenden Rechnung sind es immerhin CHF 8.1 Mio., die wir Ihnen beantragen.

Ich denke mir, im Rahmen unserer Möglichkeiten wird doch einiges gemacht. Wir haben einen konsequenten, aber auch einen zielgerichteten Unterhalt. Wir haben uns aber beispielsweise auch im laufenden Jahr einiges zusätzlich leisten können, das nicht nur werterhaltend ist. Wir setzen nicht nur auf Werterhaltung, sondern auch auf Wertvermehrung; wir haben beispielsweise das Haus zum Ritter wie auch das Haus zum Käfig sehr schön saniert. Wir haben im Museum die Agnesen-Kapelle saniert. Ich möchte darauf hinweisen, dass sich unsere Schulhäuser, unsere Heime und auch das Museum sowie die weiteren öffentlichen Gebäude in einem vergleichsweise mit anderen Kantonen oder mit dem Ausland sehr angemessenen Zustand befinden. Wir sind wirklich daran, periodisch das zu machen, was es zu tun gilt. Man könnte immer noch mehr machen – dies wissen wir. Aber wir können es zurzeit nicht, vor allem darum auch nicht, weil wir wissen, welche Ausgaben wir in Zukunft noch zu tätigen haben. Man muss eben im Rahmen der Finanzplanung nicht nur das beachten, was gerade aktuell im Kopf ist, sondern auch das, was auf der Zeitschiene ansteht.

Als Klammerbemerkung und doch sehr wichtig, weil es sehr oft vergessen wird: Wir haben nicht nur im Hochbau zu investieren, sondern auch im Tiefbau. Wir haben eine Strasseninfrastruktur, die durchaus in Ordnung ist – mit wenigen Ausnahmen. Oft wird die Kanalisation vergessen, die regelmässig in Stand gehalten werden muss. Diese befindet sich - verglichen mit unseren Nachbargemeinden - in einem Topzustand. Es gibt oft versteckte Schulden, die sich unter dem Boden befinden, und solche haben wir hier nicht. Wir haben bereits verschiedene Aufwertungsmassnahmen getätigt, unter anderem auch für den Langsamverkehr; auch in diesem Bereich sind wir konsequent daran. Wenn wir aber in die nähere Zukunft schauen, ist nebst dem Schulhaus Breite auch der Kindergarten Herblingen, dessen Vorlage sozusagen fertig ist. Sie haben auch das Stadthausgeviert erwähnt. Sie wissen es – hier geht es nicht um aufschieben und zurückschieben, sondern es handelt sich um ein Projekt, das bereits vor 50 Jahren Thema war. Vielleicht wurde es in den letzten Jahren nicht so an die Hand genommen, wie man es hätte tun können.

Jetzt sind wir daran, zusammen mit dem Finanzreferenten und dem Stadtpräsidenten, das Projekt wieder aufzugleisen. Es geht darum festzustellen, welche Nutzungen möglich und welche Investitionen zu tätigen sind, und wie dies finanziert werden kann. Dies ist eben die entscheidende Frage. Man kann nicht nur das Geld ausgeben, wenn

man es nicht hat, sondern man muss sich auch die Frage stellen, wie etwas finanziert werden soll. Auch beim Stadthausgeviert wird mindestens teilweise die Möglichkeit zur Vergabe im Baurecht geprüft. Übrigens sind bereits jetzt sehr viele Interessenten vorhanden, die durchaus bereit wären, diese historisch interessanten, aber baulich sehr anspruchsvollen Gebäude zu übernehmen und selber zu sanieren.

Dann haben wir die Rheinuferstrasse; diese Vorlage wird im Laufe des nächsten Jahres kommen. Es handelt sich um grosse Investitionen, die wir zu tätigen haben, inklusive der Kragplatte, die in keinem guten Zustand ist. Dies alles wusste man vor ein bis zwei Jahren noch nicht. Jetzt haben wir es geklärt. Die Kragplatte wird uns CHF 4 Mio. kosten – auch dies will finanziert werden. Im Weiteren stehen die KSS und die Entwicklung der Kammgarn an. Die gesamte Situation muss in Bezug auf die Möglichkeiten, die man bei den Investitionen hat, und auf das “Nice to have” und auf das “Must” sehr genau zu analysieren sein.

Abschliessend möchte ich noch darauf hinweisen, dass sich Schuldenwirtschaft noch nie bewährt hat. Ich persönlich setze gerne auf Bewährtes.”

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde. Eintreten ist somit beschlossen.

Detailberatung

Die **1. Vizepräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**, verliest den Voranschlag 2015 der Stadt Schaffhausen wie folgt:

III. Laufende Rechnung

Seite 20, Martin Egger (FDP):

1200.319.000 Verschiedene Ausgaben inkl. Mitglieds- und Verbandsbeiträge

Antrag:

Reduktion um CHF 13 300.-- auf CHF 1 300.--; dies entspricht dem Beitrag der Stadt Schaffhausen an den am 19. März gegründeten Verband der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten des Kantons Schaffhausen.

Begründung:

„Es geht mir in meinem Antrag nicht in erster Linie um das Geld, sondern um den Umstand, dass es - nach meiner Meinung - in unserem kleinräumigen und teilweise überverwalteten Kanton nicht noch ein zusätzliches, mit Steuergeldern finanziertes, Gremium braucht.

Ich begrüsse dabei durchaus die Diskussion von Gemeindevertretungen untereinander. Als ehemaliger Kantonsrat weiss ich auch, dass die Interessen der Gemeinden in den kantonsrätlichen Debatten mit sehr viel Lokalpatriotismus eingebracht und geführt werden. Es muss auch festgehalten werden, dass die Interessen der Gemeinden gegenüber dem Kanton nicht immer einstimmig sind - ja sogar teilweise weit auseinander liegen.

Es kann also davon ausgegangen werden, dass auch im neu gegründeten Gremium je nach Thema die Interessenlagen der Gemeinden unterschiedlich sein werden. Die Zeit und Energie, welche der Stadtpräsident in diesem Gremium aufwenden müsste,

um die Interessen der Stadt zu vertreten, ist darum in den kantonsrätlichen Debatten viel zielführender und effizienter eingesetzt. Zudem sehe ich bei einer allfälligen abweichenden Haltung zu einem Thema eine nicht ungebundene Interessenvertretung für die Interessen der Stadt.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, meinen Kürzungsantrag zu unterstützen.

Gleichzeitig bitte ich den künftigen Stadtpräsidenten und den neu zusammengesetzten Stadtrat, meine Gründe, welche gegen eine Teilnahme der Stadt Schaffhausen am Verband der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten des Kantons Schaffhausen sprechen, in ihre Überlegungen mit einzubeziehen und allenfalls aus dem Verband auszutreten.

Stadtpräsident Thomas Feurer:

"Ich bitte Sie selbstverständlich dringend, dies nicht zu tun. Denn es war ja nicht so, dass der Stadtpräsident einfach einmal an einem Morgen erwacht ist und gedacht hat: "Was können wir sonst noch für einen Verband gründen und dem eventuell beitreten?" Ich möchte Ihnen dazu aber doch ein paar Hinweise geben, die sehr ernst gemeint sind. Der Stadtrat will die Stadt Schaffhausen in kantonalen, aber auch in nationalen Gremien nicht üppig, aber doch wirkungsvoll mit den Interessen der Stadt vertreten. Dieser Verband, den gibt es schon lange, lange Jahre hatte er auch einen Präsidenten mit Franz Hostettmann. Nach seinem Rücktritt hat er einen internen Auftrag gegeben, wie die Interessen des Verbandes allenfalls besser gebündelt, die Kräfte besser geordnet werden können.

Dafür hat er sich auch einmal Gedanken gemacht, wie die Rituale bis jetzt gelaufen sind. Der Verband hat sich primär zwei Mal im Jahr getroffen und hat dann vom Regierungsrat Informationen über die Aktualitäten erhalten. Das ist sicher richtig und das braucht es auch. Es war mehr oder weniger ein Frontalunterricht, nur wenig Interessenbildung auf der kommunalen Ebene hat stattgefunden. Nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Strukturdiskussion, die im Moment zwar noch nicht ganz aktuell ist aber sich in einem vor-aktuellen Stadium befindet, hat sich der Verband umgeschaut und untersucht, was in anderen, ähnlich grossen Kantonen gemacht wird. Praktisch überall existieren solche Gefässe. Zum Teil sind diese über die Exekutive hinaus auch mit der Verwaltung vernetzt. Dies wollten wir nicht. Wir haben einen sehr pragmatischen Ansatz gewählt. Das Motto war: Eine wirkungsvolle, effiziente und kostenbewusste Wahrnehmung der kommunalen Interessen. Deshalb heisst der Verband auch im Untertitel "Die kommunale Stimme".

Die Finanzierung besteht daraus, dass wir einen Sockel- und einen Kopfbeitrag haben. Es stimmt schon, was Sie sagen, Martin Egger, es kann durchaus vorkommen, dass Interessen tangiert werden, die die Stadt als sehr grosse Gemeinde vertritt, aber nicht unbedingt deckungsgleich sieht wie andere Gemeinden. Wir wissen auch, dass in solchen Fällen, wo keine Einigung erzielt werden kann, sich der Verband grundsätzlich nicht engagieren soll. Das steht auch so im Zweckartikel und kann dort nachgelesen werden.

Wir glauben trotzdem, dass dieses solidarische Gefäss unter den Schaffhauser Gemeinden sich langfristig positiv auswirken wird. Es hat sich bis jetzt auch schon bewährt. Wir hatten übrigens auch vom Regierungsrat sehr positive Feedbacks. Er nimmt uns als Ansprechpartnerin auf Augenhöhe wahr. Wir sind sicher, dass die kommunale Ebene besser zusammenwächst und sich auch gegenseitig unterstützen wird. Da spielt es keine Rolle, ob ich oder mein Nachfolger Stadtpräsident ist, das ist

unabhängig von Namen.

Es sind praktisch alle Gemeinden dabei, ausser Neuhausen. Eigentlich wollten sie dabei sein, mindestens gemäss Aussage des Gemeindepräsidenten. Aber er wurde vom Gemeinderat, nicht vom Parlament, zurückgepfiffen. Aber wir sind nach wie vor überzeugt davon, dass Neuhausen über kurz oder lang ebenfalls mitmachen wird. Übrigens ist Dr. Stephan Rawyler auch an die Versammlungen eingeladen, er kann einfach nicht mitabstimmen.

Nun, der Stadtrat befürwortet die Mitgliedschaft einhellig und will mit diesen anderen Kommunen im Boot bleiben. Wir sind in einem gemeinsamen Boot und bitten Sie, den Betrag im Budget zu belassen. Dieser entspricht übrigens den Kompetenzen des Stadtrates. Es ist nicht so, dass wir unsere Kompetenzen geritzt haben, gemäss den entsprechenden Artikeln in der Stadtverfassung kann der Stadtrat bis zu wiederkehrenden Ausgaben von CHF 20'000.-- über solche Ausgaben selber entscheiden."

Hermann Schlatter (SVP)

Votum

"Ich möchte den Stadtpräsidenten nur in einem Punkt etwas korrigieren. Es war also nicht so, dass die Gemeindepräsidenten sich früher nur von der Regierung berieseln liessen und dann zum Apéro übergegangen sind. Wir hatten unter Regierungsrat Erhard Meister, Volkswirtschaftsdirektor, ein grosses Projekt, nämlich "Schaffhausen auf": Sie erinnern sich an die sieben Ostereier. Es gab damals zahlreiche Arbeitsgruppen, ich war selbst in mehreren dabei. Wir hatten unter anderem auch mit dem Vorgänger von Thomas Feurer Modelle entwickelt, wie man zusammen mit der Stadt die Gemeinden miteinbeziehen könnte. Das war ein Zusammenarbeitsmodell. Auf der anderen Seite war es auch das Modell der Fusion, das wir in Hemmental schlussendlich auch bis zum Schluss durchgezogen haben.

Wir hatten kein Sekretariat. Das ist eben der grosse Unterschied zu heute. Es wird ja heute von der ehemaligen Gemeindepräsidentin von Altdorf, nachher von der Finanzreferentin von Thayngen wahrgenommen. Wir waren es uns gewohnt, dass wir eben am Abend oder am Samstag unentgeltlich Sitzungen durchführten und über das Wochenende die Vernehmlassungen schrieben. Wir hatten unterschiedliche Strukturen auch innerhalb des Verbands. Es gab einen Klettgau-/Reiatverband und einen oberen Kantonsteil. Wir hatten bei der Regierung auch das notwendige Gehör. Aber nochmals: Es funktionierte alles vollumfänglich auf Milizbasis, und heute, das sehe ich ein, kehrt man von diesem ab und hat ein Sekretariat installiert. Aber es war damals auch schon so, dass wir gearbeitet haben."

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Martin Egger (FDP) gestellten Antrag mit Stichentscheid des Ratspräsidenten mit 18:17 Stimmen ab.

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Votum

Seite 20, 1202.365.910 Beiträge an Standortförderung

Antrag: Kürzung um CHF 5'400.-- auf neu CHF 21'600.—

"Statt wie letztes Jahr CHF 10'000.- sind hier für 2015 CHF 27'000.- budgetiert. Gemäss Kommentar auf Seite 21 ist in dieser Budgetposition unter anderem auch ein

Beitrag zur Förderung des Aktionsprogramms des Vereins Metropolitanraum Zürich enthalten. Dieser wird gemäss Auskunft unserer GPK-Mitglieder mit CHF 5'400.- beziffert.

Im Namen der SVP/EDU-Fraktion in Absprache mit der FDP/JFDP-Fraktion beantrage ich Ihnen, den Posten 1202.365.910 um CHF 5'400.-- zu kürzen, so dass ein Betrag von CHF 21'600.-- resultiert.

Zur Begründung bringen wir vor, dass wir es grundsätzlich als fragwürdig erachten, wenn Lobby-Kampagnen durch Steuermittel finanziert werden. Darüber hinaus bezweifeln wir auch die Wirksamkeit solcher Aktionen. Ich weiss, dass Ihnen der Stadtpräsident sagen wird, wie wichtig diese Aktionen für die Wahrung der Interessen des Grossraums Nordostschweiz und dem Wirtschaftsraum Zürich, zu dem Schaffhausen auch gehört, seien, damit man in Bundesbern unsere Interessen wahren könne.

Dies wagen wir indessen, wie erwähnt, zu bezweifeln, denn diese Organisationen sind nur eine unter vielen, es gibt viele andere Lobby-Organisationen, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit ihren Anliegen überfluten. Es gibt jetzt sogar neuerdings sogar Organisationen, die verzichtet haben, weil sie gemerkt haben, dass es gar nichts bringt. Sie suchen den direkten Kontakt mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, weil es sehr viel effizienter ist. Ich wage zu bezweifeln, ob solcher Aktionismus wirklich etwas bringt, denn so ist nicht sichergestellt, dass man den Adressaten überhaupt erreicht. Man erreicht ihn vielleicht mit einer Papierflut, aber ob man wirklich sein Anliegen anbringen kann, wage ich sehr zu bezweifeln. Es wäre viel effizienter und besser, wenn man den direkten Kontakt mit unserer Vertreterin, Frau Nationalrätin Munz, oder unseren Vertretern in Bern suchen würde. Diese können Anliegen der Stadt direkt in die Kommissionen einbringen oder im Rat für die Region und die Stadt Schaffhausen lobbyieren. Dieses Vorgehen wird übrigens auch vom Regierungsrat gewählt. Der Kanton macht dies genauso, er lädt vor jeder Session die vier Eidgenossen ein, um die Anliegen des Kantons gemeinsam zu besprechen, damit die Eidgenossen in den Sessionen diese Anliegen auch entsprechend einbringen können.

Ich möchte betonen, dass wir den Beitrag für die Mitgliedschaft nicht in Frage stellen, sondern es geht uns nur um den Beitrag für das Aktionsprogramm."

Stadtpräsident Thomas Feurer

Votum

"Es wird Sie nicht verwundern, wenn ich auch hier dringend vor einer Isolation von diesem nationalen Gefäss abrate. Es ist natürlich so, dass die nationalen Räte, Ständeräte und Nationalräte unsere Interessen via Kanton vertreten. Es ist aber auch so, dass die Interessen gebündelt mit anderen Regionen, anderen Metropolitanregionen besser eingebracht werden können. Wenn wir zu diesem Thema ein Beispiel nehmen wollen, dann ist es der Beitrag an die Verkehrsinfrastruktur, wo die Metropolitankonferenz (die es ja noch nicht sehr lange gibt, es gibt nur die Greater Zurich Area (GZA), die primär ein Wirtschaftsförderungsinstrument ist), bei diesem nationalen Verteilungskampf, den zum Beispiel die Berg- und die welschen Kantone sehr gut führen, sehr gut eingesetzt (zum Beispiel beim Brüttener-Tunnel). In diesem Sinne ist diese Metropolitankonferenz aus unserer Sicht unter anderem auch eine Lobby-Organisation, die sich im Interesse der Metropolitanregion Zürich, wozu wir gehören, auch auf nationaler Ebene einsetzt.

Dies ist aber nur ein Teil. Der andere Teil ist, dass wir dort mit einem relativ

bescheidenen Beitrag profitieren können von grossen Projekten, die vor allem von finanzstarken Partnern aus den Kantonen Zürich, Zug und Luzern getragen werden. Es geht hauptsächlich um die Themen Verkehr und Raumplanung, aber auch um demographische Fragestellungen bis hin zu Bildungsaspekten. Oder zur Fragenstellung, die kürzlich an der grossen Konferenz im Arcona Hotel in Schaffhausen diskutiert wurde, wie wir einheimische Fachkräfte besser in den Arbeitsprozess integrieren könnten. Solche Aspekte müsste die Seite, die jetzt dagegen ist, besonders interessieren. Auch hier gibt es Programme, die die Metropolitankonferenz ganz besonders fördert.

Ich möchte Sie aber auch darauf hinweisen, dass in der Stadtverfassung Art. 42 Abs. 1 steht, dass der Stadtrat folgende Aufgaben hat: *Er vertritt die Stadt nach aussen und hat die städtischen Interessen zu wahren.* Es ist also keine selbstgewählte Mitgliedschaft, sondern entspricht durchaus dem Auftrag, den der Stadtrat wahrnehmen muss.

Ich denke mir, dass wir mit dieser Metropolitankonferenz ein sehr gutes Instrument haben und uns gegenseitig wahrnehmen und kennenlernen. Die Grenzen für die Interessen bewegen sich eben nicht nur entlang der Kantonsgrenzen, sondern in der Zwischenzeit ist sind wir eine weitaus mobilere Gesellschaft geworden. Wir hätten jedenfalls nie genügend Ressourcen, um auf diesem Niveau mitzumachen. Dies ist mein Fazit: Die Metropolitankonferenz hat sich bewährt, und der Kanton ist ja mit den Programmen, die jetzt gestrichen werden sollen und auch zu einem Austritt führen müssten, dabei. Gleichzeitig lobbysiert er über die nationalen Vertretungen in Bern. Also, das eine tun, das andere nicht lassen, ist das Motto, und die Stadt Schaffhausen vertritt in diesem Gremium übrigens auch die Interessen von Neuhausen, Thayngen und Beringen. Und auch dies ist ein Gewinn.

Ich bitte Sie also, diesen Betrag im Budget zu belassen. Es ist nicht so, dass wir uns überall engagieren. Wir haben viele Gefässe, die wir links liegen lassen, weil wir die Ressourcen nicht haben. Wir haben beispielsweise auch keine Städtepartnerschaften. Das sind lockere Gefässe. Aber hier haben wir ein Gefäss, welches die Interessen der Region Schaffhausen, Zürich, bis nach Luzern und von Baden bis nach St. Gallen sehr genau abbildet. Und da gehören wir einfach dazu."

Dr. Katrin Bernath (GLP)

Votum

"Die Herausforderungen, die auf unsere Stadt zukommen, werden sicher nicht kleiner, sei es aufgrund gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen, steigender Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur, der demographischen Entwicklung und so weiter.

Damit wir auf solche Entwicklungen proaktiv reagieren und zukunftstaugliche Lösungen entwickeln können, dürfen wir uns nicht isolieren.

Die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und über die Kantonsgrenzen hinweg zahlt sich aus. Synergien können genutzt und effiziente, gemeinsame Lösungen erarbeitet werden.

Deshalb lehnen wir den Antrag ab, der auf ein Abseitsstehen der Stadt Schaffhausen zielt und die Zusammenarbeit in gemeinsamen Gremien sowie die Vertretung gemeinsamer Interessen reduzieren will."

Peter Möller (SP)**Votum**

"Es scheint mir wichtig, dass auch die Stadt Schaffhausen in einem grösseren Verbund dabei ist, und es ist absolut sinnvoll und dient auch dem Ziel, zukunftssträchtige Lösungen zu erreichen und beizubehalten. Ich bin natürlich dafür, dass wir den Antrag ablehnen. Aber ich würde die Antragstellerin bitten, doch dann wenigstens konsequent zu sein. Wenn wir schon bei den Aktionen nicht mitmachen - warum sollen wir dann einen Mitgliederbeitrag bezahlen? Entweder streicht man die Aktionen - aber dann kann man aber auch gleich austreten. Dies hätte den grösseren Spareffekt.

Um in einem grösseren Verbund mitzumachen, präsent zu sein und zukunftssträchtige Lösungen erarbeiten zu können, lassen wir den Betrag doch bitte im Budget."

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat heisst den von Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP) gestellten Antrag mit 17:16 Stimmen gut.

An dieser Stelle wird die Ratsdebatte für eine einstündige Pause unterbrochen.

Zweiter Teil der Budgetberatungen 2015:**Thomas Hauser (FDP):****Seite 60, 4110.366.100 Unterstützungen**

"Ich spreche zur Finanzstelle 4110 Position 366.100 „Unterstützungen“. Diese Kosten steigen von Jahr zu Jahr. Ein Hauptgrund dafür sei, dass wieder immer mehr Sozialfälle von auswärts in die Stadt Schaffhausen ziehen und die Stadt nach zwei Jahren für diese Zuzügler finanziell aufkommen muss. Ich habe gehört, dass 38% der Zuzügler nach Schaffhausen Sozialfälle sind. Ein Hauptgrund für diese Sozialwanderungen seien die tiefen Mietzinse im Schaffhauser Wohnungsmarkt.

Wir hatten diese Entwicklung schon einmal und im Namen der ständigen Sozialkommission haben wir am 27. August 2001 hier im Rat eine Interpellation zum Thema „Ausgaben bei der Sozialhilfe“ behandelt. Am 27. August 2001 hat sich der Grosse Stadtrat während praktisch einer ganzen Sitzung diesem Thema angenommen und nach Lösungen gesucht.

Der damalige Stadtrat und Sozialreferent Thomas Feurer hat damals in einem Massnahmenplan aufgezeigt, wie man diese Kosten oder die Zahl der Sozialhilfeempfänger senken könnte. Gleichzeitig wurde auch darauf hingewiesen, dass Wohnungsvermieter billiger Wohnungen es unterlassen sollten, mit Lockvogel-Angeboten in auswärtigen Zeitungen für Schaffhausen Werbung zu machen; dies so unter dem Motto, „die ersten zwei Monate“ gratis. Man hat auch darauf hingewiesen, dass die Stadt allenfalls solche Liegenschaften kaufen, abreissen, neu bauen und neu vermitteln könnte.

Es wurde darauf hingewiesen, dass Sozialbezüger von Landgemeinden die Anonymität von Ortschaften mit Stadtcharakter suchen. Nun möchte ich vom Stadtrat wissen, ob gilt, was vor 13 Jahren ausgeführt wurde oder nimmt man diese horrenden Kosten einfach hin. Vor allem beschäftigt mich der Umstand, dass 38% der Neuzuzügler Sozialfälle sind. Kann man da keine Abhilfe mehr schaffen?"

SR Simon Stocker**Votum**

"Alle Jahre wieder, könnte man sagen, oder alle Jahrzehnte wieder, gibt es eine intensive Diskussion zur Sozialpolitik und zurzeit ist das besonders beliebt auf gewissen Ratsseiten. Ich teile aber Ihre Meinung, dass der Stadtrat sich durchaus Sorgen macht. Ich kann Ihnen versichern, dass wir das nicht einfach hinnehmen, wie Sie das so lapidar sagen. Sondern das beschäftigt uns. Dies hat auch meine Vorgängerin, FDP-Stadträtin Jeannette Storrer, beschäftigt. Und auch sie hat nicht Lösungen aus dem Hut gezaubert, und dann war alles besser.

Zu den steigenden Kosten: Erstens gibt es einen Bereich, in dem wir Handlungsspielraum haben und es gibt einen Bereich, wo wir keinen haben. Und zu den Hauptgründen der Kostenentwicklungen. Eine der beiden Revisionen der IV und der ALV in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass weniger Leute heute IV-Leistungen erhalten. Der zweite Punkt ist, dass man früher aus den ALV-Leistungen herausfällt. Diese Personen verschwinden nicht einfach. Man hat das damals in der Nationalrats- und Ständerats-Debatte auch erwähnt, man wollte es nur nicht hören. Diese Leute landen früher oder später bei der Sozialhilfe.

Ein weiterer Punkt sind übrigens, wenn man die Sozialhilfeszahlen anschaut, sehr viele Ältere, die länger in der Sozialhilfe bleiben. Auch da ist der Grund relativ eindeutig: In der Wirtschaft sind solche Leute nicht mehr so beliebt. Die Gründe sind offenbar, dass sie zu viel kosten, etc. Auch diese Leute landen schlussendlich bei uns auf der Matte und brauchen unsere Unterstützung.

Ich gebe Ihnen aber Recht, heute sind es vor allem die Mietpreise, welche zu einem Zuzug aus anderen Gemeinden führen. In der Statistik ist ersichtlich, dass Zürich sehr hohe Mietpreise hat. Der Kanton Schaffhausen ist etwas oranger in Bezug auf die Mietpreise, vor allem auch in Bezug auf den verfügbaren Wohnraum. Es gibt in Schaffhausen eine viel höhere Leerwohnungs-Bestandsquote als im Zürcher Raum. Wir spüren schlicht und ergreifend einfach den Druck aus eher grösseren Zürcher Gemeinden (Uster), diese Leute fallen dort hinaus, finden keinen Wohnraum, weil sie wiederum den Druck aus der Stadt Zürich spüren. Und diese Welle erreicht dann immer mehr die Kantone ausserhalb des Kantons Zürich. Im Süden, im Kanton Zug gibt es nichts zu holen, dort gibt es auch keinen Wohnraum. Deshalb weichen die Leute auf den Kanton Schaffhausen aus und da gibt es in Neuhausen und in der Stadt Schaffhausen genügend noch verfügbaren Wohnraum, den sich diese Leute leisten können.

Die Stadt geht rigoros gegen so genannte Abschiebungen vor. Also Gemeinden, die illegalerweise Leute aus ihren Wohnungen verdrängen. Diese kommen dann nach Schaffhausen und nach Ablauf der zwei Jahre (gemäss Zug-Gesetzgebung) ist Schaffhausen dann für sie zuständig. Nebenbei: Die Zug-Regelung soll in den nächsten Jahren abgeschafft werden. Was dies dann für die Stadt Schaffhausen bedeutet, muss ich Ihnen wahrscheinlich nicht erzählen. Wir gehen also ziemlich rigoros gegen solche Abschiebungen vor. Mein Kollege SR Urs Hunziker kann das bestätigen, wir sind auch mit unserem Rechtsdienst ziemlich daran, gegen Gemeinden innerhalb und auch ausserhalb des Kantons Schaffhausen vorzugehen.

Grundsätzlich haben wir in der Schweiz eine sogenannte Niederlassungsfreiheit. Das ist in der Bundesverfassung verankert. Wir können somit niemanden daran hindern, dass er in die Stadt Schaffhausen zieht. Das ist die Tatsache, dass wir das nicht verhindern können und das ist ein Teil des Problems.

Die Sozialhilfeberatung hat durchaus Massnahmen eingerichtet. Wir haben ein regelmässiges Monitoring, in dem wir überprüfen, ob es auffällige Immobilienverwaltungen gibt, die besonders an Sozialhilfeempfänger Wohnungen vermietet. Diese Liste gehen wir regelmässig durch und darauf werden Aktivitäten eingeleitet. Das hat es gegeben in der Vergangenheit: Es hat Immobilienunternehmen und Einzelpersonen gegeben, die vor allem an Sozialhilfeempfänger vermietet haben und deren Wohnungen in einem sehr miserablen Zustand waren. Hier können wir intervenieren, im Sinne der Gesetzgebung. Wenn jetzt die Mietverhältnisse wirklich prekär sind, können wir intervenieren. Aber auch dort ist es sehr schwierig, den Vermietern per Gesetzgebung die Vermietung zu verbieten. Das geht schlicht nicht.

Was wir aber ebenfalls auch feststellen können ist, dass es in der Vergangenheit Ballungen gab. Es gibt Quartiere mit extremen Ansammlungen von Sozialhilfeempfängern. Das haben wir in der GPK ausgeführt. Diese Ballungen haben sich etwas vermischt in der Stadt Schaffhausen. Wir haben also nicht nur mehr Quartiere, die durch Sozialhilfebezüger bewohnt werden, sondern es hat eine bessere Durchmischung stattgefunden. Das hat mit den Bemühungen der Stadt in den letzten Jahren zu tun. Da bin ich auch froh, dass wir Aufwertungen und Entstigmatisierungen von Quartieren haben durchführen können. Seitens der Stadt und der zuständigen Sozialhilfebehörde sind wir ziemlich intensiv daran, diese Punkte zu diskutieren. In diesem Bereich haben wir aber fast keine gesetzliche Handhabung. Wir können Menschen nicht verbieten, hier her zu ziehen, wenn sie das wollen. Wir gehen rigoros gegen Abschiebungen vor, aber wir haben wenig gesetzliche Handhabungen. Selbstverständlich überprüfen wir auch, wie das andere Städte machen. Es gibt auch unschöne Beispiele, das muss ich Ihnen mit auf den Weg geben. Diese handeln am Rande der Gesetzmässigkeit, aber wir in der Stadt schauen in diesem Bereich über den Tellerrand hinaus. Wir sind im Städteverband der Sozialhilfe zusammen. Man tauscht sich aus. Es ist ein Problem, welches die Städte betrifft, und wir sind daran, Massnahmen zu ergreifen.

Summa summarum: Wir haben das Problem erkannt, wir machen das, was uns im gesetzlichen Rahmen zur Verfügung steht und ich möchte daran appellieren: Wir pflegen eine sehr offene und transparente Kommunikation, auch aus unserem Sozialreferat heraus. Beat Schmocker ist ein grosser Freund direkter Worte, und auch ich scheue keine Diskussion, wir machen keine Beschönigungen, sondern wir gehen offen vor. Ich meine, dass sich diese Diskussionskultur etabliert hat. Ich freue mich auch auf Daniel Preisig, der im Wahlkampf Massnahmen und Ideen angekündigt hat in diesem Bereich. Selbstverständlich werde ich im Januar mit ihm zusammen sitzen, und wenn er noch Vorschläge hat, bin ich da sehr offen – dies auch in Bezug auf die Vorschläge von Thomas Hauser. Es sei versprochen, dass wir daran arbeiten, aber dass wir eingeschränkte Möglichkeiten haben."

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

"Es sind 38 und es sind 20. Aber von was? Die Zugänge in der Sozialhilfe werden ausgewertet. Von diesen Neuzugängen sind 38% zugezogen innerhalb der ersten zwei Jahre und im Schweizerischen Schnitt sind es 20%. So ist es protokolliert und sonst wäre das Protokoll der GPK falsch."

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

"Das Problem wurde jetzt von Hermann Schlatter erläutert und geklärt. Aber genau dies gehört für mich auch zur transparenten Kommunikation. Und ich finde genau in

der Sozialhilfe, die so oft missverstanden und missinterpretiert wird, sind diese Präzisierungen wichtig. Darum vielen Dank, Hermann Schlatter.

Ich möchte aber noch etwas anderes erwähnen. Natürlich ist es unschön, und dies wurde jetzt offen so erklärt, wie es eben Fakt ist. Aber andererseits muss man auch gestehen, dass die Sozialhilfe jahrelang von den verhältnismässig tiefen Mieten profitiert hat. Es gab ja immer den Vergleich unter dem Städteverband, das heisst von Vergleichsstädten und -gemeinden, in dem geprüft wurde, wie hoch die Sozialhilfeausgaben insgesamt sind. Da zeigt es sich eben immer wieder, dass Schaffhausen ehrenvoll unten an der Treppe stand. Ein wichtiger Grund, warum dies so ist, war eben unser tieferes Mietniveau. Es hat also immer zwei Seiten."

Andi Kunz (AL)**Votum**

"Die Feststellung mit diesen 38% Zuzüglern ist nur die eine Seite. Wir sehen einen Verdrängungskampf von den einen Gemeinden zu den anderen. Dann würde mich aber auch interessieren, wie viele weggezogen sind. Es geht doch um die Nettozahlen, und man kann nicht einfach nur über die Zuzüger sprechen und die Abgänge einfach verschweigen. Vielleicht hält sich dies ja auch in der Waage, und es ist somit für die Stadt Schaffhausen kein Problem. So viel zur Transparenz."

SR Simon Stocker**Votum**

"Zur Beruhigung der Situation: Ich habe die offizielle Sozialhilfestatistik vor mir. Für die neuen Fälle 2013 (es handelt sich hier um den Städtevergleich) und von Personen, die weniger als zwei Jahre in der Sozialhilfe sind, haben wir in Schaffhausen einen Wert von 28%. Ich weiss nicht, ob da ein Kommunikationsfehler passiert ist. Wenn ich diese Statistik studiere, liegt der Wert der Unterstützungseinheiten nach Wohndauer in einer Gemeinde bei 28% in der Stadt Schaffhausen. Ich glaube der offiziellen Statistik des Bundes eher als dem Protokoll."

Peter Möller (SP)**Votum**

"Ich denke, wir müssen hier den Zahlenwirrwarr versuchen zu klären. Es geht ja darum: 38% der Neubezüger von Sozialhilfe sind in den letzten zwei Jahren zugezogen. Das sagt noch gar nichts aus über den Prozentsatz der Neuzuzügler, die Sozialhilfe beziehen. Es kann also in keiner Weise gesagt werden, 38% der Neuzuzügler würden Sozialhilfe beziehen. Dies stimmt nicht, sondern es geht nur darum: Es sind einfach bei den neu in die Sozialhilfe Fallenden 38% in den letzten zwei Jahren zugezogen. Wie viele Personen es genau sind, weiss ich jetzt nicht. Aber es wird ein deutlich kleinerer Prozentsatz sein. Es scheint mir wichtig, dass man dies klar darstellt."

Thomas Hauser (FDP)**Votum**

"Vielleicht habe ich es falsch gehört beim Eintreten oder an der Fraktionssitzung, es ist auch nicht so wichtig. Die Frage an den Stadtrat, ob man das Problem erkannt hat und dass man etwas macht, ist für mich die zentral. Und ich habe die Antwort bekommen wie vor 13 Jahren. Damals hatten wir das Thema besprochen und zwei Jahre später aus der Sozialkommission eine Interpellation gemacht, wie wirkt sich die IV-Revision aus, als es hiess: "Arbeit statt Rente". Dort haben wir genau darauf hingewiesen, ob es damit mehr Sozialfälle in der Stadt Schaffhausen geben könnte. Damals hiess es, dass man dies nicht sagen könne. Jetzt hat uns dies SR Simon Stocker aber bestätigt. Wir hatten es aber damals schon gesagt."

Ich bin aber zufrieden damit, dass der Stadtrat die Situation erkennt und handelt. Ich weiss aber auch, dass es schwierig ist, im Wohnungsmarkt zu handeln. Aber eben, die Antwort ist: "Wir sind daran", und dies reicht mir dann."

Diego Faccani (FDP)

Votum

**Seite 78, 4310.311.205 Anschaffungen von Festeinrichtungen für Gebäude:
315.005 Miete/Wartung bewegliches Inventar**

"Als ich das aktuelle Budget frisch auf dem Tisch hatte, habe ich aus lauter Neugierde die Seiten aufgeschlagen, wo der Leiter des Altersheims am Kirchhofplatz seine Wunschliste gegenüber uns präsentiert. Und siehe da, was taucht da wieder auf? Die Mangel.

Ach nein, in diesem Jahr wurde das altdeutsche Wort durch Bügelmaschine ersetzt. Vermutlich aus dem Grunde, damit einige Damen und Herren nicht zuerst danach googeln müssen, um zu wissen, über was der Redner gerade spricht.

Nun gut, ein Jahr später ist die Maschine logischerweise auch ein Jahr älter, sie tut ihren Dienst zwar immer noch, aber er möchte auch dieses Jahr eine neue. Für mich hat nun die Begrifflichkeit des wiederkehrenden Geschäfts eine neue Definition erhalten, so unter dem Motto: Was du nicht hast, dem jagst du ewig nach, vergessend, was du hast. (William Shakespeare, Mass für Mass)

Er führt an, dass jetzt, anstatt einer Generalüberholung der Maschine in der Höhe von CHF 12'000.--, eine Neue zu kaufen sei und dafür CHF 35'000.-- auszugeben, denn die modernere Bügelmaschine brauche tatsächlich auch noch 50% weniger Strom.

Bei so einer Ausgangslage stellt es mir doch die wenigen noch verbleibenden Haare auf meinem Kopf auf. Wenn eine solche Investition (und das ohne Zwang) getätigt wird, muss sie sich auch rechnen, und das tut es in diesem Fall einfach nicht. Ich nehme nicht an, dass der Umschlag an zu glättender Weisswäsche exorbitant zunehmen wird, damit der Umsatz gesteigert und somit ein erklecklicher Gewinn für das Altersheim erzielt werden könnte.

Aber spielen wir das Beispiel einmal durch:

Die alte Maschine ist nach 14 Jahren, mit einem Abschreiber von 10% pro Jahr, auf rund CHF 8'000.- abgeschrieben. Dazu kämen nun CHF 12'000.-- für die Generalüberholung, dann sind wir bei einem Betrag von CHF 20'000.--, mit welchem die Mangel nun zu Buche schlägt. Die Differenz zur Neuanschaffung beträgt zwar nur CHF 15'000.-, aber dieser Betrag soll sich nun mit dem geringeren Stromverbrauch bei der durchschnittlichen Lebensdauer von 20 Jahren einer solchen Maschine gerechtfertigt werden? Ich denke nicht.

Um der Argumentation des Leiters zu folgen, berechnet man den Stromverbrauch wie folgt: Bei einem Anschlusswert von ungefähr 4,1 kWh, bei durchschnittlich 4 Std. Laufzeit pro Tag, bei 365 Tagen Betrieb im Jahr und dem saubersten Strom, den das EWS zu bieten, also Ökostrom Clean Solution Star Premium, von 24.235 Rp pro kWh, ergeben sich Stromkosten von CHF 1'574.25 pro Jahr.

Mit dem nun angegebenen hälftigen Stromverbrauch (keine Angst, diese Rechnerei erspare ich Ihnen) der neuen Maschine, muss diese nun 19 Jahre länger laufen, also insgesamt 33 Jahre, ohne dass sie je gewartet werden kann, damit sie sich gegenüber

der alten rechnet. Die Transport-, Entsorgungs- und Installationskosten sowie die graue Energie, die auch noch in dieser Berechnung einfließen sollten, habe ich gar nicht erst berücksichtigt. So bin ich, wie im letzten Jahr auch, immer noch der Meinung, dass eine funktionierende Maschine nicht auf die Halde gehört und stattdessen überholt werden soll.

Die Waschmaschinen und die Steckbeckenmaschinen, welche auch noch in diesem Konto budgetiert sind, müssen aus hygienischen oder technischen Gründen angeschafft werden und haben ihre Berechtigung in diesem Budget. Diese beiden Posten schlagen gemäss Auskunft mit CHF 22'000.-- zu Buche. Die benötigten Maschinen und die nicht zwingend benötigte Bügelmaschine ergeben einen Gesamtbetrag von CHF 57'000.--. Im Budget stehen unter dieser Position aber CHF 94'000.--. Es verbleiben noch CHF 37'000.--, welche nicht kommentiert sind. Dies ist, wie ich stark vermute, eine stille Reserve, falls die Bügelmaschine wieder gestrichen wird.

Ich stelle deshalb folgenden Antrag für die Gruppe 4310/ Konto 311.205 (Anschaffung von Festeinrichtung für Gebäude):

- Streichung der Position um CHF 72'000.--, neu würde das Budget mit CHF 22'000.-- belastet.
- Gleichzeitig Erhöhung der Gruppe 315.005 (Miete/Wartung bewegliches Inventar) um CHF 12'000.-- für die Generalüberholung der Bügelmaschine.

Sie können nun den Kopf schütteln und sich fragen, was der Tanz wegen ein paar Franken soll. Aber für mich gilt immer noch: „Do en Rappä und dört en Rappä, git ä schöni Zipfelchappä“. „

SR Simon Stocker

Votum

„Ich bin mir nicht sicher, ob ich lachen oder ob ich es tragisch finden soll. Und ich habe mich entschieden, es tragisch zu finden.“

Erstens: Die städtischen Altersheime als Aufstellende von Wunschlisten nach irgendwelchen Geräten zu bezeichnen, die gar nicht gebraucht werden, ist eher beleidigend den Mitarbeitern gegenüber, die unsere älteren Menschen pflegen und mit ihnen auch einen guten Umgang pflegen. Es sind keine Wunschlisten, sondern es sind Anschaffungen, die wir betrieblich benötigen.

Zweitens: Dieser Mangel ist einfach am Ende ihrer Lebensdauer angelangt. Wenn wir darauf warten, bis sie abschaltet, gibt es diese Maschinen nicht ab Stange, sondern sie muss bestellt werden, und es entsteht daraus zwei Monate Betriebsstillstand. Dies können wir zwar überbrücken, aber es gibt auf jeden Fall einen betrieblichen Unterbruch.

Drittens: Der Energieverbrauch ist einfach doppelt so hoch. Punkt. Aus. Die Berechnung habe ich nicht bis zum letzten Detail nachverfolgt.

Viertens: Wir können die Maschine schon wieder reparieren. Aber es bleibt dabei, dass dieser Mangel ihre Lebensdauer erreicht hat. Und wenn sie ausfällt, entsteht daraus betrieblich und finanziell ein unnötiger Aufwand. Unter dem Strich lohnt es sich meiner Meinung nach auf jeden Fall, diese neu anzuschaffen.

Daher mache ich Ihnen beliebt, diesen Budgetbetrag zu belassen.”

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Diego Faccani (FDP) gestellten Antrag mit Stichentscheid des Ratspräsidenten mit 18:17 Stimmen ab.

Hermann Schlatter (SVP)

Votum

Seite 108, 5201.365.531 Beiträge an Kinderbetreuungsplätze

Antrag auf Streichung des Betrages von CHF 50'000.--

”Wenn Sie aufgepasst haben, in meiner Fraktionserklärung habe ich Ihnen erklärt, um welche Position es sich hier handelt. Das zuständige Referat ging davon aus, dass im Hinblick auf den Bau des Schulhauses Breite bereits im nächsten Sommer hier Tagesstätten beziehungsweise Kinderbetreuung eingerichtet werden könnten. Aber wir wissen, dass dies sicher nicht der Fall sein wird.

Darum haben wir in der GPK den Antrag gestellt, diese Position zu streichen. Wir halten wiederum daran fest. Es ist nicht einzusehen, warum man CHF 50'000.- belässt, wenn doch das Schulhaus noch nicht gebaut wird. Im Weiteren ist es so, dass man sich auch überlegen könnte, dass dann im Zusammenhang mit der Schulhausvorlage im Rahmen der Vorlage ein Betrag eingestellt wird. Aber jetzt bereits einen Betrag von CHF 50'000.- ins Budget aufzunehmen, ohne zu wissen, in welchem Bereich wir ausbauen wollen, ist nicht ganz seriös. Der Stadtrat hat auch gesagt, dass er keinen konkreten Auftrag habe, und es nicht so sei, dass von privaten Betreibern Anträge gestellt worden seien. Deshalb kann der Betrag gestrichen werden.”

SR Urs Hunziker

Votum

”Hermann Schlatter hat mich absolut richtig zitiert: Ich habe dies in der GPK so bekanntgegeben. Wir haben auch tatsächlich im Moment keine Anträge von Kinderbetreuungsstätten zur Aufstockung. Also kann man aus meiner Sicht diesen Betrag im Moment ersatzlos streichen.”

Peter Möller (SP)

Votum

”Stadtrat Urs Hunziker hat sich selbst und auch Hermann Schlatter richtig zitiert, nämlich, dass dieses Geld eigentlich im Zusammenhang mit dem Schulhaus Breite, auf das wir ja noch warten, steht. Doch hat sich in der GPK die Meinung durchgesetzt, dass auch in anderen Regionen dieser Stadt ein nachgewiesener Bedarf an solchen Plätzen besteht, und natürlich dann Anträge, wenn möglicherweise aus dem Betreuungsreferat die Antwort kommt “Wir haben kein Geld, um neue Betreuungsplätze zu schaffen”, auch klar nicht gestellt werden können. Es geht darum, diese CHF 50'000.- zu belassen, damit das Geld bei einem geeigneten Projekt bereits vorhanden ist, um solche Plätze zu schaffen und zu subventionieren. Die Nachfrage ist da, und wenn ein entsprechender Anbieter sich meldet, so entspricht es dem Vorsichtsprinzip, wenn wir den Betrag im Budget belassen. Dies waren die Überlegungen der GPK.”

SR Urs Hunziker

Votum

”Peter Möller kann gute Ruhe haben. Es wurde eine Antwort zitiert, die wir nie geben,

wenn wir Anfragen zum Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen erhalten. Unsere Antwort ist eine andere: Wir integrieren das im Budget und präsentieren es entsprechend im nächsten Voranschlag. Wir können nicht unter dem Jahr etwas in Aussicht stellen. Dies geht klar nicht. Das war auch in den vergangenen Jahren immer so unter dieser Position. Wenn wir zusätzliche Plätze beantragt haben, dann hatten wir eine klare Absicht, dass wir eine bestimmte Kinderbetreuungsstätte erweitern wollten. Tatsächlich ist es jetzt im Moment so, dass ein gewisser Ausbaustandard erreicht wurde und ein weiterer Ausbau in den bestehenden Räumlichkeiten, zumindest nach unserem Wissen, im Moment gar nicht möglich ist. Wir sind also, wenn wir weiter ausbauen wollen, darauf angewiesen, dass wir zusätzliche Räumlichkeiten überhaupt erst zur Verfügung haben.

Die privaten Kindertagesstätten haben in den letzten Jahren mit unserer Unterstützung massiv ausgebaut. Unser Ziel wäre es jetzt eben, die Forderungen dieser verschiedenen politischen Vorstösse, Motion Christa Flückiger und Motion Peter Neukomm, zu erfüllen. Dies können wir einfach nur dann, wenn wir entsprechende Räumlichkeiten jetzt im Moment in einem Neubau des Schulhaus Breite oder allenfalls auch in einem anderen Baukörper irgendwo auf der Breite oder in einem anderen Quartier zur Verfügung haben. Dies haben wir im Moment aber nicht. Klar könnte man sich jetzt darauf ausrichten, im Alpenblick etwas zu machen. Dafür brauchen wir aber auch eine vorlaufende Planungszeit, bevor wir es überhaupt budgetieren können.

Dann kommt noch ein weiterer Aspekt dazu, der mir nicht ganz unwesentlich erscheint: Wir haben jetzt einige dieser privaten Trägerschaften ziemlich stark ausbauen lassen respektive bei ihrem Ausbau unterstützt. Da muss ich Ihnen gestehen, dass ich langsam ein wenig kalte Füsse bekomme. Wenn jetzt eine einzige Institution einen Betrag von über CHF 800'000.-- Subventionen von der Stadt erhält, dann habe ich ein bisschen Angst, dass ein Klumpenrisiko entsteht. Wenn sich dieser Betrieb aus irgendeinem Grund plötzlich einstellen würde - wie stehen wir dann da? Es ist eigentlich unsere Absicht, diese Gelder möglichst gut zu verteilen und nicht alles am selben Ort einzusetzen."

Martin Jung (AL)**Votum**

"Wir haben von Urs Hunziker in der GPK gehört, dass die Liste der Kinder, die einen subventionierten Krippenplatz suchen, seit Jahren konstant bei etwa 60 ist. Da stehen zum Teil auch Kinder doppelt drauf, weil deren Eltern an zwei Krippen angefragt haben. Also kann man diese Zahl nicht ganz genau nehmen, aber man kann daran ablesen, dass der Bedarf vorhanden ist. Wenn jetzt nicht klar ist, wo der Bedarf befriedigt werden könnte, dann ist es wichtig, dass diese allgemeine Position noch etwas enthält. Damit kann man schnell dort reagieren, wo sich entsprechend eine Handlungsmöglichkeit bietet."

Dr. Katrin Bernath (GLP)**Votum**

"Nach den ersten Ausführungen habe ich auch gedacht, dass, wenn es wirklich für die Breite gedacht ist, man diesen Betrag aus dem Budget streichen könnte. Aber die Aussage, dass, wenn jetzt jemand privates Engagement zeigt, man dann sagen muss, wir müssten es erst im nächsten Jahr ins Budget nehmen, verzögert das Ganze.

Dies zeigt auch, dass eigentlich etwas gebremst würde, wenn wir den Betrag streichen. Ich glaube, auch wenn wir diesen im Budget haben, sind die Kosten, die dann tatsächlich entstehen, abhängig davon, wie Angebot und Nachfrage sind und wie

hoch der Beitragsanteil ist. Dieser ist im Reglement klar festgelegt. Das heisst, falls kein Angebot und keine Nachfrage vorhanden sind und das Budget nicht oder nur teilweise ausgeschöpft wird, haben wir auch nichts dagegen. Aber jetzt zu kürzen, wäre ein falsches Signal. Wenn wir immer sagen, dass Familien nach Schaffhausen kommen sollen, dann ist dies mit Sicherheit ein falsches Signal.”

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

”Ich habe jetzt schon etwas Mühe mit dieser neuen Budgetdisziplin. Ist es jetzt so, dass überall, wo wir denken, es könnte etwas anfallen, stellen wir Beträge ins Budget? Bis jetzt hat der Stadtrat gesagt, dass wir etwas dann erst ins Budget integrieren, wenn es bewilligt ist oder klare Aussichten bestehen, dass irgendetwas anfallen wird. Wir haben schon mehrmals darüber diskutiert, ob es richtig ist, dass gewisse Vorlagen nicht eingestellt sind – dies hat der Stadtrat jetzt geändert. Ab einer gewissen Phase wird es eingestellt. Hier hat der Referent ausgeführt, dass noch nichts geplant ist, und trotzdem will man etwas einstellen, das man einfach ausgeben kann. Man weiss aber im Moment noch gar nicht wofür. Also machen wir es doch bei allen Positionen so und sagen, dass der Stadtrat CHF 2 Mio. zur Verfügung hat und machen kann, was er will.”

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat heisst den von Hermann Schlatter (SVP) gestellten Antrag mit 17:15 Stimmen gut.

Mariano Fioretti (SVP)**Votum****Seite 130, 6010.318.502 Kommunale Energiefachstelle KOMENG**

Antrag Kürzung auf CHF 125'000.--

”Auf diesem Konto sind zusätzliche CHF 30'000.-- enthalten, die für das Subventionierungsprogramm zur 2000-Watt-Vorlage geplant waren. Ich stelle im Namen der FDP/JFSH und der SVP/EDU-Fraktion den Antrag, den Betrag von CHF 135'000.-- auf CHF 105'000.-- zu kürzen.

Das Schaffhauser Stimmvolk hat am vorletzten Wochenende klar Nein gesagt zur 2000-Watt-Gesellschaft. Es wäre unverständlich für das Volk, wenn die Erhöhung des Subventionsprogrammes im Zusammenhang mit der 2000-Watt-Gesellschaft trotzdem gemacht würde. Den Antrag abzulehnen, wäre eine klare Missachtung des Volkswillens.

Wir haben im Abstimmungskampf immer gesagt, dass wir für eine wirksame und glaubwürdige Umweltpolitik stehen, nicht aber für einen übertriebenen Aktionismus. Auch wenn Sie unserem Antrag zustimmen, bedeutet dies immer noch eine Budgeterhöhung von CHF 20'000.-- gegenüber dem Vorjahr. Trotz moderater Kürzung machen wir also immer noch mehr als im Vorjahr. Der Antrag ist sehr moderat.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung.”

Till Hardmeier (JFSH)**Votum**

Antrag zu gleicher Position:

Weitere Kürzung um CHF 20'000.--

"Ich möchte zur gleichen Position einen Antrag stellen. Und zwar steckt da auch noch für Interreg-Geld drin, und dies möchte ich herausstreichen. Es sind CHF 20'000.--. Wir haben in diesem Jahr gesehen, dass Geld für eine Broschüre „Wir leben die 2000-Watt-Gesellschaft“ und für eine Kampagne in unseren Bussen verwendet wurde. Beides finde ich nicht sehr demokratisch, denn es war vor einer Volksabstimmung. Es war auch unnötig, dass ein Städteverbundskonstrukt lokal Werbung macht. In Anbetracht des Volks-Nein sollten wir nicht noch weitere Gelder geben. Es soll natürlich weiter in diesem Bereich gearbeitet und das Thema weitergebracht werden. Aber wir sind nicht mehr auf diesem Zug, deshalb können wir uns das Geld auch sparen.

Noch ein Nebensatz: Es gab eine kleine Anfrage zu diesem Thema, die der Energiereferent leider nicht vor der Volksabstimmung beantwortet hat. Auch dies finde ich ein bisschen undemokratisch."

Dr. Katrin Bernath (GLP)

Votum

"Ich bin schon etwas erstaunt - die Abstimmung vom 30. November 2014 wird nun von den Gegnern anders interpretiert, als sie dies noch vor der Abstimmung gemacht haben. Abgelehnt wurde das 2000-Watt-Ziel in der Verfassung zu verankern mit der Begründung, dass dies nicht in die Verfassung gehöre und wahrscheinlich auch, weil das 2000-Watt-Konzept vielen zu abstrakt war. Im Vorfeld der Abstimmung haben auch Gegner der Vorlage betont, dass sie für eine effiziente Energienutzung sind und konkrete Projekte realisiert werden sollen. Die CHF 30'000.-, die Mariano Fioretti nun streichen möchte, sind für die Bearbeitung der Förderanträge. Das steht in der Vorlage, zu der wir hier ja gesagt haben, und dies ist noch nicht so lange her. Es zeigt mir einmal mehr, dass die Vorlage nicht genau gelesen wurde.

Der zweite Antrag zum Interreg-Projekt ab 2015, da geht es eben konkret genau darum, mit den anderen Städten konkrete Projekte mit der Bevölkerung anzustossen und in den beteiligten Städten umzusetzen. Es gibt viele Städte, die wieder dabei sind und zum Glück erkannt haben, dass es eine grosse Chance ist. Wenn wir jetzt abseits stehen, vergeben wir uns eine grosse Chance. Zum einen würden wir uns isolieren beim Weg in eine nachhaltige Energiezukunft, zum anderen wäre es auch aus finanzieller Sicht ein Blödsinn, da wir zwar einen Projektbeitrag leisten müssen, dafür aber ein Mehrfaches an Leistungen erhalten. Denn da werden auch Fördergelder aus dem Interreg-Projekt einfließen.

Wir sind deshalb gegen die Kürzung der Mittel für die KOMENG."

SR Dr. Raphaël Rohner

Votum

"An und für sich sind die Erläuterungen zu den beiden Anträgen bereits erfolgt. Ich kann Ihnen im Namen des Stadtrates zu diesen zwei Punkten folgendes sagen: Der Kredit von CHF 30'000.- wurde von Ihnen an der Sitzung des Grossen Stadtrates vom 19. August 2014 in der Beschlusses-Ziffer 6a bewilligt. Dem obligatorischen Referendum unterstellt war nur die Ziffer 2, das war der Verfassungsartikel. Dem fakultativen Referendum unterstellt war nur die Ziffer 6, lit. b und c. Darum auch die logische Folge, dass dieser Punkt hier drin ist, worüber Sie jetzt beraten und abstimmen.

Das Zweite wurde bereits ebenfalls erläutert. Bei diesem Interreg-Beitrag geht es um einen Beitrag für ein etwa vier Jahre dauerndes Anschlussinterreg-Projekt Nr. 5. Das

ist in Nachfolge des Interreg-Projektes 4, wo es primär um die Sensibilisierung der Bevölkerung im Umgang mit Energie gegangen ist. Jetzt geht es um Massnahmen zur Umsetzung einer zukunftsgerichteten Energiestrategie, und es geht da vor allem um einen Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den beteiligten Städten, vor allem rund um den Bodensee (es sind vor allem die Städte St. Gallen, Wil, Winterthur, Ravensburg und Friedrichshafen).“

Dr. Nathalie Zumstein (CVP)**Votum**

”Das Volk hat zwar Nein zu einem Verfassungseintrag, aber nicht Nein zu energiebewusstem Wirtschaften gesagt. In der Kampagne meinte Thomas Hauser, unsere kleine Stadt könne gegen die Klimaveränderungen gar nichts tun, das Problem müsse man grossräumig angehen. Genau deshalb dürfen wir den Beitrag an das Interreg-Programm auch nicht aus dem Budget kippen. Wenn man bedenkt, dass München, Minneapolis und die Bodenseeregion den 2000-Watt-Pfad beschreiten, sollten auch wir im Interreg-Programm bleiben und zeigen, dass Schaffhausen, auch wenn es das 2000-Watt-Ziel nicht in der Verfassung verankert haben will, nicht eine hinterwäldlerische Provinzstadt, sondern eine zukunftsgerichtete, weitsichtige, moderne und energiebewusste Stadt bleibt.

Und weil es ja um Geld geht, hier noch ein weiteres Argument zu den Kosten: Die Gegner aller energetischen Projekte verweisen immer wieder auf die unschätzbaren Kosten. Ja, die Energiewende wird das Portemonnaie der Stromkonsumenten belasten. Nur, wir haben lange genug zu billigen Energiepreisen bezahlt, und dies auf Kosten der Umwelt. Nicht die Energiewende verursacht die Kosten, sondern die Folgen der Klimaveränderung.

Wenn sich alle Kosten unseres Energiekonsums auf den Energiepreisen niederschlagen würden, wäre Energie schon lange teurer. Gerade der Atomstrom kostet immens, würden die Versicherungskosten miteinbezogen. In England hat man dies offenbar bei der Kostenberechnung berücksichtigt und findet nun keine Investoren für den Bau von Atomkraftwerken, weil zu teuer.

Und wenn wir jetzt sukzessive energiebewusst zu handeln beginnen, verursacht dies sicher schlussendlich weniger Kosten, wie wenn wir in Saus und Braus bequem weiterwursteln und erst agieren und uns umstellen, wenn es brennt und uns das Wasser bis zum Hals reicht. Das heisst, wenn die Gletscher geschmolzen sind, wenn Flüchtlingsströme aus durch Hitze und Überschwemmungen verwüsteten Ländern unser Land überschwemmen, wenn Putin und Erdogan den Gashahn zudrehen (er ist übrigens schon dran), wenn die OPEC den Ölpreis dramatisch erhöht und wenn China und Russland kein Uran mehr liefern.

Der kleine Beitrag an das Interreg-Programm ist einer von vielen zukunftsgerichteten Schritten, wobei wir grossräumig das Problem der Klimaveränderung angehen können.

Bitte lassen Sie diesen kleinen Betrag im Budget im Sinne einer Investition in die Zukunft“

SR Peter Neukomm**Votum**

”Machen wir uns nichts vor, hier geht es ja nicht wirklich um das, worum gesprochen wird, sondern um ganz andere Vorstellungen davon, wie die energetische Zukunft

unserer Gesellschaft sein soll. Es geht um viel mehr. Das ist Vorwand und Geplänkel, was hier passiert. Man hat noch im Rahmen der Abstimmung gesagt, man sei auch für mehr Energieeffizienz und auch für mehr Förderung von Alternativenenergien. Und jetzt, wenn es darum geht, diese Beträge im Budget einzustellen, die man notabene nicht bekämpft hat, als man sie beschlossen hat - das Parlament hat diesen Betrag am 19. August 2014 beschlossen – stellt man sich dagegen. Deshalb finde ich es jetzt schon etwas komisch, wenn man das hier jetzt streichen will.

Zu Till Hardmeier: Es ist schlichtweg falsch, wenn man sagt, dass diese Sensibilisierungskampagne der Interreg-Städte etwas mit der Abstimmung zur 2000-Watt-Gesellschaft zu tun hat. Diese Sensibilisierungskampagne - und das weiss ich, weil ich da nahe dran war - wurde vor mehreren Jahren aufgegleist. Da wusste man noch gar nicht, dass es in Schaffhausen je eine Volksabstimmung zu diesem Artikel geben wird. Das heisst, diese Kampagne lief parallel in mehreren Städten; man hat sie zusammen entwickelt. Sie wurde auch in der Umsetzung aufgegleist, als es noch gar kein Thema war, dass bei uns eine Volksabstimmung stattfindet. Insofern hat das nichts mit Abstimmungspropaganda zu tun. Man muss dies endlich einmal klar stellen.

Zum Zweiten: Ich finde es sehr wichtig, dass wir auch bei Interreg wieder dabei sind. Die Stadt Schaffhausen hat immer von Interreg-Programmen profitiert. Wir haben schon bei verschiedenen Interreg-Programmen mitgemacht. Ich erinnere an die lernende Verwaltung, als es um den Austausch von Lernenden ging. Auch die Übernahme von Ideen von anderen Städten, und genau darum geht es jetzt auch hier. Es geht nicht mehr um Sensibilisierung wie im Interreg 4, sondern um die Umsetzung konkreter Projekte bei der effizienten Energieverwendung. Also, es geht jetzt um konkrete Projekte, zum Beispiel, dass Ideen entwickelt werden, Städte gemeinsam Projekte entwickeln oder zum Beispiel Städte Projekte übernehmen, die in anderen Städten bereits gelaufen sind. Interreg in Tübingen wird jetzt in den nächsten Tagen den Antrag stellen für diese Subventionierung. Über 40% wird bezuschusst aus dem Interreg-Projekt. Da haben wir kleine Beiträge von EUR 5'000.-- pro Jahr, und damit können wir relativ viel auslösen: Wir haben überdies die Chance, zu Projekten zu kommen, zu denen wir ansonsten nie kommen würden. Es geht jetzt um konkrete Projekte und nicht mehr um Sensibilisierung.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Betrag im Budget zu belassen, wenn Ihnen wirklich daran gelegen ist, dass wir bei der Förderung der erneuerbaren Energien und bei der Energieeffizienz vorwärts machen wollen. Dazu haben Sie sich am Abstimmungssonntag bekannt, dann bitte ich Sie auch jetzt, konsequent zu sein und hier zuzustimmen."

Abstimmungen

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Mariano Fioretti (SVP) gestellten Antrag mit 18:14 Stimmen ab.

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Till Hardmeier (JFSH) gestellten Antrag mit 18:14 Stimmen ab.

Thomas Hauser (FDP)
Seite 148, 6330 Abfallentsorgung

Votum

"Ich spreche zur Finanzstelle 6330, Abfallentsorgung, und zwar generell. Seit Jahren haben wir bei der Abfallentsorgung auf der Einnahmenseite zu wenig Geld. Es fehlen

jährlich weit mehr als 10%; das heisst der Fehlbetrag wird mit Steuermitteln gedeckt.

Und das, meine Damen und Herren, geht gemäss Art. 16 Abs. 1 der städtischen Abfallverordnung vom 5. März 2002 nicht.

Wenn Sie im Protokoll der Sitzung Nummer 3 des Grossen Stadtrates vom 5. März 2002 nachlesen, wird Ihnen klar, dass das, was wir hier machen, nicht geht. In diesem denkwürdigen Protokoll – denkwürdig deshalb, weil es zur Einführung der verursachergerechten Gebührenordnung mehrere Anläufe brauchte – hält der damalige, leider zu früh verstorbene Präsident der vorberatenden Spezialkommission, Hans Ith, fest, dass das BUWAL eine verursachergerechte Abfallgebühr verlangt und - möglichst keine, oder nur sehr wenig Steuermittel - eingesetzt werden dürfen.

Der damalige Stadtrat und zuständige Baureferent Kurt Schönberger hielt zudem fest, dass das Wort verursachergerecht nach Aussagen sowohl von kantonalen als auch von Bundesstellen ganz klar bedeute, dass in Zukunft keine Steuergelder mehr dafür eingesetzt werden dürfen, sondern eben zweckbestimmte Gebühren eingezogen werden müssen. Allgemeine Mittel können allenfalls für eine bestimmte Übergangsfrist in Frage kommen. Aber diese Übergangsfrist ist seit 2003 längst vorbei.

Auf Grund dieser Vorgaben von Bund und Kanton hat man den Art. 16 genehmigt. Dieser Artikel lautet in Abs. 1:

Die von der Stadt für die Abfalldeckung zu erbringenden Leistungen werden über Gebühren möglichst kostendeckend und verursacherbezogen finanziert. Sie bestehen aus einer Grundgebühr und einer mengenabhängigen Zusatzgebühr.

In Abs. 4 wird festgehalten:

Würde durch die Erhebung von kostendeckenden und verursachergerechten Abgaben eine umweltverträgliche Entsorgung gefährdet, so kann diese, soweit erforderlich, vorübergehend durch Steuermittel finanziert werden.

Das sind die Vorgaben, die wir gemäss Abfallverordnung erfüllen müssten. Und wir tun das seit Jahren nicht.

Dieser Umstand ist aus vier Gründen stossend oder nicht zulässig:

1. Wir erfüllen die von uns erlassenen Paragraphen nicht.
2. Wird das Gebot der verursacherbezogenen Gebühren in keiner Weise erfüllt, wenn wir mehr als 10% aus Steuermitteln finanzieren, und wir stellen das Gebot auf den Kopf.
3. Zudem wird die Bedingung von Absatz 4, zur Verwendung von Steuergeldern, wenn eine umweltgerechte Entsorgung nicht möglich wäre, in keiner Weise erfüllt.
4. Es mutet sehr komisch an, wenn man hinter vorgehaltener Hand von einer möglichen Erhöhung des Steuerfusses munkelt und hier einen unnötigen Teil mit Steuergeldern finanziert.

Ich will keine langen Worte verlieren, denn es ist allen klar, dass die Tarifordnung vom 5. März 2002 den Gegebenheiten angepasst werden muss. Weil diese Anpassung jetzt, hier und heute so quasi aus der Hüfte geschossen nicht erfolgen kann, stelle ich keinen Antrag. Ich bitte aber den Stadtrat, sich dieses Themas möglichst schnell anzunehmen und nächstes Jahr einen angepassten, diesbezüglich

verursachergerechten und kostendeckenden Voranschlag vorzulegen. Je nach Antwort des Stadtrates behalten wir uns aber vor, einen entsprechenden Vorstoss einzureichen oder jenen der SVP zu unterstützen.

Anmerkung des Ratspräsidenten:

"Wir haben bereits ein Postulat "Kostendeckende Abfallentsorgung", das heute eingereicht wurde. „

SR Dr. Raphaël Rohner**Votum**

"Der Auftrag scheint gestellt zu sein. Ich erinnere an das Jahr 2002, als ich damals noch im Grossen Stadtrat sass, wie einige andere unter Ihnen auch. Das war eine hitzige Debatte. Die Höhe der Gebühren war von links bis rechts umstritten, und die Einführung dieser Sackgebühr ebenso. Wir haben tatsächlich, wie Thomas Hauser richtig sagte, keine volle Deckung durch die Gebühren. Wir haben am 6. März 2014 seitens des Baureferats, das auch für die Entsorgung zuständig ist, wunschgemäss und das erste Mal eine Vollkostenrechnung eingereicht. Sie ist auch die Basis für dieses Budget 2015.

Zur Erläuterung, damit Sie wissen, mit welchen Kategorien Sie es zu tun haben werden: Es wird eine Erhöhung der Sackgebühren um rund 25% geben, damit wir eine verursachergerechte Vollkostendeckung haben. Das heisst beim 35l-Sack jetzt CHF 1.90, neu CHF 2.35, beim 110l-Sack jetzt CHF 5.--, neu CHF 6.25, und bei der Containermarke jetzt CHF 45.--, neu - sofern wir dies einführen - CHF 55.-. Es ist tatsächlich in der Zuständigkeit des Grossen Stadtrates, nicht nur die Verordnung zu erlassen und zu revidieren, sondern auch den entsprechenden Tarif zu sanktionieren, weil dieser Tarif integrierender Bestandteil der Verordnung ist. Wir haben auch bereits schon einen kleinen Benchmark im Vergleich zu den Nachbargemeinden erstellt, weil diese Frage bereits in der GPK im März und auch in der Elefantenrunde gestellt wurde.

Beim 35l-Sack werden wir im oberen Mittelfeld sein, Stetten verlangt bereits jetzt CHF 2.50, Neuhausen und Feuerthalen CHF 2.35. Dieser Betrag wäre ja dann die neue Gebühr, die wir erheben müssten, wenn wir 25% Erhöhung durchführen würden.

Dies zur allgemeinen Erläuterung. Erlauben Sie mir noch folgenden Hinweis: Wir werden uns in diesem Zusammenhang auch Gedanken zum Grünabfall machen müssen. Das grosse Problem bei der Verrottung des Grünabfalls sind heute die grünen Plastiksäcke, die sich nicht selber zersetzen. Da werden wir uns ernsthaft Gedanken machen müssen, ob wir Säcke einführen, die sich selbst zersetzen und damit auch die Verarbeitung in der KBA Hard erleichtern würden. Dies eine Prüfung, die wir sicher vornehmen werden. Ob wir dann einen entsprechenden Antrag stellen oder nicht, ist noch offen."

SR Peter Neukomm**Votum**

"Ich möchte meinen Kollegen SR Dr. Raphaël Rohner noch ergänzen und zwar zu zwei Punkten. Den ersten Punkt, den man korrigieren muss ist, betrifft die Aussage von Thomas Hauser. Ich wehre mich nicht gegen einen Auftrag, aber ich sage Ihnen jetzt schon, dass es nicht so einfach ist, wie es tönt. Erstens: Ich habe überhaupt kein schlechtes Gewissen bei einem Kostendeckungsgrad von 85%. Es ist bekannt, dass es ganz viele Gemeinden in der Schweiz gibt, die viel tiefer sind oder noch gar keine Sackgebühr haben. Wir sind sehr fortschrittlich. Und es ist auch nicht so, dass es rechtlich nicht zulässig ist, was wir machen. Es ist rechtlich möglich. Weshalb: Man hat

bewusst einen Spielraum offen gelassen, weil eben zu hohe Sackgebühren etwas erwirken können, was wir nicht wollen.

Das Stichwort, welches jetzt bei SR Dr. Raphaël Rohner gefallen ist, ist der Grünabfall. Der Grünabfall ist bei uns gratis. Wenn der schwarze Sack zu teuer wird, besteht die Gefahr, dass der Grünabfall nicht mehr in der jetzigen Trennschärfe erfolgt. Dann haben wir bei der KBA Hard wieder ein Problem, und zwar ein gröberes. Also, das heisst, man kann nicht nur die Gebühren anschauen, sondern man muss auch schauen, was allenfalls damit ausgelöst wird; beispielsweise die Gefahr der wilden Entsorgung. Wir sind hier nicht in Hemmental oder in Stetten, sondern wir haben Stadtquartiere, wo die soziale Kontrolle nicht spielt. Es ist klar, in kleinen Gemeinden kann der Sackpreis hoch gehalten werden. Aber dies geht in der Stadt nicht überall. Darum muss man sich ganz genau überlegen, wie hoch man mit dem Preis geht, weil man genau das Gegenteil von dem erwirken kann, was man will. Nämlich, dass die Kosten noch grössere werden, wie wenn man den Sackpreis belassen hätte.

Ich möchte Ihnen einfach aufzeigen, dass es keine so einfache Sache ist, weil man die Zusammenhänge und die Auswirkungen sehen muss, die ein zu hoher Sackpreis verursachen kann. Wir können uns auch ins eigene Bein schiessen; dies muss seriös geklärt werden."

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Votum

"Ich bin ja nicht immer gleicher Meinung wie SR Peter Neukomm, aber hier hat er Recht. Das Bundesgericht hat gerade in einem 137er-Entscheid (das ist ein relativ neuer) gesagt, dass dies möglich sei. Aber man müsse strikt nachweisen, dass es dann nicht geht, das Kausalitätsprinzip anzuwenden, wenn damit eine umweltverträgliche Entsorgung nicht mehr klappt. Man muss dies vom Gemeinwesen her nachweisen, dann kann man es machen. Insofern hat SR Peter Neukomm recht."

Urs Tanner (SP)

Votum

"Wenn Dr. Cornelia Stamm Hurter und SR Peter Neukomm gleicher Meinung sind, muss ich natürlich schon noch etwas sagen. Es haben beide recht. Was Sie nicht vergessen dürfen, ist, dass das Volk 1997 oder 1998 in einem Referendum der SP die Gebührenerhöhung abgelehnt hat. Das heisst, es gibt auch eine gewisse Legitimierung, man muss einfach aufpassen. Ich denke, dieser Vorstoss ist interessant, man muss ihn prüfen. Aber mit der geplanten Preiserhöhung von 25%, die wahrscheinlich kostendeckend wäre, muss man einfach aufpassen, und dass man dies dann vor dem Volk auch entsprechend verkaufen kann. Die Mischrechnung wurde indirekt durch die Ablehnung der Gebührenerhöhung auch legitimiert. Das Referendum wurde damals klar gewonnen."

Thomas Hauser (FDP)

Votum

"Natürlich haben alle Recht. Die Verordnung stimmt aber in diesem Fall nicht, SR Peter Neukomm. Dann müssen wir es eben in die Verordnung schreiben, dass man in Spezialfällen die verursachergerechte Gebühr nur zu 85% hat. Solange wir dies aber so vorgeben, als müsste es 100% sein, und machen es nicht, sondern finanzieren dies mit Steuergeldern und sprechen von Steuerfusserhöhungen, treffen diese dann jeden. Das verursachergerechte Prinzip trifft nur den, der den Abfall produziert. Sie können dies einfach nicht vermischen, sonst müssen Sie die Verordnung anpassen. Aber ich gebe allen recht. Wenn Sie den Preis heraufschrauben, kann es sein, dass die wilde

Entsorgung zunimmt, dies sieht man in Büsingen. Aber dann müssen wir dies in der Verordnung anpassen. Wir können diese nicht jedes Jahr missachten. Das geht nicht."

Hermann Schlatter (SVP)

Votum

Seite 150, 6400.314.525 Familiengärten, bauliche Massnahmen

Antrag auf Kürzung um CHF 60'000.-- auf CHF 40'000.--

"Ich habe ja bereits in der Fraktionserklärung angetönt, dass wir bezüglich dieser ausserordentlichen Aufwendungen bei den Familiengärten den Antrag stellen werden, diese Position zu kürzen. Vorgesehen ist der Ersatz von Wasserleitungen im Widlen und im Niklausen. Auf der anderen Seite Zaunerneuerungen Finsterwald und Breitenau und Ersatz vom Parkplatz im Alpenblick.

Gleichzeitig hat uns aber der Stadtrat auch im Zusammenhang mit der Besprechung der Rechnung 2012 mitgeteilt, dass er auf 2016 eine weitere Erhöhung der Pachtgelder in Aussicht stellt. Hier möchte ich einfach nochmals kurz erwähnen, dass die Eigentümer von solchen Familiengärten mit Gartenhaus (davon gibt es 10 in der Stadt, sogar noch an der privilegierten Lage des Munots), bezahlen dort CHF 260.--. Es gäbe sehr viele, die diesen Preis auch bezahlen würden, um an dieser privilegierten Lage einen Garten zu haben. Es ist uns allen bekannt, dass, wenn man etwas erhöhen will, auch gefragt wird, was für eine Leistung man dafür bekommt. Ich bin der Meinung, wenn wir sagen, dass wir die Ersatzinvestitionen erst im 2016 machen, wenn wir auch die Pachtpreise erhöhen, so haben wir eine grössere Chance, dass auch die Erhöhung akzeptiert wird, wie wenn wir die Preiserhöhung jetzt bereits vorziehen. Man kann dann sagen, dass wir es sowieso machen. Daher stelle ich den Antrag, diese Position um CHF 60'000.-- zu kürzen. Wenn es dann tatsächlich so wäre, dass eine Wasserleitung bersten würde - und da habe ich mich abgestützt auf die teure, diese ist im Niklausen - dann könnte man dies mit den vorgesehenen CHF 40'000.-- immer noch machen. Also mein Antrag: Die Position 314.525 um CHF 60'000.-- auf CHF 40'000.-- zu kürzen."

SR Dr. Raphaël Rohner

Votum

"Sie sehen, ich schleppe bereits ein grosses Dossier mit mir herum. Eigentlich war dies bereits für die Budgetrunde 2015 vorgesehen. Es hat ein kleineres oder längerdauerndes Intermezzo gegeben, das an und für sich sehr positiv ist. Der Verein für Familiengärten Schaffhausen, der bereits jetzt Familiengarten-Areale verwaltet, möchte weitere Familiengarten-Areale zusätzlich zu den fünf bereits bestehenden, die er verwaltet, von der Stadt Schaffhausen übernehmen. Wir stehen diesbezüglich in Verhandlungen; dies würde für uns natürlich auch den Aufwand deutlich reduzieren.

Nun, wir beziehungsweise die zuständige Stadtgärtnerei ist in meinem Auftrag daran, eine Modellrechnung zu machen, und zwar mit Pachtzinserhöhungen ab 2016 und in verschiedenen Varianten. Wir müssen auch mit den drei Vereinen entsprechende Gespräche führen. Ziel ist natürlich Vollkosten bei einer Pachtzinserhöhung, aber wir müssen uns auch ganz klar darüber sein, dass diese Familiengärten selbstverständlich nicht mehr primär für Erst- oder Zweitversorgung von armen Familien dienen. Aber sie haben eine gewisse soziale, gesellschaftliche und integrative Komponente. Ich denke mir, wer meint, man könne hier die grossen Einnahmen machen, wird sich natürlich täuschen. Aber wir werden dies genau berechnen und dann auch einen entsprechenden Stadtratsantrag stellen und Beschlüsse fassen, um im Budget 2016 eine Korrektur vornehmen zu können."

René Schmidt (GLP)**Votum**

"Ich möchte hier noch eine Lanze brechen für die Familiengärtner und Ihnen ein paar Hinweise geben, wie es so aussieht in einem Familiengarten. Wahrscheinlich hat niemand in dieser Runde einen Familiengarten von der Stadt gemietet, weil sie Ihr schönes Haus, Ihre schöne Umgebung oder keine Zeit für Gartenarbeiten haben. Aber wir müssen uns einmal anschauen, wer in diesen Gärten eigentlich ist. Es sind Leute, die körperlich tätig sind, also Leute, die helfen, unser Sozialprodukt zu erstellen und in der Regel in der unteren oder mittleren Lohnkategorie sind. Leute, die sich das Einfamilienhaus nicht leisten können. Leute, die sich nicht etwas Besonderes leisten können. Denen stellt man eine vernünftige Situation zur Verfügung. Nämlich etwas, das eigentlich „Natur“ ist. Sie erleben die Lebenszyklen, sind dort miteinander, in der Familie mit Kindern, die erleben, wie eigentlich die Pflanzen sich entwickeln. Dies hat einen unschätzbaren Wert, der hier generiert wird. Natürlich feiern sie vielleicht auch ihre Feste und geniessen die schönen Seiten.

Ich möchte dafür plädieren, dass man diesen Menschen etwas gibt. Es wurde immer wieder gesagt, dass man für einen Anlegeplatz für ein Schiff CHF 800.-- oder ähnlich bezahlt, und sie zahlen viel weniger. Aber es ist auch etwas anderes. Es ist wirklich ein Lebensinhalt für Leute mit wenigen Mitteln, die keine Unterstützung, sondern ein Verständnis für das Ausüben ihrer Tätigkeit brauchen. Einen sozialen Raum, weil ihre 3-Zimmer-Wohnung eben nicht so gross ist, dass sie sich darin tummeln können. Es ist ein Anliegen, dass diese Familiengärtner unterstützt werden, und ich empfehle deshalb, diesem Antrag nicht zuzustimmen und etwas für die Entwicklung unserer Stadt in verschiedenen Bereichen zu tun. Auch im Bereich der Familiengärten. Danke für Ihr Verständnis."

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Hermann Schlatter (SVP) gestellten Antrag mit 18:17 Stimmen ab.

Investitionsrechnung**Edgar Zehnder (SVP)****Votum****Seite 162, 33000.506.022 Talentmanagement, Nachfolgeplanung**

"Gesamthaft sind für den Personaldienst für elektronische Unterstützung, für E-Recruitment, für Bewerbungsdossiers, Talentmanagement und Nachfolgeplanung CHF 310'000.-- voranschlagt. Wir werden zu Position 506.021 keinen Antrag stellen, obwohl ich auch diesen Betrag von CHF 120'000.-- eher unnötig finde. Die Schweiz hat keine Bodenschätze. Vermutlich sind wir gerade deshalb so erfolgreich, da wir immer schon auf uns selber angewiesen waren und deshalb unabhängig bleiben konnten. Die einzige und wichtigste Ressource ist der Mensch. Dieser wurde immer gefördert und durch gezielte Aus- und Weiterbildung auf ein sehr hohes Niveau gebracht. Jeder Chef, der seine Arbeit ernst nimmt, kennt sein Kader und seine nächsten Mitarbeiter. Durch geeignete interne Strukturen sollte der Informationsfluss bis zum einfachsten Mitarbeiter sichergestellt sein. Der direkte Vorgesetzte, und ich denke nicht an den Computer, ist dafür verantwortlich, dass seine Mitarbeiter an der für sie idealen Stelle angesiedelt sind. Im Normalfall sollte somit eine Führungsperson zwischen vier bis sieben direkt unterstellte Personen beschäftigen, überwachen, betreuen, fördern, aber auch fordern. Dieser Job sollte kein Computer übernehmen. Gute Teams werden von starken Machern unterstützt. Der Chef kennt seine

Mitarbeiter mit allen Stärken und allen Schwächen, ohne diese EDV-mässig zu bearbeiten und sich mit teilweise unbequemen Entscheiden hinter einer Maschine verstecken zu müssen.

Dies gilt auch für Grossfirmen, da sinnvolle Strukturen durchlässig organisiert sind, und somit eine Nachfolgeplanung und Talentförderung stufengerecht ohne Softwarehilfe möglich ist. Könnten Sie sich vorstellen, ihre zukünftigen Führungskräfte auf Vorschlag einer EDV-Software auszuwählen?

Fraglich scheint mir auch, wofür die CHF 100'000.-- Einführungskosten sind. Steht der Betrag für eine Standard-Version oder soll das Programm für viel Geld individuell für die Stadt Schaffhausen angepasst werden? Kann dies der Stadtrat beantworten?

Könnte sich der Stadtrat eine Zusammenarbeit beim HR auch mit dem Kanton gemeinsam vorstellen? Und wurde diese Möglichkeit schon hinterfragt und überprüft? Ich könnte mir dadurch einen wirklichen Mehrwert vorstellen, da heute das Personal des Kantons bei uns in der Stadt oder auch umgekehrt nicht bekannt ist. So könnten übergreifend Abgänge vermieden werden. Dazu müsste aber der Kanton dasselbe System erhalten, damit die Personaldaten auch austauschbar werden.

Das Programm, wozu wir ein schönes Sheet erhalten haben, wirbt damit, dass die HR-Abteilung entlastet werden könnte. Kann der Stadtrat beziffern, wo und wie viele Stellenprozente nach der Einführung der Software eingespart werden könnten?

Ich stelle den Antrag, Position 506.022 zu streichen und bestenfalls nach einer positiven Beantwortung der gestellten Fragen diesen Betrag im Budget 2016 nochmals zu beantragen."

SR Peter Neukomm

Votum

"Ich hoffe, dass ich Edgar Zehnder davon überzeugen kann, dass er mindestens im Budget 2016 zustimmt. Aber ich wäre natürlich froh, wenn er dem schon im Budget 2015 zustimmen würde. Ich begründe das auch kurz:

In den nächsten fünf Jahren werden 12% des Personales pensioniert. Seit längerem stellen wir fest, dass wir Nachfolgeprobleme haben und Probleme, Fachkräfte zu rekrutieren. Dies hat damit zu tun, dass wir einfach nicht mit der Privatwirtschaft mithalten können. Wir haben bei den Jungen Probleme, weil sie zu wenige Lohnperspektiven haben. Dies werde ich Ihnen aber alles noch einmal beim Thema Lohn sagen.

Hier geht es um die Frage: Wie können wir zukunftsfähig im Hinblick auf die Herausforderungen werden, die sich jetzt stellen und mit denen wir jetzt schon konfrontiert sind. Es geht um die Frage "demographischer Wandel", es geht um die Frage "Konkurrenzfähigkeiten Markt". Da haben wir leider überall relativ schlechte Karten. Deshalb sind wir extrem darauf angewiesen, dass wir das Potenzial, das wir bei uns selber haben, so optimal wie möglich in Zukunft nutzen können.

Dafür ist das vorgeschlagene Instrument vorgesehen. Wir möchten ein Instrument einführen, mit dem unsere Möglichkeiten, die interne Nachfolgeplanung, das Talentmanagement, das wir ja auch im Bericht auf das Postulat Thommen erwähnt haben, einen Schritt weiterkommen. Es geht, wie gesagt, um die Erhaltung des Entwicklungspotenzials der eigenen Mitarbeitenden, und es ist ein spezielles Modul

der Software, die wir vor wenigen Jahren gemeinsam mit dem Kanton eingeführt haben (der Kanton hat also dieselbe Personaladministrationssoftware). Das xpert.line Talentmanagement soll eingeführt werden. Sie haben die Unterlagen, die wir in der GPK verteilt haben, erhalten. Es geht über die Bereichs- und Abteilungsgrenzen hinaus, und wir sind eine sehr disperse Arbeitgeberin, mit extrem unterschiedlichen Bereichen. Es ist eben nicht ganz so einfach wie in einem Unternehmen der Privatwirtschaft, da fast kein Unternehmen der Privatwirtschaft ein solches Spektrum wie wir hat.

Deshalb sind wir extrem darauf angewiesen, hier besser zu werden. Das Modul ist in verschiedenen Kantonen und Städten bereits im Einsatz. Wir haben es uns angeschaut, und es überzeugt. Die Leute haben gute Erfahrungen damit gemacht. Sie haben gesehen, was das Modul alles kann. Es hilft bei der Identifikation und bei der Entwicklung des Personals, von Talenten und Schlüsselpersonen. Es hilft, dass wir nicht Auswertungen mühsam von Hand machen müssen; es entsteht also auch eine Entlastung beim Personaldienst. Wir hatten neue Forderungen an den Personaldienst, zum Beispiel bei den Austrittsgesprächen; dies war in der GPK ein grosses Thema. Künftig soll der Personaldienst alle Austrittsgespräche bei der Stadt machen. Das ist ein Mehraufwand, der nicht geleistet werden kann, wenn man den Personaldienst nicht von anderen Dingen entlastet. Es geht einfach nicht. Unsere Fluktuationsrate ist hoch; wir haben dies der GPK auch mit Zahlen unterbreitet. Die Fluktuationsrate macht uns Sorgen, gerade dort, wo wir die Leute nicht gut rekrutieren können. Deshalb möchten wir hier einen Schritt vorwärts kommen.

Sie haben es richtig gesagt, es geht um das Skills Management, um die Definition von Jobprofilen, die Zuordnung von Mitarbeitern zu diesen Anforderungen. Wir sind 1'500 Personen vom Altersheim bis zur Stadtgärtnerei und der Verwaltung. Dies ist ein sehr breites Spektrum, und wir benötigen gewisse Hilfestellungen. Diese Software könnte übrigens auch der Kanton einführen, aber er hat zurzeit gerade andere Prioritäten. Er löst jetzt „Daflet“ ab, welches wir nicht brauchen. Es ist aber gut möglich, dass der Kanton nachzieht, wenn wir gute Erfahrungen machen. Es war in den letzten Jahren oftmals so, dass entweder die Stadt vorangeht und der Kanton nachzieht oder umgekehrt. Wir profitieren auch voneinander, weil wir dieselbe Software haben, und ich bin davon überzeugt, dass, wenn sich dies bei uns bewährt, der Kanton relativ schnell nachziehen wird. Der Kanton hat ähnliche Probleme in der Rekrutierung, und ich bin daher zuversichtlich.

Die einmaligen Kosten sind relativ hoch, da gebe ich Ihnen Recht. Dafür sind für die Grösse unseres Unternehmens die wiederkehrenden Kosten bescheiden, und dies überzeugt mich eigentlich auch. Wie gesagt, wir haben Rückmeldungen und Erfahrungen, zum Beispiel aus dem Kanton Graubünden, die sehr vielversprechend sind. Ich bitte Sie daher, diesen Betrag stehen zu lassen, damit wir einen Schritt weiter kommen.“

René Schmidt (GLP)

Votum

„Danke, Edgar Zehnder, ich möchte zu diesem Thema auch Stellung nehmen. Ich verstehe Sie voll und ganz, Sie sind Unternehmer, Chef, Sie haben vielleicht vier bis sechs direkt unterstellte Bereichs- oder Abteilungsleiter und können diese persönlich führen. Das ist mir völlig klar. In diesem Sinne muss ich Ihnen Recht geben, Sie brauchen diese Unterstützung nicht. Nun gehe ich aber zur Stadt. Wir haben gehört, dass in der Stadt rund 1'500 Mitarbeitende angestellt sind, wahrscheinlich sind es in Ihrem Betrieb genauso viele. Aber ich bin sicher, dass Sie die genauen Angaben aller

Mitarbeiter nicht haben, sondern diese müssen irgendwo geholt werden.

Und jetzt sind wir bei der HR-Abteilung. Diese hat den Auftrag, die Entwicklung zu unterstützen und zu fördern. Es lohnt sich für mich und für die Stadt, wenn sie ein Talentmanagement-System anschafft. Ziel ist ja eigentlich eine Kostenreduktion; auch da sind wir wahrscheinlich gleicher Meinung. Kostenreduktion tönt gut, und sie ist es auch bei qualitativer Verbesserung wegen rückläufiger Fluktuationsrate und zur besseren Besetzung von offenen Stellen.

Es beginnt ja bereits bei der Rekrutierung. Da wird ein strukturierter Lebenslauf zu Anfang erstellt, dann kommt die Auswahl – wir alle kennen dieses Prozedere. Alle Dokumente sind hinterlegt, Fähigkeiten und Kompetenzen fassbar. Bei 1'500 Mitarbeitern ist es aber eine Kunst, diese Angaben immer griffbereit zu haben. Zusätzlich gibt es die jährlich anlässlich der Mitarbeitergespräche getroffenen Zielvereinbarungen, die ebenfalls dokumentiert werden müssen. Und dann kommt noch das Wichtigste, und jetzt spreche ich Sie persönlich an, weil ich den Vorstoss sympathisch fand, wir aber hier andere Verhältnisse haben: Sie brauchen keine Laufbahnplanung mehr, diese ist gemacht, vorhanden und abgeschlossen. Aber unsere jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind am Anfang ihrer Berufslaufbahn und brauchen eine Zukunft. Und wenn eine Zukunft nicht dokumentiert und nicht sichtbar ist, besteht die Gefahr, dass sie die Zukunft an einem anderen Ort suchen.

Wir können Abgänge vermindern, und wir können auch Kosten sparen. Ich weiss nicht, wie viel ein Abgang und eine Neubesetzung kosten. Aber CHF 20'000.-- bis CHF 30'000.-- für eine normale Mitarbeitersituation dürften etwa zutreffen. Diese Kosten verdeutlichen, was ein Wechsel innerhalb einer Abteilung oder eines Bereiches bedeutet. Und dann gehen uns auch wertvolle Erfahrungen und Know how verloren. Alle, die uns weglaufen, nehmen auch etwas mit.

Ich empfehle im Sinne einer effizienten Personalbewirtschaftung, diesen Betrag im Budget zu lassen und damit die Möglichkeit zu geben, dass in einem Grossbetrieb wie der Stadt eine funktionierende Personalunterstützung aufgebaut werden kann."

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Edgar Zehnder (SVP) gestellten Antrag mit Stichentscheid des Ratspräsidenten mit 18:17 Stimmen ab.

Ergänzung des Ratspräsidenten:

"Wir gehen eine Seite zurück, wir haben einen Antrag des Stadtrats zu Seite 160. „

SR Peter Neukomm (SP)

Votum

Antrag des Stadtrats zu Seite 160, 32400.703.105 MFH Finsterwaldstrasse, Fensterersatz

"Wie schon erwähnt wurde dieser Betrag aus Versehen bei der Budgetierung wieder herausgenommen. Er war am Anfang drin und wurde wieder herausgenommen. Es geht hier um das Areal des Werkhofs Hochstrasse. Dort hat es ein Mehrfamilienhaus mit acht Wohnungen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es Sinn macht, dieses Mehrfamilienhaus abzuparzellieren und das Gelände ohne das Mehrfamilienhaus abzugeben. Es steht ja im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Werkhof und

Tiefbauamt mit dem Kanton.

Deshalb beantragen wir Ihnen, die Fenstersanierung, die bei diesem Mehrfamilienhaus dringend nötig ist, jetzt zu machen. Es geht hier um einen Bestandteil des Finanzvermögens, der wieder einigermaßen auf den Stand zu bringen ist, den wir eigentlich bei einem solchen Haus erwarten. Der Antrag kommt aus der Immobilienabteilung; wir haben diesen genau überprüft. Die Fenstersanierung wäre eigentlich schon seit Jahren nötig gewesen. Man hat diese aber immer aufgeschoben, jetzt müssen wir sie machen. Ich bitte Sie daher, diesem Antrag zu folgen."

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat heisst den vom Stadtrat gestellten Antrag mit 28:0 Stimmen gut.

SR Dr. Raphaël Rohner

Votum

Antrag des Stadtrats zu Seite 172, 62305.503.360 Rhybadi, Sanierung
Streichung von CHF 180'000.--, da Unterwasserboden im Spitz nicht ersetzt werden soll.

"Ich habe Ihnen hier einen Antrag zu stellen in Bezug auf die Sanierung der Rhybadi. Sie sehen, wir haben einen Sanierungsbeitrag von CHF 18'000.-- im Budget eingestellt. Es geht um den Bretterboden im Spitz, der herausgenommen werden muss. Wir haben jetzt eine viel günstigere Offerte erhalten, der wir auch den Zuschlag gegeben haben. Es liegt eine Offerte im Betrag von CHF 55'000.-- vor. Demzufolge können wir aufgrund der Höhe dieses Investitionsbeitrages den gesamten Betrag von CHF 180'000.-- streichen. Und wir müssen in der Position 6003.314.300, Betrieb Rhybadi, in der Laufenden Rechnung eine Erhöhung von CHF 55'000.-- vornehmen, weil wir bekanntermassen Beträge unter CHF 100'000.-- für Investitionen in der Laufenden Rechnung budgetieren.

Wir haben hier eine Einsparung von CHF 125'000.--, streichen aber CHF 180'000.-- bei dieser Investitionsposition und erhöhen die genannte Position in der Laufenden Rechnung um CHF 55'000.--."

Urs FÜRER (SP)

Votum

"Ich spreche zur gleichen Position und möchte beliebt machen, dass wir diesen Betrag von CHF 180'000.-- im Budget belassen.

Meine Begründung: Über die Rhybadi wurde hier im Rat abgestimmt, und sie wurde in einer Variante verändert, die vom Volk abgelehnt wurde. Das Volk hat entschieden, die Rhybadi soll so bleiben, wie sie ist. Im Spitz geht es nicht darum, dass die Leute schwimmen gehen, dort geht man auf dem Holzboden laufen oder man macht "Lättlitauchen", das ist eine Sportart, die es nur in Schaffhausen gibt. Dieser Boden gehört zur Rhybadi, und die Rhybadi soll so bleiben, wie sie ist; dies hat das Volk entschieden. Und ich möchte beliebt machen, diesen Posten mit CHF 180'000.-- zu behalten."

Urs Tanner (SP)

Votum

"Ich bin ja bekanntlich der geborene Verlierer - Artikel 2a und auch die Rhybadi - und

ich stimme Urs Fürer zu 100% zu. Dieses Resultat hat damals gezeigt, dass wir extrem verloren haben, obwohl einige zwar gewonnen haben. Es hiess damals: "Don't touch my Rhybadi". Dieser Vorlage wurde mit einer riesigen Unterstützung der Schaffhauser Nachrichten, und das sage ich ja nicht so oft, abgelehnt. Nun verstehe ich aber nicht, wenn hier steht, dass dies der Abbruch der Holzkonstruktion war. Das heisst, wenn ich diesen Holzboden erhalten möchte, müsste ich einen anderen Betrag haben, den ich nun aber auch kennen müsste. Die Rhybadi wurde museal tiefgefroren. Dies wollte das Volk so, wir wollen diesen Holzboden, wie er ist, und jetzt müssen wir wissen, was dies kostet."

SR Dr. Raphaël Rohner**Votum**

"Zwischenzeitlich haben wir die Unterlagen auch zur Hand. Es wurde im Mai 2014, wie bereits an der GPK-Sitzung bekanntgegeben, eine Unterwasserabklärung bezüglich des Zustands dieses Zwischenbodens im Spitz durch Betriebsleiter Bernd Schneider durchgeführt. Es wurde festgestellt, dass dieser ebenso nicht belassen werden kann und dass man diesen abreißen könnte. Ich kann Ihnen die detaillierten Zahlen mitteilen, gemäss Offerte, der wir den Zuschlag gegeben haben, unter dem Vorbehalt selbstverständlich, dass Sie zustimmen. Für die Abbrucharbeiten haben wir CHF 25'000.--, für die Treppe "Mannehägli" CHF 15'000.--, Absperrgitter gegen offenes Gewässer CHF 10'000.-- und Unvorhergesehenes CHF 5'000.--, ein Total von CHF 55'000.--.

Wenn Sie das Ganze wieder herstellen wollen, dann wird dies nicht CHF 180'000.-- kosten, sondern CHF 275'000.--. Wenn Sie also unserem Antrag nicht stattgeben, dass wir hier den Investitionskredit von CHF 180'000.-- streichen und in der Laufenden Rechnung CHF 55'000.-- an genannter Position erhöhen, dann müssten Sie hier CHF 275'000.-- Kredit sprechen. Nämlich: CHF 25'000.-- für die Abbrucharbeiten, wie vorgenannt. Neu: Aufbau des Bodens im Spitz, rund CHF 215'000.--, Stahlrohrpfähle für CHF 15'000.--, Treppe Spitz "Mannehägli" CHF 15'000.-- und Unvorhergesehenes. Dies ergibt ein Total von CHF 275'000.--.

Ich fasse zusammen: Wer der Meinung ist (und diese Meinung teile ich und auch der Stadtrat aber nicht), dass man diesen Boden wiederherstellen soll, dann muss man den Betrag von CHF 180'000.-- auf CHF 275'000.-- erhöhen. Wenn Sie der Ansicht sind, dass man diesen Abbruch will, der übrigens auch vom Rhybadi-Bademeister, der auch der Gralshüter aller Anliegen der Rhybadi-Benutzerinnen und -benutzer ist, und der auch mein vollstes Vertrauen genießt und umgekehrt, dann können Sie diesem Antrag folgen."

Urs Fürer (SP)**Votum**

"Ich habe übersehen, dass es hier nur um den Abbruch geht. Selbstverständlich geht es mir nicht um einen Abbruch, sondern um die Erhaltung dieses Bodens. Für mich ist ganz klar, dass es sich um gebundene Kosten handelt. Wenn die Rhybadi so bleiben muss, wie sie ist, dann bedeutet dies ein Neuaufbau dieses Bodens, und es sind gebundene Kosten. Ich mache daher beliebt, dass man diesen Betrag von CHF 275'000.-- ins Budget nimmt, damit man wirklich den Erhaltung der jetzigen Rhybadi vornehmen kann."

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Urs Fürer (SP) gestellten Antrag mit 22:8 Stimmen ab.

SR Dr. Raphaël Rohner**Votum**

Antrag des Stadtrats zu Seite 178, 63100.501.662 Neustadt Bereich Haberhaus, Aufwertung

Antrag Reduktion des Betrages von CHF 240'000.-- um CHF 100'000.-- auf CHF 140'000.--

63100.662.305 muss ebenfalls angepasst werden.

„Auch hier ist eine Korrektur anzubringen. Der Finanzreferent hat bereits in seinen einleitenden Worten darauf hingewiesen, dass wir nächstes Jahr im Rahmen der Arbeiten der Arbeitsgruppe Attraktivierung Altstadt die Aufwertung des Platzes und auch des Bereichs Haberhaus in der Neustadt vorgesehen haben. Nun spreche ich zu Position 63100.501.662: Seinerzeit im Mai, als das Budget erstellt wurde, konnten wir erst einen approximativen Betrag einstellen. Nun hat mir der Stadtgenieur aufgrund einer detaillierteren Berechnung mitteilen können, dass wir mit CHF 140'000.-- nach wie vor auf Kurs sind und die gewünschte und von der Arbeitsgruppe auch definierte Aufwertung durchführen können. Somit können wir nun eine entsprechende Kürzung von CHF 240'000.-- auf CHF 140'000.-- vornehmen.“

In diesem Zusammenhang können wir die Entnahme aus dem Strassenbaufonds, Kto. 63100.662.305, ebenfalls entsprechend anpassen.“

Der Grosse Stadtrat heisst den vom Stadtrat gestellten Antrag ohne Abstimmung gut.

SR Dr. Raphaël Rohner

Antrag des Stadtrats zu Seite 180, 63101.501.629 Gennersbrunnerstrasse Buswendeplatz Bahnhof Herblingen

Streichung von CHF 500'000.--

Anpassung auf 63101.662.322 Entnahme Erschliessungsfonds (Konto 14.362.322)

„Es geht hier um die Position 63101.501.629. Ich muss etwas umfassender werden: Das Agglomerationsprogramm 1 umfasst bekanntlich zahlreiche Teilprojekte. Die einen sind unter der Führung der Stadt, die anderen unter der Führung des Kantons. Zurzeit laufen im Herblingertal unter dem Lead des Kantons die Sanierung und der Ausbau des Bahnhofs Herblingen. Dies ist Teilprojekt Nr. 16 (Konto 63101.501.690). Der Beitrag von 30% an die Aufwertung der Station Herblingen muss von der Stadt übernommen werden.“

Die Busstation Herblingen, über die wir jetzt zu diskutieren haben, ist ein weiteres Teilprojekt mit der Nr. 20, Konto 63101.501.629. Es steht in direktem Zusammenhang mit genannter Sanierung des Bahnhofs, die etwa in einem Jahr abgeschlossen sein wird. Diese Busstation dient ebenfalls zur Aufwertung der Verkehrsinfrastruktur des Herblingertals und des Quartiers Herblingen und damit deren besserer Erschliessung. Es ist vorgesehen, dass wir eine einfache Überdachung machen und Velo- und Motorradparkplätze zur Verfügung stellen. Zudem gibt es auch Anpassungen und Sanierungen im Bereich der Brücke über der Bahnstation Herblingen sowie eine neue Buszufahrt „Bruderhalde“ (Linie 5). Nun ist es aber so, dass der Bahnhof erst Ende 2015 fertig sein wird. Die Anbindung an die Buslinie 5, die neu bis zum Herblinger Bahnhof geführt werden wird, ist erst auf das Jahr 2016/17 vorgesehen. Daher können wir diese zweite Tranche des Investitionskredits vorerst streichen. Er wird wieder ins Investitionsbudget 2016 aufgenommen werden. Der bestehende Verpflichtungskredit bleibt bestehen.

Zudem gibt es noch die Position 63101.501.682, Verlängerung Linie 5. Hier besteht ein Verpflichtungskredit von CHF 210'000.--, welcher vor allem für Haltestellen aufgrund der geplanten neuen Linienführung der Buslinie 5 gebraucht wird."

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat nimmt den vom Stadtrat gestellten Antrag mit 34:0 Stimmen an.

Till Hardmeier (JFSH)

Votum

"Es ist sehr interessant: Ich habe viel zu spät, nämlich am Samstag, einen Antrag in die Fraktionsrunde gegeben, und heute ist dies schon ein Antrag des Stadtrats.

Ich möchte erklären, warum ich dazu gekommen bin: Ich finde es speziell, dass man Infrastruktur baut, also eine Bushaltestelle, ohne aufzuzeigen, wie denn die Buslinie dorthin überhaupt gemacht wird. Was sind das für Kosten, ist diese Buslinie ausgelastet? Ich finde es gut, stellt man dies jetzt zurück. Ich möchte dies aber in einer Vorlage haben, damit man im Detail sehen kann, ob die Verlängerung der Buslinie überhaupt Sinn macht, und wie hoch die Kosten sind. Dann aber auch, wer den Bus überhaupt nutzt, wenn das Stadion nicht kommt. Es stellt sich die Frage, ob es überhaupt genügend Personen gibt, die in dieses Industrieareal gehen oder gehen alle mit dem Auto? Deshalb möchte ich beliebt machen, dass alles in eine Vorlage gepackt wird.

Noch ein Hinweis zum Agglomerationsprogramm: Man sagt immer: "Das muss man machen, weil Bund und Kanton daran zahlen." Ja, dies ist so. Aber ich meine, neben dem Stadtbeitrag zahle ich den Kantonsbeitrag aus dem anderen Hosensack - es spielt eigentlich keine Rolle. Beim Bund kann man sagen, dass wir dies dort abholen. Trotzdem man muss man schon genau überprüfen, ob es überhaupt Sinn macht."

SR Dr. Raphaël Rohner

Votum

"Selbstverständlich wird es eine Vorlage an den Grossen Stadtrat geben, weil wir davon ausgehen, dass diese Buslinienführung auch mit entsprechenden zusätzlichen Kosten verbunden ist. Wir werden auch die Zahlenmaterialien in Bezug auf die Nutzung zur Verfügung stellen. Dies wird von unserem neuen VBSH-Stadtrat Daniel Preisig gemacht werden können und war auch entsprechend vorgesehen.

Zu den Agglomerationsprogrammen: Sie sind ein gesamtes Paket, das schon vor Jahren in Vorbereitung war und geschnürt wurde. Selbstverständlich hat man immer die Möglichkeit, bei jedem einzelnen Teilprojekt im Parlament zu bestimmen, ob man es will oder nicht. Diese Busstation oberhalb des neuen Bahnhofes wird sehr wohl Sinn machen. Diese Bahnhofstation ist eine echte Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur des Quartiers Herblingen und dazu gehört selbstverständlich auch, dass die Einwohnerinnen und Einwohner direkt von ihrem Quartier mit dem öffentlichen Verkehr, zu Fuss oder mit dem Fahrrad oder Mofa dorthin fahren und den neuen Bahnhof nutzen können. Es gibt auch eine Entlastung des Stadtzentrums Schaffhausen. In diesem Zusammenhang kann man wirklich feststellen, dass dies direkt bezogen auf jenes Bahnhofprojekt ist, das wir zurzeit am Realisieren sind."

Martin Jung (AL)**Votum**

"Ich habe eigentlich nur eine kleine Frage: Steht der Bau dieser Bushaltestelle in Abhängigkeit von den Bauarbeiten am Bahnhof? Wenn dem so ist, könnte es ja sein, dass es trotzdem Sinn machen würde, diese Haltestelle schon zu bauen. Es erscheint einleuchtend, dass diese Buslinie noch nicht vordringlich ist - allerdings, wenn Abhängigkeiten bestünden, würde es mich interessieren."

SR Dr. Raphaël Rohner**Votum**

"Wir haben es uns selbstverständlich sehr wohl überlegt, ob wir diesen Investitionskredit belassen sollen oder nicht. Wir haben sorgfältig abgewogen, und es macht tatsächlich Sinn, dass wir dieses Projekt erst übernächstes Jahr realisieren. Selbstverständlich wird bereits im Jahr 2015 das Projekt ausgearbeitet. Wir sind auch daran, zwei verschiedene Modelle zu evaluieren. Der Stadtrat wird den Vorentscheid treffen, das konsolidierte Projekt im Budget 2016 einstellen und dieses - sofern Sie den Kredit sprechen - möglichst schnell und deckungsgleich mit der Neuführung der Linie 5 auch realisieren."

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

"Ich möchte nur noch eine ergänzende Frage stellen: Die Planung und die Überlegungen des Stadtrates scheinen mir plausibel. Aber wie steht es mit dem Agglomerationsgeld des Bundes, ist dieser Beitrag auch aufschiebbar oder ist er allenfalls befristet?"

SR Dr. Raphaël Rohner**Votum**

"Wir haben hier eine sehr detaillierte Zusammenstellung aller Agglomerationsprojekte. Es sind deren über 30, wohlverstanden nicht nur in Schaffhausen, es ist auch Neuhausen, Thayngen und Beringen mit dabei. Diese Projekte werden in Zusammenarbeit mit dem Kanton regelmässig halbjährlich auf die Entwicklungsreife überprüft, und es ist wichtig, dass man die entsprechenden Budgetkredite gesprochen hat beziehungsweise die entsprechenden Vorlagen je nach Kredithöhe durch die Räte oder jeweils die Gemeindeversammlungen oder Volksabstimmungen genehmigt wurden. Dies, bevor man in die Bauphase geht und bevor die Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund getroffen wird. Diese erfolgt unter der Federführung des Kantons, aber ist selbstverständlich von der beteiligten Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem Kanton zu erstellen. Es sind relativ komplexe Geschichten, die bei uns unter Federführung des Stadtingenieurs stehen, der die Zusammenarbeit mit Kantonsingenieur Dino Giuliani pflegt. Diese Steuerungsgruppensitzungen finden zwei Mal jährlich statt; auch die Baureferenten und der Baudirektor sind anwesend. Wir achten sehr gut darauf, dass hier auch die zeitliche Abfolge im Hinblick auf die Finanzierung stimmt. Und hier noch folgender Hinweis an Till Hardmeier: Es ist tatsächlich so, dass es nicht sein soll, dass man einfach etwas realisiert, weil andere mitfinanzieren. Darum werden - ich habe es bereits gesagt - die einzelnen Projekte entweder im Budget oder im Rahmen von Vorlagen dem Parlament vorgelegt. Dann muss die materiell und sachlich überzeugende Begründung für die Kommune vorliegen."

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat heisst den vom Stadtrat gestellten Antrag mit 30:1 Stimme gut.

Till Hardmeier (JFSH)**Votum****Seite 190, 32400.703.142 Kammgarn Bodenerneuerung****Antrag auf Streichung**

"Diesbezüglich würde mich interessieren, warum man dies machen muss und wie hoch der Betrag ist. Mein Gefühl sagt mir, dass der Boden eigentlich nicht das primäre Problem ist. Bei den Fenstern sehe ich, dass sie langsam alt sind. Wenn man draussen vorbei geht, "scheppert" es ziemlich, es sind alte Fenster. Aber beim Boden sehe ich nicht, warum man diesen ändern müsste. Es ist auch eigentlich ein historischer Boden, den man so belassen sollte. Ich würde dann daher den Antrag stellen, den Betrag, sobald wir ihn kennen, herauszustreichen."

SR Peter Neukomm (SP)**Votum**

"Ich kann Ihnen versichern, dass die Erneuerung dieses Bodens höchst dringlich ist. Bei Veranstaltungen in der Kammgarn sieht man den Boden selten, weil es viele Leute hat und dunkel ist. Die Fenster sieht man eher, weil dort Licht ist. Der Boden ist in einem schlimmen Zustand. Es geht um einen schwimmenden Aufbau, bestehend aus einem rund 25mm-Urphenboden und einem ungefähr 30mm-Euböolithboden. Dieser weist eine zu geringe Stärke auf. Dies war allerdings schon die ganze Zeit so, und er hält den Beanspruchungen nicht mehr stand. Auch dies ist schon länger so; zudem bricht er an mehreren Stellen und ist auch schon an mehreren Stellen eingebrochen. Damit hatten wir ein grosses Problem. Durch die Risse im Boden ist Wasser eingedrungen und die Holzkonstruktion, die darunter liegt, aufgequollen. Dadurch entstehen immer wieder neue Risse und Probleme mit der Ebenheit, die auch gefährlich sind. Diese schwimmende Ausführung führt insbesondere in den Ecken der Dilatationsfugen zu Ausbrüchen, welche zu Stolperfallen werden."

Der Bodenaufbau muss komplett erneuert werden, was schon seit Jahren ein Thema ist. Aber es wurde immer wieder auf die lange Bank geschoben. Der neue Bodenbelag wird im Verbund erstellt, besteht aus einem mit speziellen Zusatzmitteln versehenen Hartbeton und erhält einen strapazierfähigen Kunstharzbelag.

Der neue Belag wurde auf einer Testfläche von rund 3m² bereits einmal ausgeführt und bewährt sich bis jetzt bestens. Die Sanierung ist dringend und auf Sommer 2015 während der Veranstaltungspause geplant. Ich bitte Sie unbedingt, diesen Betrag im Budget zu belassen. Der Boden ist kaputt."

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Till Hardmeier (JFSH) gestellten Antrag mit 18:7 Stimmen ab.

Till Hardmeier (JFSH)**Votum****Seite 190, 32400.703.143 Park Casino, dringliche Sanierungsmassnahmen infolge Neuausrichtung****Kürzung auf CHF 100'000.--**

"Ich möchte noch zum Park Casino, Position 703.143, sprechen. Ich erinnere mich daran, dass wir damals ein Gastrokonzept für CHF 175'000.-- in Auftrag gegeben hatten. Als wir es damals diskutierten, stand noch offen, was bei der Bleiche herauskommt. Man hat deshalb die Details dieses Gastrokonzept davon in

Abhängigkeit gestellt. Damals wurde eine Vorlage versprochen, die bis jetzt nicht vorliegt, und jetzt haben wir einen Antrag, dass man eigentlich viel Geld investieren will.

Ich möchte beliebt machen, dass wir das Nötigste machen und CHF 100'000.-- sprechen und den Rest dann, wenn es eine Vorlage gibt.

Interessant ist hier auch, dass der Informationsdienst nicht funktioniert hat. Ich habe nämlich Kürzungen auf CHF 100'000.-- beantragt, beim Stadtrat ist angekommen: Kürzungen um CHF 100'000.--. Ich möchte *auf* CHF 100'000.-- reduzieren."

Peter Möller (SP)**Votum**

"Wie ich bereits im Bericht der GPK erwähnte, ist dies auch schon der GPK aufgefallen, nämlich, dass wir ein Konzept hatten, und es eigentlich geheißen hat, eine Vorlage werde erarbeitet. Deshalb haben wir schon in der GPK zusammen mit dem Stadtrat diesen Betrag um CHF 100'500.- gekürzt. Das ist der Bereich, welcher die technischen Installationen angeht, welche noch aufgeschoben werden können. Der restliche Betrag dient nun wirklich dem dringend notwendigen Unterhalt.

Darum möchte ich Sie bitten, den Antrag der GPK und des Stadtrates so zu unterstützen und in diesem Sinne abzustimmen."

SR Peter Neukomm**Votum**

"Ich bitte Sie auch, den GPK Antrag zu unterstützen. Wir haben dies bereits in der GPK ausführlich besprochen. Das Park Casino braucht es auch nach der Eröffnung des Hotels Arcona Living. Da sind die Hoffnungen vergeblich gewesen. Letztes Jahr hatte das Park Casino über 12'000 Besucher. Viele Vereine, Organisationen (zum Beispiel die Seniorenuni) und auch Firmen wollen und können nicht ins Arcona wechseln, weil es schlicht und einfach zu teuer ist. Übrigens gilt dies auch für Kanton und Stadt, die auch in Zukunft das Park Casino brauchen. Ich habe dies mit dem Regierungsrat gestern Abend im Park Casino besprochen, übrigens anlässlich der Wahlfeier von unserem Mitarbeitenden Peter Scheck. Wer dort einmal an die Decke geschaut hat, konnte sicherlich klar feststellen, was das Problem ist. Man sieht nämlich noch die Spuren der Raucherzeit. Die Decke ist in einem sehr schlechten Zustand, sie muss dringend neu gemalt werden. Der Kanton hat uns bekräftigt und steht voll dahinter. Weil wir nicht auch noch die letzten zahlungskräftigen Kunden verlieren wollen und es auch dringend nötig ist, müssen nun ein paar wichtige Sanierungen vornehmen. Es geht primär um die Aufrechterhaltung der Gebrauchsfähigkeit dieser Anlage.

Ich habe der GPK erläutert, warum es dieses Jahr gemacht werden soll. Es steht ein Pächterwechsel an, und wir möchten dies zum Anlass nehmen, wirklich nur das Wichtigste zu machen. Es geht um den schadhafte Plattenbelag im Aussenbereich, der unterdessen gefährlich ist. Dies kostet alleine CHF 65'000.--. Zudem braucht es dringend Malerarbeiten an den Fenstern, der Fassade und an den Wänden sowie den Decken im Innenbereich. Zudem sind Parkettreparaturen im Innenraum und Verbesserungen bei der Beleuchtung notwendig.

Wir haben in Absprache mit der GPK die Erneuerung der Haus- und Bühnentechnik aufgeschoben. Wir haben diese CHF 100'000.-- gestrichen und gesagt, dass wir diese Sanierungen verschieben. Sie ist nicht so dringend wie der Rest. Ich habe auch

Detailblätter darüber, was alles gemacht werden soll, wenn es jemanden interessiert. Wir brauchen das Park Casino und möchten, dass es, wenn der neue Pächter in diesem Jahr startet, etwas aufgefrischt ist und einigermassen eine „Gattung“ macht. Wir haben dort wirklich wichtige Veranstaltungen.“

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Till Hardmeier (JFSH) gestellten Antrag mit 26:7 Stimmen ab.

Spezialfinanzierungen

Keine Wortmeldungen

Städtische Fonds

Keine Wortmeldungen

Spezialverwaltungen

Keine Wortmeldungen

KSD

Keine Wortmeldungen

Betriebe

Keine Wortmeldungen

Till Hardmeier (JFSH)**Votum****Seite 264, Dynamische Fahrgastanzeige**

Antrag Streichung von CHF 220'000.--

„Wir haben an den Haltestellen meines Erachtens nicht einen derart grossen Bedarf, dass man eine Fahrgastanzeige benötigt. Natürlich schätzt man es, wenn man in Zürich an einer komplexen Haltestelle ist. Aber in Schaffhausen am Bahnhof oder an der Schiffflände weiss man eigentlich, wie der Fahrplan aussieht. Entweder ist es ein 10- oder 20-Minuten Takt. Für die Einheimischen brauchen wir es nicht. Für Touristen wäre es vielleicht ein gewisser Mehrwert, aber sie können ja auch dort am Schildchen lesen, wann der nächste Bus kommt. Daher möchte ich diese CHF 220'000.-- streichen. Interessant ist, dass es eigentlich genau der Beitrag ist, der vom Kanton wegfällt. Wir könnten dort eigentlich auch noch diese Beitragsreduktion abfedern.“

SR Dr. Raphaël Rohner**Votum**

„Ich spreche hier nicht nur im Namen des Stadtrats, sondern auch im Namen der Verwaltungskommission der Busbetriebe, die jeweils in allen Einzelheiten das Budget, auch was die Investitionen der Busbetriebe betrifft, zu besprechen, zu beraten und zu verabschieden hat. Es geht hier um einen etwas erweiterten Kontext, den wir berücksichtigen müssen. Die Busbetriebe haben im Herbst, als wohl einer der letzten grösseren Verkehrsbetriebe, ein modernes Betriebsleitsystem in Betrieb genommen. Sie haben sicherlich davon gehört. Das System dient einerseits der Überwachung des Betriebsablaufs durch die Leitstelle, also durch diejenigen Organe der Busbetriebe, die für die Abläufe zuständig sind, und deren Koordination. Dies ermöglicht die bessere

Disposition des Fahrbetriebes bei Beeinträchtigungen, Grossanlässen und so weiter.

Dank der Vernetzung der Ist-Zeitfahrten mit allen anderen ÖV-Anbietern werden die Anschlusssicherungen von der Bahn zum Bus sichergestellt. Das ist etwas Neues und auch wichtig. Es muss nicht mehr wie bis anhin auf umständliche und längst überholte Weise bei der Leitstelle der Bahn angefragt werden, ob der Zug aus Zürich pünktlich ankommt. Bei Verspätungen wird der Busfahrer automatisch informiert, dass er den Zugsanschluss in einem bestimmten Zeitfenster noch abwarten muss. Wenn Sie heute mit dem Zug von Zürich nach Schaffhausen fahren, werden neu auch die Anschlüsse an die Stadtbusse der VBSH angezeigt. Bisher wurde nur der Anschluss vom Postauto nach Marthalen angezeigt. Dasselbe ist auch im Bus der Fall, indem den Fahrgästen bei der Zufahrt zum Bahnhof Schaffhausen die nächsten Anschlüsse angezeigt werden.

Beides, Anschlusssicherung Bahn und Bus auf den Anzeigemonitoren, sind erforderliche Schritte im kundendienstlichen Interesse, in der Steuerung der Qualität, in der ganzen Transportkette. Andernorts - fahren Sie beispielsweise nach Winterthur, St. Gallen, Aarau, Bern, Luzern oder sogar ins Wallis - ist dies schon seit geraumer Zeit Standard.

Hier stehen wir also heute. Wir befinden uns also bei den Busbetrieben diesbezüglich auf der Höhe der Zeit oder auf Neudeutsch gesagt: State of the Art. Nicht mehr und nicht weniger. Sagen wir es so: Wir sind jetzt bei den Leuten.

Worum geht es bei der Budgetposition "Dynamische Fahrgastanzeige"? Ich habe Ihnen erläutert, dass in den Zügen die nächsten Abfahrten der Busbetriebe sowohl der VBSH als auch der RVSH angezeigt werden. Und ebenso werden in die VBSH-Busse bei Einfahrt auf der Bahnhofstrasse die Abfahrtszeiten der nächsten Züge angezeigt. Jetzt haben wir noch viele Fahrgäste, die eine Haltestelle der VBSH weder vom Zug noch vom Bus, sondern zu Fuss erreichen. Auch diese Fahrgäste wüssten gerne, wann der nächste Bus in welche Richtung abfährt. Beim SBB-Bahnhof finden die Fahrgäste Abfahrtstafeln, und sogar im Regionalbuszentrum steht seit Jahren ein solcher Anzeiger, auf welchem übrigens die Abfahrtszeiten neu auch in Echtzeit angegeben werden.

So ist es doch naheliegend, dass wir unseren Fahrgästen auch bei den Perrons der VBSH eine solche Information vermitteln. Vier Abfahrtsanzeiger auf jeder Seite. Ein weiterer Abfahrtsanzeiger ist an der Schifflände geplant, und drei weitere Informationssysteme sollen in Neuhausen aufgestellt werden. Acht solcher Systeme an den Haltestellen in einer Doppelstadt Schaffhausen/Neuhausen mit 40'000 Einwohnern ist wohl kaum übertrieben.

Im Übrigen sind wir auch mit grösseren Organisationen im Gespräch. Zum Beispiel mit dem Kantonsspital oder mit dem Einkaufszentrum Herblingertal. Bei diesen Institutionen und weiteren wollen wir innerhalb der Gebäude mit einfachen Monitoren die nächsten Abfahrten anzeigen. Und für diese insgesamt bescheidene, aber vernünftige Zusatzausrüstung, die dem Kunden tatsächlich dienlich ist, ersuchen wir Sie um Erteilung des Kredites von CHF 200'000.-- im Interesse der Fahrgäste der Verkehrsbetriebe.

Es wurde von Till Hardmeier darauf hingewiesen, man könnte, wenn man dies streichen würde, die Kürzungen des Kantons kompensieren. Die Busbetriebe beziehungsweise die Geschäftsleitung der Busbetriebe haben an der VK-Sitzung

bereits konkrete Vorschläge gemacht, wie sie jene Einsparungen des Kantons zu kompensieren gedenken. Es wird noch voraussichtlich im Januar ein entsprechender Antrag in den Stadtrat kommen. Es geht um wiederkehrende Beiträge, die kompensiert werden müssen, und hier geht es um einen *einmaligen* Investitionsbeitrag, der noch die Abrundung dieser Zusatzausrüstung im Rahmen der besseren Information der Kunden der Busbetriebe unserer Stadt ermöglichen würde. Ich bitte Sie daher, diesen Betrag im Investitionsbudget der VBSH zu belassen. „

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Till Hardmeier (JFSH) gestellten Antrag mit 19:12 Stimmen ab.

Sachgruppenstatistik

Keine Wortmeldungen

Hermann Schlatter (SVP)

Votum

„Ich möchte zu dieser Position, die wir vorhin diskutiert haben, wie viel wir in den Unterhalt investieren müssen oder sollen, und wie diese in Millionenbeträgen aussieht, beliebt machen, dass im nächsten Jahr innerhalb der GPK definiert wird, wie diese Zahl errechnet wird. Damit haben wir nicht bei jedem Budget diese Diskussionen. Es gibt nämlich auch, wie gesagt, die Investitionen in der Investitionsrechnung, und diese gehören schlussendlich auch dazu.“

Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung

Keine Wortmeldungen

Botschaft des Stadtrats vom 23. September 2014 an den Grossen Stadtrat zum Voranschlag 2015

Die **1. Vizepräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**, verliest die Botschaft des Stadtrats vom 23. September 2015, Seite 1-13 sowie die Anträge wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2015 wird gemäss Art. 25 lit. d der Stadtverfassung genehmigt und nach Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98 Prozent festgesetzt und nach Art. 25 lit. c Ziff 1 in Verbindung mit Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Peter Möller (SP):

„Wie bereits in der Fraktionserklärung angekündigt, stelle ich Ihnen hier den

Antrag, den Steuerfuss auf 101 Punkte festzulegen. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit halte ich mich bei der Begründung relativ kurz und verweise zuerst einmal auf meine Äusserungen in der Eintretensdebatte.

Ich möchte einfach noch ausführen, dass bereits dieses Budget noch ohne Berücksichtigung allfälliger zukünftiger, im Jahre 2015 vorzunehmender Investitionen, welche noch durch das Volk oder durch den Grossen Stadtrat beschlossen werden, zu einer Neuverschuldung führt. Weitere dringend notwendige Investitionen stehen an, wir haben es heute zur Genüge gehört. Es ist daher aus unserer Sicht an der Zeit, hier in moderater Weise Gegensteuer zu geben und eine leichte Steuererhöhung zu beschliessen."

SR Peter Neukomm:

"Ich bitte Sie, beim Antrag des Stadtrates zu bleiben. Wir haben jetzt einen wirklich überraschend guten Abschluss. Wir schliessen trotzdem, obwohl wir die Investitionen etwas hochgefahren haben, in der Laufenden Rechnung positiv ab. Natürlich gibt es einen Finanzierungsfehlbetrag, er ist allerdings bescheiden. Ich gehe nicht davon aus, dass sehr grosse Investitionen dieses Jahr kommen. Wenn dann die wirklich grossen Brocken kommen, ich spreche hier vom Stadthausgeviert und der KSS-Sanierung, kann man wieder mit dem Stadtrat darüber diskutieren. Aber in der aktuellen Situation macht es keinen Sinn, eine Steuerfusserhöhung vorzunehmen. Deshalb bleiben Sie bitte beim Antrag des Stadtrats mit 98 Punkten; dies ist korrekt."

Hermann Schlatter (SVP):

"Auch ich möchte Sie bitten, beim Antrag des Stadtrats zu bleiben. Ich habe in meiner Fraktionserklärung gesagt, dass wir heute aufgrund der Prognose einen Stand haben, der eine schöne Zunahme gegenüber 2013 bei den Steuern vorsieht. Auf diesem Niveau haben wir das Budget eingestellt.

Wir sind 21 Tage vor Jahresende und das Steuerjahr, das schlussendlich das nächste Jahr zu Buche schlägt, ist "gelaufen". Sie wissen alle selbst, wie viel mehr Sie in diesem Jahr gegenüber dem letzten Jahr im Zahltagstäschchen hatten. Und dies wird dazu führen, dass wir eine leichte Erhöhung auf das nächste Jahr haben werden.

Es zeichnet sich nicht ab, dass das Jahr 2014 als schlechtes Jahr in die Geschichte der Wirtschaft eingehen würde. Ich denke, mit diesem Polster, das wir jetzt in der Rechnung von CHF 3.3 Mio. haben und mit dem wir vermutlich als "Spatzung" das nächste Jahr wieder rechnen können, würde es bedeuten, dass wir mit diesen zusätzlichen 3% nochmal CHF 3 Mio. mehr hätten. Dies wiederum würde ein Überschuss bedeuten, wenn das Budget so ausgeführt wird, wie jetzt budgetiert, der etwa bei CHF 10 Mio. liegen würde."

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrats mit 23:12 Stimmen gut.

3. Die Lohnsummenentwicklung nach Art. 19 Absatz 2 Personalgesetz wird mit 1.5 Prozent festgelegt.

Hermann Schlatter (SVP):

"Sie werden wissen, was ich jetzt für einen Antrag stelle, ich habe es erwähnt. Wir beantragen von der bürgerlichen Seite die Lohnsumme um 0,8% zu

erhöhen, analog dem Kanton und nicht um 1,5%."

SR Peter Neukomm:

"Dafür kämpfe ich jetzt also, da müssen Sie sich warm anziehen. Ich finde es schon sehr erstaunlich. Vermutlich würde Hermann Schlatter noch beantragen, alles gleich zu machen wie der Kanton, wenn der Kanton Bankrott ginge und die Stadt im Geld schwimmen würde. Ich finde, das ist einfach kein Argument.

Wir haben verschiedene Argumente, die wir jetzt einmal anschauen werden. Ich bitte auch diejenigen - und dafür danke ich Ihnen, dass Sie den Gemeindesteuerfuss belassen haben - sich zu überlegen, was Sie jetzt bei diesem Antrag des Stadtrats machen. Dieser ist nämlich wohl überlegt.

1. Wir haben einen Rückstand auf die Lohnentwicklung im Vergleich zur Privatwirtschaft in den vergangenen Jahren, dieser ist hinlänglich ausgewiesen.
2. Die Produktivität in der Stadt konnte zum Teil stark erhöht werden, was sich in stabilen und zum Teil rückläufigen Personalkosten niederschlägt. Dies wurde auch von Ihnen schon positiv bewertet.
3. Die Konkurrenzprobleme nehmen zu. Wenn nur geringe Lohnentwicklungen gesprochen werden, können Personalengpässe entstehen und offene Stellen nicht mehr adäquat besetzt werden. Wir sind konkret mit dieser Situation konfrontiert. Die Rückmeldungen, dass die Mitarbeiter die Stadt wegen des Lohns verlassen, nehmen zu. Vor allem bei Jungen und bei Fachkräften, was ich Ihnen heute Abend schon einmal gesagt habe. Dies belegt eben auch die Fluktuationsstatistik 2012/13, die wir der GPK vorgelegt haben.
4. Immer mehr jüngere Mitarbeiter sind bereit, für höhere Löhne einen längeren Arbeitsweg in Kauf zu nehmen. Jede Neurekrutierung bei uns kostet im Durchschnitt ein Jahressalär - ein Jahressalär für eine neu zu besetzende Stelle. Natürlich variiert dies von Mitarbeiter zu Mitarbeiter, aber es ist einfach ein Fakt. Dabei ist der Know-how-Verlust noch nicht einmal inbegriffen.
5. Die Stadt Schaffhausen kann mit den Lohnnebenleistungen der Privatwirtschaft nicht mithalten.
6. Die Altersheime haben bereits jetzt Mühe, Pflegefachpersonen zu finden, da die Zulagen im Vergleich zu Spitälern und Kliniken eher tief sind. Wir haben nur schon über dem Rhein in Feuerthalen höhere Löhne im Altersheim als bei uns.
7. Bei Rekrutierungen können oftmals nicht die besten Kandidaten ausgewählt werden, da deren Lohnvorstellungen nicht in Einklang mit der städtischen Lohnpolitik stehen. Dies zeigt deutlich, dass wir hier ein Konkurrenzproblem haben.
8. Wenn die Stadt die Leistungsträger und den Führungskräftenachwuchs nicht mehr halten oder neu rekrutieren kann, wird dies mittel- bis längerfristig einen Einfluss auf die Qualität der Leistungserbringung und auf die Effizienz unserer Leistungserbringung haben. Längerfristig werden Bevölkerung und Wirtschaft darunter leiden, wenn die Stadt nicht mehr genügend qualifiziertes Personal rekrutieren kann.
9. In den nächsten fünf Jahren werden 12% der Belegschaft ordentlich pensioniert. Deshalb ist es enorm wichtig, dass wir einen guten Ruf als Arbeitgeberin haben. Dazu gehören eben auch die Löhne der städtischen Angestellten.

10. Im Legislatorschwerpunkt 7.6 haben wir uns dazu bekannt, dass wir eine attraktive Arbeitgeberin und vorbildliche Ausbilderin sein wollen.
11. Mit den budgetierten 1.5% wird dafür gesorgt, dass der Erfahrungszuwachs bei guter und sehr guter Leistung, insbesondere bei den jüngeren Jahrgängen, mit entsprechenden Lohnsteigerungen honoriert werden kann. Umgekehrt sorgt das Lohnsystem auch dafür, dass bei den in den Lohnbändern höher positionierten Löhnen die Lohnsteigerungen entsprechend bescheidener oder ganz ausfallen.
12. Es gibt verschiedene Arbeitgeber in der Schweiz und im Kanton Schaffhausen, die dieses Jahr 1.5% zahlen können und auch zahlen.

Ich frage Sie: Wann wollen wir mehr als 1% zahlen, wenn nicht heute? Ich sehe nicht wann. Sie wissen genau, dass 1% das absolute Minimum ist. Wenn wir heute 1% zahlen, bei einem so guten Abschluss, wird das städtische Personal nie mehr als 1% erhalten. Und dies ist falsch. Da zitiere ich gerne noch einmal meine Kollegin beim Kanton, Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel. Sie sagt auch ganz klar: *„Eigentlich müssen wir 2 - 3% individuelle Lohnkomponenten einspeisen können, um eben unseren Leistungsträgern eine Perspektive zu geben. Vor allem den Jungen.“* Und dies können wir zurzeit nicht. Und wenn Sie schon in der aktuellen Situation nicht einmal bereit sind, 1.5% zu sprechen, dann bin ich pessimistisch für die Zukunft.

Ich bitte Sie, zu Gunsten der Stadt über Ihren Schatten zu springen. Wir haben jetzt den Steuermass belassen, und ich finde es ein wichtiges Signal auch für unser Personal, dass wir mit 1.5% fahren können. Nochmals zum Kanton: Dieser hat kein rechtskräftiges Budget. Dort kann sogar eine Null-Runde resultieren. Wir wissen es heute noch nicht, diese 0.5% sind ja nicht eingestellt. Sie sind also Mutationsgewinne. Effektiv sind 0.3% eingestellt.

Der Vergleich hinkt, und ich finde es eine gute Chance, weil es dieses Mal, wie gesagt, keine generellen Lohnkomponenten gibt. Die Lohnbänder bei Kanton und Stadt bleiben gleich, es gibt keine Veränderungen. Es geht nur um die *individuelle* Komponente. Dies ist eine Chance - ich bitte Sie, nutzen Sie diese.”

Dr. Katrin Bernath (GLP):

„Ich stelle hier den Antrag, die Lohnsummenentwicklung auf 1% festzulegen. Dazu ein paar Überlegungen: Eine Erhöhung um 1% ist im aktuellen Umfeld und bei der tiefen Teuerung gut. Beim Bund sind es zum Beispiel 0.2% und auch bei anderen öffentlichen Verwaltungen sind zurückhaltendere Entwicklungen angesagt.“

Mit einer Erhöhung, die etwas über derjenigen der kantonalen Löhne liegt, wird den Anstrengungen des Personals für ein ausgeglichenes Budget Rechnung getragen. Es ist in dem Sinne auch ein Signal, indem wir sagen, wir möchten ein bisschen höher gehen als im Antrag der SVP.

Wir dürfen uns aber nicht blenden lassen vom budgetierten Plus. Wie wir schon mehrfach gehört haben heute Abend, besteht ein hoher Investitionsbedarf. Die Verschiebungen von Investitionen und Sanierungen sind auch Schulden gegenüber den zukünftigen Generationen. Damit wir diese Investitionen finanzieren können, müssen wir bei der Erhöhung von wiederkehrenden Kosten zurückhaltend sein. Aufgrund dieser Überlegungen bitte ich Sie, dem Antrag auf eine Erhöhung auf 1% zuzustimmen.”

Daniel Böhringer (AL):

"Hier einige Fakten zum Personal, Lohnsystem und Personalentwicklung, die ich Ihnen darlegen möchte.

Das städtische Personal arbeitet an der wichtigen Schnittstelle zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern. Die vielfältigen Berufe in Büro und Verwaltung sind für das Funktionieren der öffentlichen Hand und der Dienstleistungsbetriebe absolut zentral. Dafür braucht es kompetentes, gut ausgebildetes Personal, das die entsprechende Anerkennung in der individuellen Lohnentwicklung geniessen sollte. Die Stadt Schaffhausen soll ein attraktiver, konkurrenzfähiger Arbeitgeber sein, der vielseitige und kreative Angestellte beschäftigt, welche einen ausgezeichneten Service Public erbringen. Ein guter Service public ist und bleibt eine zentrale Voraussetzung für die Lebensqualität der Bevölkerung der Stadt.

Um dies zu erreichen, braucht es kompetentes, gut ausgebildetes Personal, das die entsprechende Anerkennung in der individuellen Lohnentwicklung geniessen sollte. Es braucht eine individuelle Lohnentwicklung, die den Namen auch verdient. Mit dem leistungsbezogenen Gehaltssystem kommt der individuellen Lohnentwicklung ein spezielles Augenmerk zu. Um der Funktionalität sowie den Erwartungen an das Lohnsystem entsprechen zu können, müssen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Das Lohnsystem benötigt genügend Mittel. Damit der Zielsetzung und den Erwartungen an das seit 1. Januar 2006 gültige Lohnsystem mit leistungsbedingten Lohnanpassungen auch wirklich entsprochen werden kann, müssten 2% der Lohnsumme für die individuelle Lohnentwicklung eingesetzt werden. Diese Aussage stammt nicht von mir, sondern wurde bei Einführung des neuen Lohnsystems im Jahr 2006 so kommuniziert. Dem konnte in den letzten Jahren leider nie entsprochen werden.

Mit der Revision des Lohnrechts sind Spielräume bei der Mittelzufuhr und Mittelverteilung geschaffen worden, um Lohnpolitik betreiben zu können. Die Ziele können aber nur erreicht werden, wenn das Lohnsystem genügend gespiesen wird, sprich die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dies ist auch im Personalgesetz Art. 19 nachzulesen. Ich zitiere: "Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Anspruch auf einen angemessenen Lohn. Für Leistungslohnanteile sind angemessene Mittel vorzusehen."

Der Durchschnitt der gesprochenen Mittel beträgt 0.786%. Somit wurden in den letzten Jahren klar zu wenig Mittel für die individuelle, leistungsbezogene Lohnentwicklung bereitgestellt. Mit den vom Stadtrat beantragten 1.5% könnte also ein Schritt in die richtige Richtung gemacht werden. Wenn wir aber dem Lohnsystem zu wenig Mittel zuführen, werden die Lohnentwicklungsziele verfehlt, Mitarbeitende demotiviert und die Stadt hat Mühe, gute, qualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen und zu halten. Dies kann mittelfristig nur mit erheblich mehr Mitteln, sprich Kosten behoben werden.

Ich möchte speziell auf die Situation der jüngeren Mitarbeiter eingehen. Der Einstiegslohn ist in der Regel marktkonform, die Lohnentwicklung fällt jedoch zu gering aus. Ach bei sehr guten Leistungen entwickelt sich der Lohn junger Mitarbeiter sehr langsam. So ist der Lohn mittelfristig nicht mehr konkurrenzfähig. Für Mitarbeiter ist es also attraktiv, auf die andere Seite des

Rheins zu wechseln. Vor allem junge Mitarbeiter sind dazu bereit. Diese Mitarbeiter zu halten oder gar zu rekrutieren, wird laufend schwieriger. Oft handelt es sich da um gute, qualifizierte Mitarbeiter, denn diese haben mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Somit fördern wir eine negative Selektion. Dies kann definitiv nicht das Ziel der Stadt sein, denn dies kann schlussendlich zu Personalengpässen führen, zum Mindesten aber zu qualitativem Verlust. Mit jeder Lohnrunde mit 0.0% verliert die Stadt als Arbeitgeber an Attraktivität.

Zusammenfassend möchte ich sagen, wie wichtig es ist, das Lohnsystem zu pflegen. Sprich, die Lohnsumme genügend anzupassen, damit die Stadt konkurrenzfähig bleibt.

Ich möchte Euch auffordern, bringt dem Personal diesen Respekt entgegen, den es verdient. Die letzten Rechnungen haben auch dank des Einsatzes des Personals besser abgeschnitten als budgetiert. Mit gut qualifiziertem, motiviertem Personal kann man sparen. Was wir heute ins Personal investieren, zahlt sich vor allem mittel- und langfristig aus. Stimmen Sie deshalb dem Antrag des Stadtrates zu, die Lohnsumme um 1.5% zu erhöhen."

Till Hardmeier (JFSH):

"Junge Leute wechseln den Job einfach, und ich glaube, dies ist für sie auch gut. Wer die Lehre bei der Stadt macht und dort pensioniert wird - ich weiss nicht, ob wir dies wollen. Es ist auch legitim, dass jeder mehr möchte; dies sehe ich auch. Ich sage aber, dass, wer zum Staat geht, vielleicht nicht unbedingt derjenige ist, der sehr viel verdienen möchte, sondern ihm sind andere Dinge wichtiger.

Ich habe im Finanzplan geblättert, und auf Seite 11 steht etwas Interessantes. Nach der Grafik steht beim Personalaufwand im letzten Satz: *Jährliche Lohnsummenentwicklung von 1% wird zu einem Mehraufwand von CHF 3 Mio.* In der Medienmitteilung kann man dann lesen, dass eine Steuerfusserhöhung von 3% nötig ist. Also müssen wir, wenn wir die nächsten Jahre immer ein bisschen mehr geben, die Steuern erhöhen.

Ich finde es komisch, dass es eigentlich gleich aufgefressen wird. Der Kanton macht 0.8%, ob jetzt das Budget abgenommen ist oder nicht. Dies können wir nicht ändern. Aber uns wurde immer wieder gesagt, wir machen es wie beim Kanton, in guten wie auch in schlechten Jahren. Darum möchte ich beliebt machen, dass wir es beibehalten."

Edgar Zehnder (SVP):

"Da hat jetzt der Finanzreferent schon ein wenig auf die soziale Tränendrüse gedrückt. Ich werde heute Abend vermutlich dem 1%-Vorschlag zustimmen, denn wir haben gar keine andere Chance. Wir könnten eigentlich jetzt schon abstimmen, aber ich sage jetzt trotzdem noch etwas.

Wenn wir schon Lohnerhöhungen für das Personal wollen, dann macht etwas dafür. Ihr habt gute Leute, die Frage ist nur, ob sie gute Führungskräfte haben. Und dies zweifle ich ein wenig. Wenn ich in meinem Betrieb den Lohn erhöhen will und muss und mich für meine Leute einsetze, muss ich mehr Auswahl treffen. Ich muss die Leute auf ein Niveau „herunterholen“, das verträglich für meine Firma ist. Nur dann habe ich eine Lohnsumme zur Verfügung und kann

diese entsprechend einsetzen. Ich mache Ihnen einen Vorschlag, den wir schon vor 10 Jahren gemacht haben: Endlich 6% mit dem Aufwand herunterfahren, dann können nämlich 3% Lohnerhöhung gegeben werden."

Mariano Fioretti (SVP):

"SR Peter Neukomm zitiert Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel vom Kanton. Ich war dort auch anwesend. Sie sagt jetzt, es drohen Abwanderungen. Aus diesem Grund müsse man auch beim Kanton eine Lohnerhöhung sprechen. Mich hat interessiert, wie viel Geld es ist, das die einzelnen Personen, die in Genuss von einer Lohnerhöhung kommen, auch wirklich erhalten.

Über 50jährige bekommen rund CHF 28.-- mehr. Ich kenne niemanden, der wegen einfach so wegen CHF 20.-- seinen Job aufgibt. Bei Jüngeren, das heisst unter 50-Jährigen, sind es rund CHF 80.-- bis CHF 120.--. Ich kenne auch hier niemanden, der einen Top-Job mit guten Sozialleistungen für CHF 100.-- oder CHF 120.-- aufs Spiel setzt. Es wurde auch als Beispiel der Kanton Zürich mit bis zu CHF 700.-- erwähnt. Dies ist möglich. Aber dann gehen sie auch, wenn sie nur CHF 600.- bekommen, in den Kanton Zürich.

Also hinkt diese Argumentation. Und ich denke, in Anbetracht dessen, dass der Kanton sich auf 0.8% geeinigt hat, sollten wir hier ebenfalls maximal 0.8% sprechen. Und wem es nicht passt, der wird sowieso gehen. Wir können es nicht verhindern."

SR Peter Neukomm:

"Mariano Fioretti hat eigentlich bestätigt, dass Sie für 1.5% sein müssen. Weil er gezeigt hat, wie wenig 0.8% ausmacht, und genau hier liegt das Problem. Es geht hier um das Thema Wertschätzung, um das Thema Lohnperspektiven und Nachfolgeplanung, auch dass man vorwärts kommt. Diese Perspektive ist das Entscheidende und natürlich die Wertschätzung. Natürlich sind es nicht riesige Beträge. Aber wenn wir schon die Möglichkeit haben, ein Zeichen zu setzen, sage ich Ihnen an dieser Stelle, dass dieses Zeichen von den Mitarbeitern sehr wohl wahrgenommen wird. Und ich finde es ganz wichtig, dass man einmal ein Zeichen setzen kann. 1.5% ist weiss Gott nicht viel.

Zu Edgar Zehnder: Vielleicht müssen Sie einmal das Personalgesetz studieren. Es ist natürlich in einem privaten Betrieb viel einfacher; man hat dort ganz andere Möglichkeiten als bei uns in der Stadt. Das sollten Sie aber eigentlich wissen. Wir haben sehr gute Führungskräfte, dies will ich an dieser Stelle noch festhalten. Es war ein Tiefschlag von Edgar Zehnder, und daran merkt man, wie weit weg er vom Schiff ist."

Hermann Schlatter (SVP):

"Ich glaube auch, dass ich kann in etwa ausrechnen kann, wie es ausgeht. Aufgrund dieser Situation werde ich den Antrag zurückziehen. Damit haben wir noch zwei Anträge, denjenigen des Stadtrats und den 1%-Vorschlag der Mitte. Ich möchte einfach noch etwas zu dieser Lohnerhöhung Ja oder Nein sagen. Ich bin beim Kanton, und auch ich führe Mitarbeitende, und ich glaube, es kommt auch darauf an, wie die Vorgesetzten mit dieser Lohnsummenentwicklung umgehen.

Ich stelle einfach fest, dass insbesondere die Mitarbeitenden auch das Klima

akzeptieren, dass es ihnen wohl ist, wenn sie gut im Team aufgenommen sind, dass sie gute Sozialleistungen haben, dass sie gute Arbeitszeitmodelle haben, und dies haben wir sowohl beim Kanton als auch bei der Stadt. Meine Mitarbeitenden sind alle auf dem Niveau eines Treuhänders tätig, wenn sie in der Privatwirtschaft wären. Alle würden mehr verdienen, und trotzdem sind sie gerne beim Staat, weil sie wissen, dass sie einen sicheren Arbeitgeber haben. Und ich glaube, dies wissen auch die Mitarbeitenden der Stadt. Wenn von der vorgesetzten Stelle schon immer vorgejammert wird, wie wenig wir dem Personal zur Verfügung stellen, ist es nicht ganz unverständlich, wenn das Personal mitjammert."

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den von Dr. Katrin Bernath (GLP) gestellten Antrag mit 22:13 Stimmen gut.

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2015 benötigten fremden Mittel, welche über die Betragsgrenze gemäss Art. 44 lit. e der Stadtverfassung sind, zu beschaffen und zum Teil an die Werke beziehungsweise Betriebe weiterzuleiten. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Schlussabstimmung

Der Grosse Stadtrat heisst das Budget 2015 unter Berücksichtigung der GPK-Anträge vom 24. November 2014 und der im Verlauf der Debatte vom 9. Dezember 2014 beschlossenen Änderungen in der Schlussabstimmung mit 29:3 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

SR Peter Neukomm**Votum**

"Das vorläufige Endergebnis der Laufenden Rechnung zeigt eine leichte Verbesserung von CHF 3.2 Mio. auf CHF 3.6 Mio."

Schlussmitteilungen des Ratspräsidenten:**Neu eingegangenes Geschäft:**

Postulat von Hermann Schlatter (SVP) vom 9. Dezember 2014: Kostendeckende Abfallentsorgung.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 16. Dezember 2014, um 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 22:19 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Die Protokollführerin

Gabriele Behring

Veronika Michel